



68. Sitzung

Montag, 11. Dezember 2006 (Erster Tag der Haushaltsberatungen)

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	3559 A	18/4688: "Hamburger Bürger-Dialog – Bürgerbeteiligung an der Haushalts- planung"	
Abwicklung der Tagesordnung	3559 A	18/4810: Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung	
Senatsmitteilung:		18/4930: Hamburgischer Versorgungsfonds	
Wahl eines Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungs- gerichts		18/5012: Investitionsprogramm für neue Arbeitsplätze	
– Drs 18/5197 –	3559 A	18/5054: Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008 Ergänzung nach § 32 Landeshaushalts- ordnung	
Ergebnis	3559 B	18/5056: Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008 Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt" Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008	
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		– Drs 18/5000 –	3560 A
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres		und	
– Drs 18/5284 –	3559 D	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen:	
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		18/5198: Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008 Ergänzung nach § 32 Landeshaushalts- ordnung	
Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde		18/5162: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv	
– Drs 18/5316 –	3559 D	18/5144: Investitionszuschuss an den FC St. Pauli für den Umbau und die Modernisierung des Millerntorstadions	
Ergebnisse	3594 A	– Drs 18/5400 –	3560 C
Bericht des Haushaltsausschusses:		Generaldebatte (einschließlich der Einzelpläne 1.0, 1.1, 1.2 bis 1.8, 9.1 und 9.2)	3560 A
Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 und Finanzplan 2006 bis 2010 unter Hinzuziehung des Berichts des Senats über den Haushaltsverlauf 2006		Einzelplan 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	3560 A
ferner über die Drucksachen		Einzelplan 1.1: Senat und Personalamt	3560 A
18/3741: Entwicklung der Versorgungsausgaben			
18/4434: Personalbericht 2006			
18/4736: Entwicklung der Versorgungsausgaben			

Einzelplan 1.2 bis 1.8: Bezirksämter	3560 A	Bericht des Verfassungsausschusses:	
Einzelplan 9.1: Finanzbehörde	3560 A	Bericht der Dritten Unabhängigen Kommission zur Angemessenheit der Leistungen nach dem Hamburgischen Abgeordnetengesetz	
Einzelplan 9.2: Allgemeine Finanzverwaltung	3560 A	– Drs 18/5315 –	3595 A
		Beschlüsse	3595 A
Generaldebatte			
Michael Neumann SPD	3560 D	Bericht des Verfassungsausschusses:	
Bernd Reinert CDU	3566 C	Fraktionsgesetz	
Christa Goetsch GAL	3570 B	– Drs 18/5469 –	3595 B
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	3573 D	dazu	
Dr. Mathias Petersen SPD	3577 D	Interfraktioneller Antrag:	
Jens Kerstan GAL	3581 A, 3592 C	Siebttes Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes	
Rüdiger Kruse CDU	3584 B	– Drs 18/5483 –	3595 B
Walter Zuckerer SPD	3586 A	Beschlüsse	3595 B
Dr. Wolfgang Peiner, Senator	3588 B	Anträge und Empfehlungen	
Dr. Verena Lappe GAL	3590 C	Textzahl 259	
Gesine Dräger SPD	3592 B	der Drs 18/5000 mit Beschlüssen	3595 C
Manuel Sarrazin GAL	3593 B	Zu Einzelplan 1.1: Senat und Personalamt	3595 C
Sammelübersicht	3594 B		
Beschlüsse	3594 B	Bericht des Haushaltsausschusses:	
Zu Einzelplan 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht und Rechnungshof	3594 B	Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2004 Jahresbericht 2006 des Rechnungshofs	
		– Drs 18/5333 –	3595 C
		Beschlüsse	3595 D
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben		Antrag der Fraktion der SPD:	
– Drs 18/5260 –	3594 C	"Mensch Europa!" Veranstaltungs- reihe im Hamburger Rathaus	
Bericht des Eingabenausschusses:		– Drs 18/5378 –	3596 A
Eingaben		Beschluss	3596 B
– Drs 18/5261 –	3594 C		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben		Antrag der Fraktion der GAL:	
– Drs 18/5262 –	3594 C	Eine-Welt-Politik der FHH – Zivil- gesellschaftliches Engagement unterstützen!	
Bericht des Eingabenausschusses:		– Drs 18/5423 –	3596 B
Eingaben		Beschluss	3596 B
– Drs 18/5263 –	3594 C		
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben		Antrag der Fraktion der GAL:	
– Drs 18/5264 –	3594 C	Für Jugendräte bzw. Jugend- parlamente in allen Bezirken!	
Beschlüsse	3594 C	– Drs 18/5424 –	3596 B
		Beschluss	3596 B

Antrag der Fraktion der SPD:

Wirtschaftsplan Rathaus Service

– Drs 18/5481 –

3596 C

Beschluss

3596 C

Anträge und Empfehlungen

Textzahl 272

der Drs 18/5000 mit Beschlüssen

3609 B

Anträge und Empfehlungen

**Textzahlen 252 bis 258 und
Textzahlen 261 bis 263**

der Drs 18/5000 mit Beschlüssen

3596 C

Zu **Einzelplan 2:****Justizbehörde**

3597 A

Rolf-Dieter Klooß SPD

3597 A

Viviane Spethmann CDU

3598 D

Dr. Till Steffen GAL

3600 C, 3608 A

Carsten-Ludwig Lüdemann,
Senator

3604 A

Henning Finck CDU

3608 B

Antrag der Fraktion der CDU:

**Erweiterung des Wirtschafts-
referats bei der Staatsanwaltschaft**

– Drs 18/5341 –

3608 C

Beschluss

3608 C

Antrag der Fraktion der SPD:

**Menschliche Metropole – Gerechtes
Hamburg: Mit modernem Strafvollzug
heute Kriminalität morgen verhindern**

– Drs 18/5379 (Neufassung) –

3608 D

Beschlüsse

3608 D

Antrag der Fraktion der SPD:

**Menschliche Metropole – Gerechtes
Hamburg: Gerichtsverfahren beschleu-
nigen, Leistungsfähigkeit der Gerichte
erhalten**

– Drs 18/5380 –

3608 D

Beschluss

3608 D

Antrag der Fraktion der SPD:

**Menschliche Metropole – Gerechtes
Hamburg: Schutz und Hilfe für Opfer
von Straftaten**

– Drs 18/5381 –

3609 A

Beschlüsse

3609 A

Antrag der Fraktion der GAL:

Gerichte und Staatsanwaltschaften

– Drs 18/5425 –

3609 A

Beschlüsse

3609 A

A **Beginn: 15.03 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Die Sitzung ist eröffnet. Abweichend von der am vergangenen Freitag verteilten Fassung der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um einen weiteren Punkt ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei um einen Bericht des Verfassungsausschusses, Drucksache 18/5469, der nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Des Weiteren sind die Fraktionen übereingekommen, den Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 18/5327 zu vertagen.

Bevor wir nun zu der Beratung des Doppelhaushaltes 2007 und 2008 kommen, haben wir noch drei Wahlen vorzunehmen. Zunächst zur Drucksache 18/5197: Wahl eines Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

**[Senatsmitteilung:
Wahl eines Mitgliedes des Hamburgischen
Verfassungsgerichts – Drucksache 18/5197 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt.

Wir verfahren so, dass Frau Martens und Frau Thomas abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort den Stimmzettel entgegenzunehmen. Mit dem Stimmzettel gehen Sie dann in eine der Wahlkabinen und nehmen dort Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils mit nur einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel sind ungültig. Nach der Wahlhandlung gehen Sie bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Ich darf nun Frau Martens bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist offenkundig nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass alle aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Ich bitte nunmehr, die Stimmauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Auszählung ist die Sitzung kurzfristig unterbrochen.

Unterbrechung: 15.14 Uhr

Wiederbeginn: 15.20 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl eines Mitgliedes des Hamburgischen Verfassungsgerichtes sind 114 Stimmzettel abgegeben worden, die alle gültig waren. Auf Herrn Dr. Augner entfielen 88 Ja-Stimmen bei 22 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen. Damit ist Herr Dr. Augner zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichtes gewählt worden.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dr. Augner, bevor ich Ihnen die Glückwünsche ausspreche, darf ich Sie zunächst einmal fragen, ob Sie die Wahl annehmen?

Herr Dr. Augner: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Berndt Röder: Dann darf ich Ihnen die Glückwünsche des gesamten Hauses aussprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich habe Sie sodann zu vereidigen. Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichtes vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand, die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mit Gott helfe" nachzusprechen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter alle Zeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

Herr Dr. Augner: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Berndt Röder: Sie haben damit den Eid geleistet. Ich habe Ihnen im Namen des gesamten Hauses noch einmal ganz herzlich zu gratulieren und Ihnen eine allzeit glückliche Hand zu wünschen.

Herr Dr. Augner: Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Berndt Röder: Sodann kommen wir zu den Drucksachen 18/5284 und 18/5316: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres sowie die Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:**

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres – Drucksache 18/5284 –]

**[Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:**

Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde – Drucksache 18/5316 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen nur ein Kreuz machen. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidungen vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführerinnen bitten, mit dem Einsammeln zu beginnen.

Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Ich schließe die Wahlhandlung.

C

D

- A Die Wahlergebnisse werden ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben werden.*

Wir kommen nun zum Haushaltsplan-Entwurf 2007 und 2008 und damit zur

Generaldebatte

Mitbehandelt werden die Einzelpläne 1.0, 1.1, 1.2 bis 1.8, 9.1 und 9.2.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/4499: Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 und Finanzplan 2006 bis 2010 (Senatsvorlage) unter Hinzuziehung des Berichts des Senats über den Haushaltsverlauf 2006, letzte Bezugsdrucksache 18/1427

ferner über die Drucksachen

18/3741: Entwicklung der Versorgungsausgaben, Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg (Senatsvorlage)

18/4434: Personalbericht 2006 (Senatsvorlage)

18/4736: Entwicklung der Versorgungsausgaben Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg (Senatsvorlage)

B

18/4688: "Hamburger Bürger-Dialog – Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung" (Unterrichtung durch den Präsidenten)

18/4810: Einführung der kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung (Senatsvorlage)

18/4930: Hamburgischer Versorgungsfonds Beantwortung des bürgerschaftlichen Ersuchens aus der Drucksache 18/2005 "Zwischenbericht des Haushaltsausschusses zu Drucksache 18/1724" (Jahresbericht 2005 des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Anstalt Landesbetrieb Krankenhäuser Immobilien, Anstalt öffentlichen Rechts (LBK-Immobilien-Gesetz) hier: Beschluss über Ziffer 4 des Petitums (Senatsvorlage)

18/5012: Investitionsprogramm für neue Arbeitsplätze (Senatsvorlage)

18/5054: Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008, Ergänzung nach § 32 Landeshaushaltsordnung (LHO) (Senatsvorlage)

18/5056: Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008, Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt", Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008 als Folge

1. der Entflechtung von Durchführungsaufgaben

- 2. der Veränderung der Behördenstruktur der BSU**
3. der Gründung eines Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG)
4. neuer Schwerpunktprogramme "Ersatz von Straßenbäumen" und "Verbesserung von Radwegen" sowie sonstiger Veränderungen (Senatsvorlage) – Drucksache 18/5000 –]

C

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen:

18/5198: Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008 Ergänzung nach § 32 Landeshaushaltsordnung (LHO) (Senatsvorlage)

18/5162: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)

- 1. Umsetzung von Beschlüssen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) und Auflösung der Stiftung HWWA**
2. Änderung des Entwurfs des Haushaltsbeschlusses 2007/2008
3. Änderungen des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008 (Senatsvorlage)

18/5144: Haushaltplan 2006 sowie Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008 Einzelplan 3.1

Kapitel 3380 Sportstätten
Titel 893.06 "Investitionszuschuss an den FC St. Pauli für den Umbau und die Modernisierung des Millerntorstadions"
hier: 1. Nachbewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2006 und
2. Ergänzung zum Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008 (Senatsvorlage) – Drucksache 18/5400 –]

D

Wird das Wort zur Generaldebatte gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Neumann bekommt es.

Michael Neumann SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich weiß nicht, ob Sie alle schon die Gelegenheit hatten, sich die Fotoausstellung, die in dieser Woche in der Rathausdiele ausgestellt ist, anzuschauen. Mir ging bei diesen Bildern aus Tschetschenien durch den Sinn, dass im Vergleich dazu, was wir in den nächsten drei Tagen diskutieren werden, zwar viele Sorgen und Probleme wichtig sind, aber – Gott sei Dank – nicht so existenziell wie die Bilder, die es in der Rathausdiele deutlich machen.

Dennoch liegen in den nächsten drei Tagen wichtige Haushaltsberatungen vor uns. Es sind die letzten vor dem nächsten Bürgerschaftswahlkampf. Dieser Wahlkampf wird – das zeichnet sich bereits jetzt durch das CDU-Bild der "Wachsenden Stadt", durch unser Konzept der "Menschlichen Metropole" und dem GAL-Konzept einer "Kreativen Stadt" ab – ein Wahlkampf der Konzepte. Leider vermisst man im Haushaltsplan-Entwurf des Senats für das Jahr 2007 und 2008 jedes Konzept, was über ein schlichtes "Weiter so" hinausgeht. Das ist im Angesicht einer nicht zusammenwachsenden, einer nicht gemeinsam wachsenden Stadt viel zu wenig.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Frank-Thorsten Schira CDU*: Wir haben eine lebenswerte Stadt!)

Mit der Überschrift "Wachsende Stadt" hat Herr Peiner der hamburgischen Politik der letzten Jahrzehnte und damit auch sozialdemokratischer erfolgreicher Politik

* Ergebnisse siehe Seite 3594 A

A einen Namen gegeben. Gleichzeitig hat aber auch der CDU-Senat, hat Herr von Beust, die hamburgische Erfolgsgeschichte gerade in den letzten Wochen, Monaten unnötig aufs Spiel gesetzt. Ich erinnere nur an das unprofessionelle Agieren des Ersten Bürgermeisters in der Airbus-, aber auch in der HHLA- und Deutsche Bahn AG-Frage.

Ihre Umsetzung der wachsenden Stadt ist aber auch dann nicht anspruchsvoll genug, wenn Sie, wie von Herrn von Beust verkündet wurde, sagen – ich zitiere:

"Soziales, also mehr Gerechtigkeit, mehr Bildung, bessere Bildung können wir uns erst wieder leisten, wenn es uns besser geht."

Diese Reduzierung hat die wesentlichen Zukunftsfragen unserer Stadt jedoch vernachlässigt. Wozu und wem soll die wachsende Stadt denn eigentlich dienen und wie besteht Hamburg die Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Welche Bedeutung haben die Fähigkeiten der Menschen? Welche Bedeutung hat die Frage der Gerechtigkeit wiederum für ein weiteres Wachsen unserer Stadt und den Wohlstand unserer Stadt? Diesen wichtigen, aber auch schwierigen Fragen haben wir Sozialdemokraten uns gestellt und werden mit unserem Konzept der Menschlichen Metropole auch die notwendigen Antworten formulieren.

Die richtige Idee der wachsenden und prosperierenden Stadt wird aber im 21. Jahrhundert im Wesentlichen auf zwei Säulen basieren, nämlich auf sozialem Fortschritt und ökonomischem Fortschritt. Der ökonomische Erfolg schafft die Arbeitsplätze, aber auch nur durch Innovationsfähigkeit, Fleiß und durch die Energie der Menschen und damit müssen wir früh beginnen. Deshalb wollen wir heute den Einstieg in die Kostenfreiheit der Kitas in Vorschulen schaffen, um sie gleichzeitig durch eine Qualitätsoffensive endlich zu wirklichen Bildungseinrichtungen zu machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir müssen als Gesellschaft besser sein als andere, und zwar immer so viel besser, wie wir teurer sind. Aus diesem Grunde müssen wir Bildung und Exzellenz nach vorne bringen. Auch dazu wollen wir die Ganztagschulen unserer Stadt massiv ausbauen und uns endlich auf den Weg machen, wirkliche Stadtteilschulen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dabei darf in unserer Stadt nicht die Herkunft die Zukunft unserer Kinder bestimmen. Es muss unser Anspruch sein, dass alle Kinder, egal aus welchem Elternhaus sie stammen, ihre Chancen geboten bekommen, aber der CDU-Senat tut zu wenig dafür. Der schlichte Hinweis, dass Hamburg pro Schüler mehr ausbebe als andere Bundesländer, reicht nicht. Das ist kein Konzept für Bildung, das ist ein schlichtes Weiter-so und die Ergebnisse der Vergangenheit sind weiß Gott kein Anlass, stolz auf das zu sein, was wir in der Hamburger Bildungspolitik erreicht haben, im Gegenteil. Wir müssen gemeinsam die Kraft und auch den Mut aufbringen, unsere Bildungslandschaft gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern entscheidend zu verändern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihre sehr hastig ad hoc ergriffene Reparaturmaßnahme – Sie nennen das lebenswerte Stadt oder so ähnlich –

(Zurufe von der CDU: Ha, ha!)

macht nur deutlich, wie ausgeblutet Ihr Leitbild der Wachsenden Stadt in Wirklichkeit mittlerweile ist. Grundsätzlich ist es richtig, wenn auch zu spät, dass der Senat erkennt, was seine Politik in den Stadtteilen den Menschen angetan hat. Damit meine ich nicht nur die Klassengrößen von 30 und mehr Kindern in der ersten Klasse. Wir können auch gerne über Büchergeld, Essengeld oder Vorschulgebühren sprechen.

(Zuruf von der CDU: Eben!)

Als Eltern und auch Opposition hier im Hause gegen Grundschulklassen von über 30 Kindern protestierten, wurde vom Senat noch bestritten, dass die Klassengröße überhaupt irgendwas mit dem Lernerfolg unserer Kinder zu tun habe. Die von der CDU nun nachgeschobene Verkleinerung der neuen Grundschulklassen in den Stadtteilen wird jedoch ohne zusätzliches Geld umgesetzt, was bedeutet, dass durch den Wegfall der Teilungs- und Förderstunden die Unterrichtsbedingungen der einzelnen Schüler weiter verschlechtert werden. Diese Politik hat nichts mit Einsicht in die Notwendigkeit zu tun, sondern ist allein dem Wahltermin geschuldet und Sie wollen diese Politik ernsthaft als Erfolg verkaufen. In Wahrheit verkaufen Sie Eltern und Kinder für dumm.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Jahren wurden die Ausgaben für die Stadtteilentwicklung, von Ihnen häufig diffamierend als Sozial-Klimbim bezeichnet, gekürzt. Ihr Senat verfährt hier nach demselben bekannten Muster wie auch in der Bildungspolitik. Erst wird alles kräftig zusammengestrichen und im Jahr vor der Wahl wird dann wieder ein bisschen zurückgegeben. Jetzt kommt die CDU großzügig mit einem 100-Millionen-Euro-Programm. 100 Millionen Euro für sechs Stadtteile in fünf Jahren, das macht keine 3,5 Millionen Euro pro Jahr für jeden Stadtteil.

(Thilo Kleibauer CDU: Was ist denn das für 'ne Denkweise?)

Zum Vergleich – da komme ich zum Stichwort Denkweise – gibt der Senat jedes Jahr 5 Millionen Euro für Marketing aus. Für die Elbphilharmonie sind Sie nun bereit, statt der 77 Millionen Euro – damals noch als absolute Obergrenze – nun 114 Millionen Euro Steuergelder auszugeben. Die Begründung – ich zitiere Herrn von Beust –:

"Hervorragende Architektur und Kultur haben nun einmal ihren Preis."

Da haben Sie recht, Herr Bürgermeister. Ich sage Ihnen aber auch: Hervorragende Bildung und Qualifizierung haben auch ihren Preis.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hier zeigt sich, was Ihre wahren politischen Schwerpunkte sind. Es sind nicht die Familien, es sind nicht die Kinder, es sind nicht die Arbeitslosen unserer Stadt, es ist der Radius von zwei Kilometern rund um unser Rathaus. Deshalb ist es auch an der Zeit, heute die Gelegenheit wahrzunehmen, Herr Bürgermeister, endlich die Stadt vom Alldruck dieses Glaskomplexes auf dem Domplatz zu befreien. Es ist an der Zeit, wie die GAL formuliert hat, jetzt zurück auf Los zu gehen, sich Zeit zu nehmen, denn das, was mittlerweile als Entwurf vorliegt, nachdem auch das Bürgerschaftsforum nach Entscheidung der CDU dort

- A nicht einziehen wird, ist zu wenig für die Würde dieses wichtigen Hamburger Platzes.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie investieren, das wird an diesen beiden Beispielen deutlich, lieber in die berühmt-berüchtigten Steine

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Glas!)

als in die Köpfe unserer Kinder.

Und was sagen Sie beispielsweise den Menschen in Steilshoop? Dieser Stadtteil ist ein Paradebeispiel für das totale Versagen einer integrierten Stadtteilpolitik dieses Senats.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Barbara Ahrons CDU: Mit diesen Äußerungen müssen Sie sehr vorsichtig sein, Herr Neumann!)

Die weiterführende Schule wurde im Jahre 2005 geschlossen, die einzige weiterführende Schule in diesem Stadtteil mit fast 20 000 Einwohnern. Aber es wird noch verrückter. Seit Jahren arbeitet eine aktive Elterngruppe für eine neue Schule, die Schule am See, und sie bekennen sich zu ihrem Stadtteil. Sie bekennen sich zu Steilshoop und wollen dort die Zukunft ihrer Kinder gestalten, aber sie haben ein zweites Mal Pech gehabt, denn die angekündigten niedrigen Klassenfrequenzen helfen ihnen gerade nicht, denn sie leben leider aus Ihrer Sicht im falschen Stadtteil. Das ist nur ein eklatantes Beispiel konzeptionsloser Stadtentwicklungspolitik.

- B Pressemeldungen, die Sie so gerne absetzen, ersetzen eben keine Substanz, keine Konzeption und vor allen Dingen keinen politischen Willen. Die Menschen liegen Ihnen nicht am Herzen. Es ist Ihnen keine Herzensangelegenheit, den Menschen zu helfen und das spüren die Menschen in den Stadtteilen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir leben in einer, in vielen Bereichen gespaltenen Stadt. Ich möchte nur eine Statistik nennen. In den Stadtteilen Nienstedten, Othmarschen, Lemsahl-Mellingstedt oder Wohldorf-Ohlstedt zahlen zwei Drittel der Eltern den Höchstbetrag für die Kita. In St. Pauli, Horn, Wilhelmsburg, Hamm-Mitte, Veddel, Dulsberg und Rothenburgsort sind es unter 2 Prozent. Hier sind die Mittelstandsfamilien und ihre Kinder praktisch nicht mehr vorhanden. Das ist das, was ich mit einer auseinandergewachsenen Stadt meine. Ein umgestalteter Jungfernstieg, eine umgebaute Colonnaden-Anlage, ein renovierter Neuer Wall

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist hier ja keine Generaldebatte!)

sind wichtige Projekte nicht nur für den innerstädtischen Einzelhandel, auch für die Ausstrahlung unserer Stadt. Wir dürfen aber die lokalen Zentren dabei nicht vernachlässigen. Sie bedürfen, stärker als die Innenstadt, staatlicher Förderung, und zwar planerisch als auch finanziell. Denn wer mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, der sieht, dass nicht nur in sechs Stadtteilen Probleme existieren. Auch der Bürgermeister hat von 13 Stadtteilen gesprochen, die er bei seinen nächtlichen getarnten Aufklärungstreifzügen meinte, entdeckt zu haben. Was ist denn mit den sieben Stadtteilen, die jetzt nicht mehr in Ihrem ausgedienten Sechserprogramm vorkommen?

Die CDU-Initiative "Lebenswerte Stadt" ist aus meiner Sicht nichts anderes als das Eingeständnis, dass ihrem Leitbild der Wachsenden Stadt das Menschliche, die soziale Gerechtigkeit fehlt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber das ist nicht nur das Manko der wachsenden Stadt, sondern es ist das grundsätzliche Manko der Hamburger CDU, egal, ob sie unter Herrn von Beust gerade mal in der Regierung oder in der Opposition ist. Ihnen liegt das Wohl der Menschen nicht wirklich am Herzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Meine Fraktion hat deshalb ein Programm zur Stadtteilentwicklung vorgelegt und wir verstehen darunter mehr als die typischen, fast schon klassischen Stadtteilentwicklungspolitiken. Bildung und Arbeit sind aus unserer Sicht der eigentliche Schlüssel, den Menschen in diesen Stadtteilen eine Perspektive zurückzugeben.

(Inge Ehlers CDU: Warum haben Sie das früher nicht gemacht?)

Natürlich steht völlig außer Frage, dass der öffentliche Raum anständig aussehen muss. Aber das wirklich grundlegende Problem sind aus meiner Sicht die Arbeits- und damit die Perspektivlosigkeit vieler Menschen in unserer Stadt. Die Verwahrlosung beginnt eben nicht mit bröckelnden Fassaden und wackelnden Bordsteinkanten, sondern, so schlimm es klingt, in den Köpfen der Menschen. Kinder werden in unserer Stadt in diesem Augenblick in Arbeitslosigkeit geboren, wachsen in Arbeitslosigkeit auf. Und wenn nicht endlich etwas geschieht, werden sie in ihrem Leben nichts anderes als Arbeits- und damit Perspektivlosigkeit erleben.

Deshalb kommt es neben den Fragen der baulichen Gestaltung und Sanierung in erster Linie darauf an, die Menschen endlich wieder in Arbeit zu bringen.

(Barbara Ahrons CDU: Ja, das heißt, Firmen nach Hamburg holen!)

Wir müssen weiterhin, keine Frage, städtebaulich aktiv sein. Aber es kommt darauf an, dass wir erstens unseren Kindern Chancen durch Bildung und Förderung geben, das Beste aus sich zu machen, wir zweitens dem Grundsatz folgen, die beste Schule für die schwierigsten Stadtteile, wir drittens den Menschen ohne Arbeit endlich Arbeit geben müssen, weil viertens Arbeit den Menschen Sinn, Selbstwertgefühl und auch Stolz zurückgibt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In den Programmen und Anträgen der CDU spielt aber Arbeit und Beschäftigung überhaupt keine Rolle. In den letzten Jahren ist in Hamburg die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, überproportional gestiegen. Gerade aber die Langzeitarbeitslosen, seien es Ältere oder Jüngere, können nicht auf die Konjunktur warten, das Gesundbeten, was Frau Ahrons uns immer wieder gerne weismachen möchte. Deshalb brauchen wir endlich einen sozialen Arbeitsmarkt für all jene, die trotz aller Bemühungen nicht zu vermitteln sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wer dies nicht einsieht, wer nicht bereit und in der Lage ist, sich dies einzugestehen, bei dem ist Arbeitsmarktpolitik in schlechten Händen. Den Menschen, die den Staat brauchen, die einen starken Staat brauchen – Sie reden

- A immer nur vom starken Staat, wenn es um die Verfolgung von Kriminalität geht, da gibt es keine zwei Meinungen, aber Sie reden nicht vom starken Staat, wenn es um die soziale Sicherheit der Menschen geht –,

(Olaf Ohlsen CDU: Sie haben doch keine Ahnung!)

zeigt die wachsende Stadt, so wie Sie sie interpretieren, schlicht nur die kalte Schulter.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburg darf sich dabei nicht nur auf die Strukturen der ArGe zurückziehen. Wir müssen auch diese Strukturen grundsätzlich überdenken und nötigenfalls, wenn sie nicht die Leistungen bringen, die wir zu Recht von ihr erwarten, verändern. Im Ergebnis muss Hamburg seine Arbeitsmarktpolitik aktiv gestalten und wir wollen ein starkes Hamburg, das die Dinge selbst in die Hand nimmt und selbst regelt. Dazu gehört nicht nur der Arbeitsmarkt, dazu gehört auch so etwas Aktuelles wie Nichtraucherschutz, Kinderlärm oder Vorsorgeuntersuchungen. Deshalb machen wir Sozialdemokraten in diesen Haushaltsberatungen auch ganz konkrete Vorschläge, wie Hamburg diese Probleme endlich in den Griff bekommen kann.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der zentrale Baustein der "Menschlichen Metropole" ist ein starkes Hamburg, ein Hamburg der Prosperität, des Wachstums, der Solidität, der Staatsfinanzen und des ökonomischen Erfolgs. Unsere Vision der "Menschlichen Metropole" ist nicht das Ausmalen eines paradiesischen Sozialstaats, es ist nicht die Sicht durch die rosarote Brille eines Gutmenschen. Es ist auch nicht, auch wenn das Ihre Erwartung ist,

(Unmutsäußerungen bei der CDU)

das sozialpädagogisch rund um die Uhr betreute Kuscheldorf in groß. Die "Menschliche Metropole" ist aber die Einsicht, dass wirtschaftlicher Erfolg kein Selbstzweck sein darf, sondern Mittel zum Zweck ist, die Lebensverhältnisse aller Menschen in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Für ein wirtschaftlich starkes und attraktives sowie finanziell starkes Hamburg ist unser Hafen ein zentraler Faktor.

(Karen Koop CDU: Haben Sie das auch schon mitgekriegt?)

Wir Sozialdemokraten stehen ohne Wenn und Aber zu unserem Hafen und seinen Betrieben.

(Wolfhard Ploog CDU: Das müssen Sie mal Herrn Petersen sagen!)

Weil wir dieses Potenzial sehen, wollen wir nicht, dass der zentrale Betrieb des Hamburger Hafens, die Hamburger Hafen und Logistik Aktiengesellschaft, unsere HHLA, voreilig verkauft wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Zuruf von Bernd Reinert CDU)

– Das kommt gleich, Herr Reinert.

Ein Zitat dazu:

C "Weil der Hafen für uns so lebenswichtig ist, muss man umso sensibler und wahrhafter mit ihm umgehen. Diese Sensibilität und Wahrhaftigkeit hat der Senat in den letzten Wochen leider vermissen lassen."

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das war nicht der Fraktionsvorsitzende der SPD und auch nicht der ver.di-Chef, das war Herr von Beust, der 1997 genau das von diesem Pult aus gesagt hat.

Wir müssen feststellen, dass der damalige sozialdemokratisch geführte Senat die HHLA nicht verkaufen wollte. Er wollte auch nicht Hafen-Durchfahrten zuschütten und damals wurde auch nicht der mittlere Freihafen überplant mit der vagen Aussicht für Betriebe auf andere Standorte. Damals hat unsere Norddeutsche Affinerie nicht ihren Umschlag nach Brunsbüttel in die Provinz verlegt.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Probleme aussitzen!)

Heute verunsichern Sie in einer von einem konservativen Senat niemals zu erwartenden Art und Weise den Hafen und seine Betriebe.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich an den LBK denke, habe ich ein sehr ungutes Gefühl, ob der von Ihnen geplante HHLA-Verkauf die von Ihnen verkündeten Ziele erreicht. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Wir wollen eine weitere Entwicklung unseres Hafens und das wird auch Geld kosten. An dieser Entwicklung will und soll die HHLA maßgeblich teilhaben. Für beides entscheiden wir uns dann, wenn es sich für die HHLA und damit für Hamburg auch lohnt.

(Olaf Ohlsen CDU: Warten Sie mal ab!)

Die HHLA ist ein erfolgreiches, ertragreiches Unternehmen und sie kann ihre Expansion auch selbst finanzieren. Wir Hamburger Sozialdemokraten wollen die beste Lösung für die HHLA, für den Hafen und damit auch für unsere Stadt. Bisher habe ich aber seitens des Senats kein Argument gehört, warum ein Verkauf oder gar nur Teilverkauf der HHLA zwingend sein sollte.

(Barbara Ahrons CDU: Da haben Sie wohl nicht zugehört!)

Ich nenne Ihnen, liebe Frau Ahrons, gerne einen Partner für die HHLA, der in die Expansion unseres Hafens investiert, der die Arbeitsplätze in Hamburg sichert und der keine anderen Standortinteressen hat. Dieser Partner heißt Hamburg. Es gibt keinen besseren Partner für die HHLA als unsere Stadt Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der US-amerikanische Finanzinvestor Cerberus hat versucht, den einen oder anderen Abgeordneten im Zuge eines opulenten Abendessens davon zu überzeugen, dass man keine Angst vor einer Privatisierung der HHLA haben müsse. Er bot die Garantie an, Arbeitsplätze zu erhalten, den Hafen zu entwickeln und dies wolle man immerhin zehn Jahre lang tun. Doch was ist eine solche Garantie wert? Nicht etwa, weil wir dem Investor nicht glauben, weil wir zu Recht kein Vertrauen zu den von diesem Senat mit Investoren ausgehandelten Garantien haben, sondern weil wir in Hamburg seit mehr als 800 Jahren erfolgreich Hafenpolitik machen und da können wir doch nicht in Zehn-Jahres-Abschnitten denken. Ich möchte in Erinnerung

- A rufen: Das, was verkauft wird, ist weg und kommt auch nicht wieder. Das bindet uns und auch Ihnen eine schwere Verantwortung bei der Entscheidung über den Verkauf unserer HHLA auf.

(Beifall bei der SPD und Zuruf von der CDU: HEW!)

Ich nehme den Zwischenruf HEW gerne auf. Sie haben recht, es war völlig unnötig, dass dieser Senat die letzten 25,1 Prozent unserer HEW verkauft hat.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Im Übrigen war es auch ein Fehler, sich aus der Entwicklung eines Tiefwasserhafens zurückzuziehen; das war die erste überstürzte Maßnahme, die Sie nach dem Regierungswechsel ergriffen haben. Ich glaube, heute würden Sie diese Entscheidung kein zweites Mal so schlecht für Hamburg treffen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir müssen uns die Zeit nehmen, eine kluge und abgewogene Entscheidung zu treffen. Der überstürzte Verkauf unserer HHLA hat bisher keine überzeugende Begründung durch den Senat gefunden. Ich kann mir es nur aus ideologischer Verbohrtheit vorstellen,

(Karen Koop CDU: Ach, das ist Ihnen vertraut!)

warum der Senat die HHLA verkaufen will, aber Ideologie, liebe Frau Koop, ist nicht der Altar, auf dem wir unseren Hafen opfern dürfen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Karen Koop CDU: Wie schön, dass Sie das endlich einsehen!)

- B Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird gern von Generationengerechtigkeit gesprochen. Auch unter diesem Aspekt ist der Verkauf von Staatseigentum spannend. CDU und Senat sprechen immer wieder davon, den nachfolgenden Generationen keine Schulden hinterlassen zu wollen und damit Spielräume für die Zukunft zu belassen. Diese Auffassung teile ich aus vollem Herzen. Zum ordentlichen Umgang der Generationen miteinander gehört auch, dass wir nicht die Substanz unserer Stadt, und dazu gehören ohne Zweifel der Hafen und die HHLA, ohne Not und vor allem ohne Vision verbrauchen oder, um es schlicht zu formulieren, sie einfach nur verscherbeln.

Es gibt dabei zwei Dinge, die den Senat immer wieder einholen werden. Das eine ist die Manipulation am Hamburger Wahlrecht, das andere ist der Verkauf unserer Krankenhäuser. Lächerliche 19,2 Millionen Euro musste Asklepios für den LBK bezahlen, nachdem die Stadt vorher 19,5 Millionen Euro nachschießen musste. Das bedeutet, Asklepios bekam den LBK praktisch geschenkt, Gratis-Erbbaurechte und 300 000 Euro als Mitgift noch obendrauf.

Allein der Verkauf des AK Eilbek an die Schön-Klinken brachte Asklepios weitere 80 Millionen Euro. Daneben gibt es noch die Netto-Umlaufvermögensgarantie. Die nächsten Jahre laufen weiter und es kann sich bis zu 75 Millionen Euro aufschaukeln. Die unternehmerischen Risiken liegen jedoch trotz des Verkaufs im Wesentlichen bei der Stadt, denn wenn der LBK eines Tages insolvent gehen sollte, fallen die Erbbaurechte an die Stadt zurück samt aller darauf lastenden Schulden und das können bis zu einer halben Milliarde Euro sein.

Von den beginnenden oder angekündigten Massenentlassungen – bisher steht die Zahl von 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Raum – zu Beginn des kommenden Jahres möchte ich gar nicht erst sprechen. Ich gehe davon aus, dass der Bürgermeister in seiner Rede da Position beziehen und deutlich machen wird, dass die Stadt die Entlassung von 600 Menschen nicht akzeptieren wird und den Menschen weiter eine Chance gibt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Ziel dieser Privatisierung, so wie es uns immer versucht wurde nahezubringen, eine Lösung der Versorgungsproblematik, wurde aber auch durch den LBK-Verkauf nicht gelöst, sondern wird durch den jetzt gegründeten Versorgungsfonds gelöst, den aber nicht Asklepios zahlt, sondern wieder einmal der Steuerzahler.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Weil Sie es früher nicht gemacht haben!)

Herr Peiner, ich kenne die aktuelle Strafanzeige nicht, die dort gestellt worden sein soll. Allerdings war bei diesem für Hamburg, für die Patienten, für die Beschäftigten und den Haushalt nachteiligen Deal schon immer klar, wie Sie dort agiert haben und ich bin sicher, dass es die Öffentlichkeit und auch dieses Parlament weit über Ihre Amtszeit hinaus beschäftigen wird. Es ist gut, dass sich jetzt Staatsanwälte und Gerichte damit eingehend beschäftigen werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich teile die Auffassung des Senats, dass er Strafanzeigen und Strafermittlungen nicht kommentiert. Ich halte es aber ebenso für das Recht eines Abgeordneten, Sachfragen zu Vorwürfen einer Strafanzeige zu stellen. Das Totschlagargument, Herr Peiner, das Sie immer wieder gerne nutzen, indem Sie von politischer Kampagne reden, verfängt nicht. Sie haben in einer öffentlichen Erklärung die Frage gestellt, warum der Abgeordnete Böwer Sie nerve. Ich will dazu die Hamburg-Ausgabe der "Welt" zitieren:

"Nun kann man in der Frage der Privatisierung durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Unbestritten ist jedoch das Recht des Parlaments, die Regierung zu kontrollieren, auch – oder gerade – wenn es dieser nicht gefällt."

Dieser Senat, die Herren Peiner, von Beust und Schön und auch Sie von der CDU-Fraktion glauben aber, dass die absolute Mehrheit aus dem Jahre 2004 auch bedeutet, frei von Kontrolle durch Abgeordnete oder Presse zu sein. Dazu passt auch, dass der, wie Sie sagen, nervende Abgeordnete Böwer gezielt von Herrn Schön durch das Lancieren eines geheimen Berichts mundtot gemacht werden sollte. Das hat der Bürgermeister sehr flapsig im Untersuchungsausschuss mit den Worten kommentiert – ich zitiere wiederum –:

"Ich habe es mit einer gewissen Schadenfreude gelesen."

Herr von Beust, dieser Geheimnisverrat Ihres engsten Mitarbeiters zum Schaden eines Abgeordneten, der vielleicht sogar auf Ihre Anweisung hin geschehen ist, ist der vorläufige Tiefpunkt dieser Legislaturperiode. Das ist kein Grund zur Schadenfreude, sondern ein Grund zur Scham

(Wolfhard Ploog CDU: Lächerlich!)

- A und deswegen sollten Sie sich für diese Äußerung und für dieses Agieren wirklich schämen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Neben dem LBK ist die Manipulation des Wahlrechts ein zumindest moralischer Verfassungsbruch, der Sie bis zur Wahl 2008 immer wieder erreichen und auch weit darüber hinaus treffen wird. Sie nutzen Ihre absolute Mehrheit, eine absolute Mehrheit, die Ihnen 2004 in den Schoß gefallen ist, nicht für klare Weichenstellungen in die Zukunft, um Hamburg endlich voranzubringen.

(Barbara Ahrons CDU: Na, also!)

Da es, Herr Peiner, voraussichtlich Ihre letzten Haushaltsberatungen als Finanzsenator sein werden, werde ich nun genauer auf die Finanzlage unserer Stadt eingehen.

(Wolfgang Ploog CDU: Oh ja! – Karen Koop CDU: Das wird ja auch Zeit!)

Im Rahmen unseres Leitbildes "Menschliche Metropole" bedeutet das Projekt starkes Hamburg nicht nur eine starke Wirtschaft mit einer starken Infrastruktur und einem starken Stadtstaat, sondern auch gesunde Staatsfinanzen. In Ihrem Haushaltsplan wachsen die Ausgaben um 2,2 Prozent im Jahre 2007, um 2,3 Prozent im Jahre 2008 und geplanten 2,6 Prozent im Jahre 2009 und das, obwohl der Finanzplanungsrat am 6. November einvernehmlich, das heißt, offensichtlich auch mit der Zustimmung der Hamburger Finanzbehörde, beschlossen hat – ich zitiere:

- B "Bund, Länder und Gemeinden ... streben weiterhin an, das Ausgabenwachstum in den Jahren 2007 bis 2010 auf jahresdurchschnittlich 1 Prozent zu begrenzen."

– Zitatende. –

Anlässlich der Vorstellung der Steuerschätzung erklärten Sie, Herr Peiner:

"Die positiven Ergebnisse dürfen uns nicht den Mut zur Konsolidierung nehmen".

Wenn ich mir diesen Haushaltsplan angucke, stelle ich fest, dass diesem Senat aber genau der Mut fehlt, den Herr Peiner einfordert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir hatten bereits in den Jahren 1999 und 2000 einen ausgeglichenen Betriebshaushalt und seit 2005 haben wir aufgrund steigender Steuereinnahmen wieder einen ausgeglichenen Betriebshaushalt. Das heißt, nicht Sie mit Ihren angeblichen Konsolidierungsmaßnahmen haben dazu beigetragen, dass der Betriebshaushalt wieder ins Lot gekommen ist, sondern die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die das schlichtweg mit ihren Steuern finanzieren, was Sie auf der anderen Seite wieder ausgeben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dabei stellt selbst der Rechnungshof fest, dass diejenigen, die in unserer Stadt besonders dazu beitragen müssten, besonders geschont werden.

Ein ausgeglichener Betriebshaushalt bedeutet, dass die Investitionsausgaben von rund 1 Milliarde Euro nicht durch laufende Einnahmen finanziert sind, sondern durch Kredite und Vermögens-, insbesondere Immobilienver-

käufe, oder solche Trickereien wie bei SAGA und GWG finanziert werden müssen. Ein ausgeglichener Betriebshaushalt bedeutet aber auch die Perspektive, dass eine weiterhin strikte Politik der Ausgabenbegrenzung auch in Hamburg einen langfristig wirklich ausgeglichenen Haushalt einschließlich der Investitionen möglich macht. In der Schweiz und auch in Großbritannien betrachtet man das Haushaltssaldo über einen gewissen Konjunkturzyklus hinweg. In diesem Zeitraum gesehen muss der Haushalt insgesamt ausgeglichen, das Defizit also mit der Schuldenaufnahme gleich Null sein.

Gerne diskutieren Sie auch ein generelles Verbot der Kreditaufnahme; darüber kann man diskutieren. Wir müssen uns aber davor hüten, dass allein ein Verbot der Kreditaufnahme das Problem löst. Das Schuldenproblem ist nur durch eine strikte Ausgabenbegrenzung auf der einen Seite und eine stabile Einnahmesituation dauerhaft in den Griff zu bekommen. Sie lösen das Verschuldungsproblem, indem Sie die Neuverschuldung durch Vermögensverkäufe ersetzen. Sie verschern das letzte Hamburger Tafelsilber und das ist endlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, steigender Steuererwartungen wurden in der Vergangenheit nicht genutzt, um das Haushaltsdefizit wirklich strukturell zu verkleinern, sondern es wurde leider immer wieder genutzt, um die Ausweitung des Haushalts zu propagieren. Deshalb verplanen die Anträge meiner Fraktion die zusätzlichen Einnahmen aufgrund höherer Steuerschätzungen nicht für dauerhaft zusätzliche Ausgaben. Die Richtschnur meiner Fraktion ist: Wir fordern nur, was der Haushalt auch hergibt. Unsere Anträge umfassen in den kommenden beiden Jahren mehr als 280 Millionen Euro. Trotz dieser Summe halten wir an unseren haushalts- und finanzpolitischen Grundsätzen fest, die da sind:

Erstens: Der Haushalt wird nicht ausgeweitet.

Zweitens: Wir machen keine zusätzlichen Schulden.

Drittens: Wir verkaufen kein weiteres Vermögen.

Viertens: Wir verbuchen keine vagen Aussichten auf Steuermehreinnahmen oder Bundesratsinitiativen wie Abschaffung des Familiensplittings, das ich politisch sehr teile, aber für eher unwahrscheinlich halte, in unseren Haushaltsplänen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, unsere Finanzierung erfolgt zum einen durch bessere Verwendung der vorhandenen Mittel, durch Umschichtungen im jeweiligen Einzelplan und darüber hinaus durch Umschichtungen aus Haushaltskürzungen. Ich will nur einige Beispiele nennen:

Wir haben einen enormen Zuwachs im Bereich der Spitzenbeamten unserer Stadt. Über 136 Stellen sind dort geschaffen worden. Diese Stellen wollen wir kürzen, wollen wir abschaffen und diesen Barwert von 10 Millionen Euro in die Zukunft unserer Kinder investieren.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Was soll denn das? – Wolfgang Beuß CDU: Wie soll das denn gehen?)

Wir wollen ebenso die wie durch ein Naturgesetz angestiegenen Personalkosten im Amt für Verwaltung der Schulbehörde, ohne dass jemals jemand festgestellt hätte, dass die Arbeit in der Schulbehörde deswegen

C

D

- A besser geworden wäre, zurückstutzen. Und durch den Wegfall von Stellen in der Stadtentwicklungsbehörde wie die Korrektur der Überveranschlagung der Kosten zur Unterkunft und der zentral veranschlagten Verstärkungsmittel machen wir konkrete Deckungsvorschläge für unsere politischen Vorschläge und Anträge.

Als Opposition könnte man es sich in den letzten Haushaltsberatungen vor der anstehenden Bürgerschaftswahl einfach machen. Man verspricht allen alles und wenn dazu noch optimistische Steuerschätzungen kommen, ist es leicht, sich vom Zwang der Deckung zu lösen. Wir Sozialdemokraten fühlen uns aber auch in der Opposition in der Verantwortung für unsere Stadt,

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das haben wir zwei Jahre lang gespürt!)

eine Verantwortung, die wir spätestens 2008 in diesem Haus übernehmen wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung, Herr Dr. Peiner. Ich wünsche Ihnen persönlich für Ihren Lebensweg alles Gute.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das glaubt Ihnen keiner, alles Gute!)

Uns hat politisch einiges getrennt. Wir haben hier am Pult gestritten, aber auch an anderer Stelle darum gerungen. Persönlich halte ich Ihre Rücktrittsentscheidung für sehr respektabel. Das macht deutlich, dass Sie ein freier Kopf sind. Ich wünsche Ihnen für Ihren weiteren Lebensverlauf alles Gute

- B (Olaf Ohlsen CDU: Nun mal nicht so viel Honig!)

und danke Ihnen zumindest dafür, dass Sie in den Ausschüssen und auch hier im Parlament immer ein Gegner waren, mit dem es Spaß und Freude machte, sich zu streiten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir Sozialdemokraten haben uns mit unseren finanzwirksamen Anträgen auf die Kernbereiche konzentriert, die Hamburg entsprechend unseres Leitbildes der "Menschlichen Metropole" voranbringen. Das ist erstens eine moderne, alle Politikfelder integrierende Stadtteilentwicklung, zweitens eine bessere und frühere Bildung und Kinderbetreuung und drittens eine fordernde, fördernde und qualifizierende Arbeitsmarktpolitik.

Ich will gerne bekennen, dass wir es uns in meiner Fraktion auch nicht leicht gemacht haben. Ich bekenne aber auch, dass ich als Fraktionsvorsitzender stolz darauf bin, dass wir nicht die Flucht in die Verantwortungslosigkeit gewählt haben und nicht dem süßen Gift des Verschuldungsstaats erlegen sind. Dennoch sollen unsere Anträge mit einem Änderungsvolumen von mehr als 280 Millionen Euro deutlich machen, dass ein gerechter, ein sozialdemokratischer Kurswechsel in Hamburg möglich und finanzierbar ist.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Er ist der erste Schritt zur Umsetzung unserer Vision der "Menschlichen Metropole", die Vision einer Stadt, die den Menschen und ihre Chancen in den Mittelpunkt der Politik stellt. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL) C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, es war am Sonnabend, als es in der "Hamburger Morgenpost" zu lesen gab, dass im Vergleich Petersen/Neumann Neumann der bessere Redner sei.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Hoffentlich spricht Petersen nicht!)

Wenn dass so ist – und wer bin ich, um dieses anzuzweifeln –, dann ...

(Zuruf von Werner Dobritz SPD)

– Von Ihnen, Herr Dobritz, war da überhaupt nicht die Rede. Das war auch gut so.

(Beifall bei der CDU)

... dann möchte ich mich dafür bedanken, dass heute Herr Neumann gesprochen hat.

(Beifall bei der CDU)

Mit diesem zweiten Doppelhaushalt stellen wir die Weichen für die Fortsetzung unserer verantwortungsbewussten Finanzpolitik in den nächsten beiden Jahren. Wir ermöglichen dabei die weitere Umsetzung des Konzeptes "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt". Herr Neumann, wir tun das, weil dieses Konzept erfolgreich ist. D

(Beifall bei der CDU)

Ich werde an verschiedenen Stellen verdeutlichen, wo die Erfolge liegen. Wir schaffen zusätzlich die finanzielle Grundlage für die bundesweit einmalige Bildungs- und Quartiersoffensive "Lebenswerte Stadt Hamburg". Es ist eben kein "Weiter so", Herr Neumann, sondern wir nutzen unsere Gestaltungsspielräume.

(Beifall bei der CDU)

Dabei stehen wir, wie auch Vorgängersenate, vor ganz erheblichen Herausforderungen. Die öffentliche Verschuldung ist im Bund und in nahezu allen Bundesländern in den vergangenen Jahren immer weiter angestiegen. Das galt und gilt auch für Hamburg. Hier war der Anstieg der Schulden aber in den Neunzigerjahren ganz rasant. Im Jahre 1990 waren es 10,8 Milliarden Schulden, bis 2001 verdoppelten sie sich auf 21,1 Milliarden. Dieser Anstieg der öffentlichen Verschuldung fand statt, obwohl die jährlichen Steuereinnahmen in diesem Zeitraum um 1,4 Milliarden Euro zulegten. Sie haben eine ungebremste Ausgabenpolitik betrieben. Unter den Folgen leidet die ganze Stadt noch heute.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, wir müssen eine konsequente Sparpolitik betreiben und weiter betreiben. Sie ist der einzig gangbare Weg, um der Schuldenspirale zu entinnen. In dem Zusammenhang möchte ich einmal auf das verweisen, was vor wenigen Wochen die Bertelsmann Stiftung bei einem Vergleich der Haushaltsstrukturen aller Bundesländer festgestellt hat. Die Bertelsmann Stiftung hat festgestellt, dass Hamburg bei der Haushaltskonsolidierung die größten Erfolge vorzuweisen hat. Wir liegen auf

- A Platz 1. Das ist in erster Linie das Verdienst unseres Finanzsenators Dr. Peiner.

(Beifall bei der CDU)

Herr Neumann, es wäre mit Sicherheit angemessen gewesen, wenn Sie Herrn Dr. Peiner für diese Leistung gedankt hätten, statt ihn wieder mit dieser dämlichen anonymen Anzeige zu behelligen. Darüber ist sowieso zuviel geschrieben worden.

(Unmutsäußerungen bei der SPD – vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auf das Thema Landesbetrieb Krankenhäuser wird mein Kollege Thies Goldberg noch näher eingehen. Ich möchte damit wieder zu den Zahlen dieses Haushaltes zurückkommen.

Der erste große Erfolg, das wichtigste finanzpolitische Ziel dieser Wahlperiode, wurde schon im Jahre 2005 mit dem strukturellen Ausgleich des Betriebshaushaltes erreicht. Die Neuverschuldung wird in jährlichen Schritten von 50 Millionen immer weiter reduziert. Wir haben die realistische Chance, bereits in einem überschaubaren Zeitraum völlig ohne neue Kredite auszukommen.

(Zuruf von Doris Mandel SPD)

Das ist eine riesige Chance für Hamburg, Frau Mandel. Wir werden diese Chance nutzen.

(Beifall bei der CDU)

- B Die Probleme großer finanzieller Altlasten beim UKE, bei den Hamburger Friedhöfen, bei pflegen & wohnen und beim Landesbetrieb Krankenhäuser haben wir mit der Schaffung des Hamburger Versorgungsfonds nicht nach sozialdemokratischer Manier einfach irgendwo in der Ausgliederung belassen. Wir haben diese Probleme, die nicht von uns, sondern von Ihnen geschaffen wurden, übernommen und gelöst. Wir haben den Versorgungsfonds eingerichtet, mit 1,3 Milliarden Euro ausgestattet und dadurch strukturell ein Risiko abgesichert und uns Handlungsspielräume für Politik und für die Stadt gesichert. Das ist CDU-Politik. Das ist eine erfolgreiche Politik.

(Beifall bei der CDU)

Es ist zweifellos richtig, dass das durch Steuermehreinnahmen möglich wurde. Die Erfahrung des letzten Jahrzehnts zeigt, dass man sich nicht darauf verlassen darf, dass die Steuereinnahmen immer weiter steigen. Wir haben erst im vergangenen Jahr wieder das Niveau der Steuereinnahmen des Jahres 2000 erreicht. Wir schreiben dieses aber eben genau nicht strukturell fort, Herr Neumann, sondern wir sichern damit neue Handlungsspielräume.

Das ist auch ein Unterschied zu Ihnen. Sie haben laut "Hamburger Morgenpost am Sonntag" erklärt, Sie wollen diese Mehreinnahmen als Polster nutzen. Das ist typisch für die Scheinsolidität des SPD-Antragspaketes – lieber weich sitzen als das Dach reparieren.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir sind eben dafür, das Dach zu reparieren. Dann braucht man zukünftig nichts mehr für Durchfeuchtungsschäden auszugeben.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg hat in den vergangenen Jahren seine Funktion als eine natürliche Handelsdrehscheibe ganz erheblich ausgebaut. Dieses spielt im Konzept "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" eine ganz zentrale Rolle. Mit diesem Konzept wollen wir Hamburgs Metropolfunktion regional und international ausbauen, überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum erzielen, die Einwohnerzahl erhöhen und dabei die Lebensqualität und die Zukunftsfähigkeit der Stadt sichern.

Wir haben heute in Hamburg den höchsten Bevölkerungsstand seit 30 Jahren. Es ist offenkundig nicht so, dass die Menschen in Scharen aus der Stadt herauslaufen, weil das Leben hier nicht auszuhalten ist. Das Gegenteil ist der Fall. Besonders erfreulich bei diesem Bevölkerungswachstum ist, dass insbesondere auch die Zahl der Haushalte mit Kindern wieder steigt. Auch das stimmt voll mit unseren Zielsetzungen überein.

(Beifall bei der CDU – *Claudius Lieven GAL*: Die Zahlen stimmen gar nicht!)

– Herr Lieven, hören Sie noch ein bisschen zu.

Wir sorgen dafür, dass die Menschen auch in Hamburg wohnen können. Denn noch und wohl auch auf absehbare Zeit ist die Höhe der städtischen Einnahmen ganz entscheidend von der Einwohnerzahl abhängig. Deshalb stellen wir in den beiden kommenden Jahren 207 Millionen Euro für das Wohnungsbauprogramm zur Verfügung. Das ermöglicht die Bildung von Wohneigentum, den Mietwohnungsbau und Modernisierungsmaßnahmen im Gesamtumfang von jährlich 5250 Wohneinheiten.

(*Ingo Eglhoff SPD*: Dafür haben Sie fünf Jahre nichts gemacht!)

Zusammen mit der Wohnungsbauoffensive des Jahres 2007 sind es dann noch einmal 2000 mehr. Das ist familienfreundliche Politik. Wir setzen dem Schrumpfen anderer Städte unser Leitbild der Wachsenden Stadt entgegen. Dieses, glaube ich, wird auch von den Hamburgerinnen und Hamburgern anerkannt.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es wird auch in allen Teilen unserer Stadt anerkannt, egal wie sie wirtschaftlich gestellt sind.

(*Doris Mandel SPD*: Oh ja!)

Hamburg ist wie andere Großstädte auch seit Langem wirtschaftlichen Umbrüchen und einem gesellschaftlichen Wandel unterworfen. Die wirtschaftlichen Umstrukturierungen führen zu einer sozialen Differenzierung der Stadt. Es bilden sich dabei Stadtteile heraus, die durch vielfältige und sich überlagernde soziale Probleme gekennzeichnet sind.

Wenn Herr Neumann vorhin Steilshoop erwähnte,

(*Petra Brinkmann SPD*: Ja!)

möchte ich doch einmal die Frage stellen: Wer hat eigentlich Steilshoop geplant und gebaut? – Das waren Sie.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Eglhoff SPD*: Das ist doch gar nicht die Frage, das wissen Sie! – Unruhe im Hause)

Steilshoop ist nur ein Beispiel für viele solcher Stadtteile, in denen die Menschen Gefahr laufen, von den positiven Entwicklungstrends der Gesamtstadt abgekoppelt zu

- A werden, und wo sie die Voraussetzungen verlieren, sich aus eigener Kraft helfen zu können.

Wir wollen mit unserem Programm "Lebenswerte Stadt Hamburg" verhindern, dass eine solche Abkopplung stattfindet. Die bisherigen Integrationsmaßnahmen und früheren Mechanismen funktionieren heute nicht mehr in ausreichendem Maße. Es geht aber bei den erforderlichen Maßnahmen nicht nur und vielfach auch nicht in erster Linie um Einkommensarmut oder einzelne Notlagen. Vielmehr handelt es sich um Bündel von Benachteiligungen in zentralen Lebensbereichen. Die Teilhabe der betroffenen Menschen am gesellschaftlichen Leben und an sozialen Integrationsmöglichkeiten ist eingeschränkt. Besondere Risikofaktoren für diese Prozesse sind fehlende Schul- oder Ausbildungsabschlüsse und mangelnde Sprachkenntnisse.

Wir wollen, dass Hamburg allen seinen Bürgern eine lebenswerte Heimat bietet. Die Menschen sollen gerne hier leben und sich auch mit ihrem Quartier identifizieren. Deswegen stehen im Zentrum unserer Initiative "Lebenswerte Stadt Hamburg" mehrere Dinge. Zum einen, was die sechs Stadtteile angeht: Sie sind quasi die Pilotgebiete für neue Maßnahmen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Im Blindflug!)

die wir einführen und deren Erfolg wir feststellen wollen. Im Sinne eines Best Practice wird dann das, was an positiven Erkenntnissen gewonnen wird, dorthin übertragen, wo es richtig angewandt ist.

(Beifall bei der CDU)

- B Zunächst einmal werden in diesen sechs Stadtteilen Projekte, die bereits vorhanden sind, ausgebaut und vernetzt. Es wird aber auch eine Reihe neuer Projekte angestoßen. Im Zentrum steht die Bildung und das bezieht sich nicht nur auf die sechs Stadtteile, sondern auf viele Gebiete in unserer Stadt.

(Doris Mandel SPD: Ach!)

Wir wollen die Bildungschancen all der Kinder erhöhen, die solche Chancen bisher aus den vielfältigsten Gründen nicht in ausreichendem Maße hatten.

(Christiane Blömeke GAL: Das ist ja wohl lachhaft! Die Kinder unter drei Jahren haben Sie wohl vergessen!)

– Ich verstehe ja die Aufregung, Frau Blömeke. Aber es ist wirklich ein gutes Programm. Lesen Sie es einmal.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Wir werden die Klassenfrequenzen an rund jeder dritten Hamburger Grundschule beginnend mit dem August 2007 auf 18 bis 20 Schüler pro Klasse senken. Diese Frequenzsenkungen, Frau Brinkmann, liegen genau dort, wo sie am nötigsten sind,

(Petra Brinkmann SPD: Wo Sie meinen!)

weil sie nach den Sozialindikatoren ausgewählt und festgelegt wurden und nicht mit der sozialdemokratischen Gießkanne wieder über die ganze Stadt verteilt werden. Das Geld wird dort eingesetzt, wo es gebraucht wird.

(Beifall bei der CDU)

Mit diesen niedrigeren Klassenfrequenzen – übrigens: 18 bis 20 ...

(Gerhard Lein SPD: Bei gestrichenen Teilungsstunden!)

– Herr Lein, bleiben Sie ganz ruhig.

... sind deutlich weniger, als in ihrem eigenen Leitantrag steht. Sie fordern eine Klassenfrequenz von 23 Schülern. Sie wollen größere Klassen, wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Denn damit verbessern wir die individuelle Förderung und erhöhen die Bildungserfolgsaussichten.

(Christiane Blömeke GAL: Die Einsicht ist aber sehr spät gekommen!)

Damit sind wir bei einem weiteren ganz zentralen Punkt. Wir wollen, dass alle Kinder deutsch sprechen können. Deshalb führen wir den verpflichtenden Besuch der Vorschule für Kinder mit besonderem Sprachbedarf ein.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir sind diejenigen, die mit der Viereinhalbjährigenuntersuchung und mit der Sprachstandserhebung begonnen haben. Wir sind diejenigen, die Sprachförderung in die Kitas und Vorschulen gebracht haben. Wir wollen damit alle Kinder erfassen, für die diese nötig ist.

(Beifall bei der CDU)

Es geht über diese Maßnahmen hinaus. In drei dieser sechs Gebiete, in Wilhelmsburg, Lohbrügge und Billstedt werden wir sogenannte Zentren für Bilden-Beraten-Betreuen etablieren, damit mehr Jugendliche einen Schulabschluss schaffen, jüngere Kinder die Qualifikation für das Gymnasium leichter erreichen und mehr Schulabgänger in Lehrstellen vermittelt werden. Hier soll auch enger miteinander kooperiert werden.

Außerhalb dieser Pilotgebiete werden in 22 neuen Nachbarschaftszentren junge Familien Unterstützung erfahren. Dort, wo Familien mit Kindern unter drei Jahren keine ausreichenden Betreuungsangebote für ihre Situation vorfinden,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Warum wohl?)

werden wir eben mit diesen Nachbarschaftszentren solche Angebote schaffen. Auf die 39 Spielhäuser sei hier nur ganz kurz hingewiesen.

Das heißt, die Initiative "Lebenswerte Stadt Hamburg" wird die Quartiere stabilisieren. Sie wird dazu führen, dass sich die Menschen mit ihrem Wohn- und Lebensumfeld stärker identifizieren und mehr Eigeninitiative entwickeln. Wir wollen damit letztlich alle Hamburger erreichen und für die ganze Stadt Positives bewirken. Alle sollen von dem spürbaren und messbaren Wachstum der Stadt profitieren.

(Beifall bei der CDU)

Dabei bleibt die beste Politik selbstverständlich eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu komme ich gleich.

Nur ganz kurz noch etwas zu dem, was Herr Neumann über die finanzielle Ausstattung dieses Programms "Lebenswerte Stadt Hamburg" sagte. Wenn insgesamt ein solcher nahezu dreistelliger Millionenbetrag zur Verfügung gestellt wird, dann versucht Herr Neumann, dieses rechnerisch klein zu machen und sagt, es käme praktisch

- A nichts bei jedem Einzelnen an. – Es fehlte nur noch die Umrechnung pro Einwohner.

(Gerhard Lein SPD: Das machen Sie jetzt!)

Aber Herr Neumann, bitte beachten Sie eines: Diese 100 Millionen, die in dieses Konzept gesteckt werden, sind zusätzliche Gelder, die wir in den nächsten fünf Jahren zusätzlich, insbesondere für die benachteiligten Menschen in der Stadt, ausgeben können.

(Beifall bei der CDU)

Dann zum Thema Wirtschaft und Entwicklung des Arbeitsmarktes. Da sagte Herr Neumann so schön

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie schön, dass Sie unser Gast waren!)

beziehungsweise war die Formulierung im SPD-Leitantrag:

"Nur eine ökonomisch erfolgreiche Stadt kann eine soziale Stadt sein."

Hier, Herr Neumann, geben die Hamburger Zahlen allen Grund zum Optimismus. Denn die Nachrichten vom Hamburger Arbeitsmarkt könnten kaum besser sein als in diesen Wochen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist mit den Langzeitarbeitslosen?)

– Hören Sie doch einmal zu.

Noch nie, Herr Dr. Dressel, ging die Zahl der Arbeitslosen in Hamburg zwischen Oktober und November so stark zurück wie in diesem Jahr.

B

(Beifall bei der CDU)

Gegenüber dem November des vergangenen Jahres sank die Zahl der Hamburger ohne Beschäftigung sogar um fast 10 000. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist erneut stärker angestiegen als in allen anderen Bundesländern. Im September 2006 waren es fast 17 000 mehr als ein Jahr zuvor.

(Doris Mandel SPD: Die bekommen trotzdem alle SGB II-Leistungen als Ergänzung!)

Wenn wir, Frau Mandel, außerdem noch eine Statistik hätten, die imstande wäre, zu erfassen, woher welcher Mensch genau kommt, der neue Beschäftigung gefunden hat, würden wir feststellen, dass viele darunter Pendler aus dem Umland sind

(Erhard Pumm SPD: Das ist ja etwas ganz Neues!)

und dass wir damit eigentlich, Herr Pumm, hier in Hamburg bei den Arbeitslosenzahlen und in der Arbeitslosenstatistik relativ schlecht behandelt werden. Trotzdem haben wir so bedeutende Rückgänge. Das heißt, unser Kurs ist auf jeden Fall auch erfolgreich.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Und was ist nun mit den Langzeitarbeitslosen?)

Damit haben wir etwas ganz Wesentliches erreicht,

(Gesine Dräger SPD: Zu den Langzeitarbeitslosen haben Sie gar nichts gesagt!)

nämlich, dass die Menschen in dieser Stadt, die zu Ihren Zeiten in die Arbeitslosigkeit hineingerutscht sind, in großer Zahl wieder Arbeit finden.

(Beifall bei der CDU)

C

Dabei spielen natürlich die Bereiche Hafen und Logistik eine ganz zentrale Rolle. Der Hafen ist nicht nur traditionell,

(Ingo Egloff SPD: Bleiben Sie doch einmal bei der Wahrheit!)

sondern ganz aktuell ein zentraler Bestandteil der Hamburger Wirtschaft. Wie der Wirtschaftssenator immer zu sagen pflegt:

Der Hafen boomt. Recht hat der Mann.

Wenn dann die GAL in ihrem Leitantrag fordert, die jährlichen Investitionen in den Hafenausbau um 25 Millionen Euro zu reduzieren, dann sägt sie nicht nur an einem Ast, sondern am Stamm der Hamburger Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Besonders befremdlich finde ich dabei im GAL-Antrag die Äußerungen zur Modernisierung der Hafenbahn. Wollen Sie die Mittel wirklich kürzen? Das widerspricht doch allen bisherigen grünen verkehrspolitischen Erkenntnissen.

(Hans-Detlef Roock CDU: So ist es!)

Herr Lühmann, wenn Sie schon nicht mehr die Lkws durch die Stadt lassen wollen, dann sollten Sie zumindest noch die Bahn in den Stand versetzen, imstande zu sein, diese Unmengen von Containern abzutransportieren. Daran hängen Arbeitsplätze. Deswegen muss die Hafenbahn modernisiert werden.

(Beifall bei der CDU)

D

Wenn wir schon über den Hafen sprechen, muss man natürlich auch über die HHLA reden. Mit der geplanten Hereinnahme eines Minderheitspartners sichern wir nicht nur die vorhandenen Arbeitsplätze, sondern auch Hamburgs Einfluss auf dieses für den Hafen immens wichtige Unternehmen, das wir damit auch für zukünftige Aufgaben und zusätzliche neue Arbeitsplätze stärken.

An die SPD möchte ich jetzt noch einmal die Frage richten, was denn die Forderung aus ihrem Leitantrag bedeutet. Da heißt es:

"Der Senat wird aufgefordert zum jetzigen Zeitpunkt keine Anteile der HHLA zu verkaufen."

Heißt das, Herr Neumann, dass Sie sich zu einem späteren Zeitpunkt dann doch wieder – nachdem Sie das schon einmal konnten – eine Teilprivatisierung vorstellen können? Ist das mit Herrn Dr. Petersen abgesprochen, der an und für sich ganz grundsätzlich gesagt hat: Null Privatisierung der HHLA. Mir scheint da noch einiges am SPD-Kurs diskutabel zu sein.

Neu allerdings, Herr Neumann, war nun wirklich, dass Sie heute sagen, Hamburg hätte sich am Tiefwasserhafen Wilhelmshaven beteiligen sollen. Wenn unser eigener Hafen uns die idealen Entwicklungschancen bietet, warum sollten wir dann als Hamburger ein Interesse daran haben, den Hafenausbau an der niedersächsischen Nordseeküste zu fördern?

(Hans-Detlef Roock CDU: Das versteht kein Mensch!)

Ich verstehe das jedenfalls nicht.

A (Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Dass Sie das nicht verstehen, wundert uns überhaupt nicht!)

Wenn Sie unter anderem in Ihrem Leitantrag schreiben, dass die Energieversorgung im öffentlichen Eigentum oder Einfluss erhalten werden müsse, gestatten Sie mir bitte noch eine Frage, nachdem Sie vorhin darauf eingingen, dass dieser Senat 25 Prozent der HEW verkauft hat. Übrigens gab es da eine Option. Hamburg hätte sich gegen die Ausübung der Option überhaupt nicht wehren können, aber dieser Senat hat 25 Prozent verkauft.

(*Ingo Egloff SPD*: Das stimmt nicht, Herr Reinert!)

Da bleiben ja irgendwo noch 75 Prozent. Die haben Sie verkauft. Damit haben Sie Ihre eigenen Kriterien, die Sie jetzt aufstellen, damals grob vernachlässigt.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden unsere Politik fortsetzen, um die Bildungslandschaft in Hamburg weiter zu stärken. Herr Neumann hat jetzt gesagt, die Bildungslandschaft müsse entschieden verändert werden. Da bin ich ganz gespannt, in welchen Zeiträumen die SPD nun welche von ihr möglicherweise beabsichtigte oder nicht gewollte Veränderung der Bildungslandschaft mitmacht.

(*Michael Neumann SPD*: Machen Sie Angebote! Ich habe bisher kein Angebot gehört! Unsere Position ist klar!)

B Aber, Herr Neumann, wenn Sie auch in Ihrem Antrag schreiben, dass Hamburg nach wie vor pro Schüler das meiste Geld ausgibt, dann muss man eben auch feststellen, dass die schlechten Leistungen des Hamburger Bildungssystems über Jahrzehnte gewachsen sind und dass wir ein ganzes Maßnahmenbündel eingeleitet und eingesetzt haben, um zu besseren Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Desgleichen beginnen sich die Maßnahmen zur Stärkung des Hochschulbereiches positiv auszuwirken, und im sozialen Bereich unserer Stadt sind wir ebenfalls auf einem guten und richtigen Kurs, bei dem wir alle Menschen in dieser Stadt mitnehmen wollen, beispielsweise mit dem Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen, mit der Neuorganisation des Behindertentransportes sowie mit einer Qualifizierungsoffensive in den Pflegeberufen.

Es ist wirklich ein vielfältiges Bündel von Maßnahmen, welches wir eingeleitet haben, um die Stadt wieder und weiter voranzubringen. Wir sind auf einem guten Kurs, der eine Bestätigung braucht. Daher werden wir diesem Haushalt auf jeden Fall unsere Zustimmung geben.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – *Werner Dobritz SPD*: Die klatschen ja bei jedem Mist!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Reinert, ich bin zutiefst beruhigt, dass Sie hier keine Regierungskrise auslösen und dem Haushalt zustimmen. Das freut mich zunächst einmal.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Vielleicht stimmen Sie ja auch zu!)

Auf der anderen Seite, Herr Reinert, bin ich allerdings sehr beunruhigt welche Wirtschaftskompetenz Sie hier aufweisen, wenn Sie in dem Haushaltsantrag nicht unterscheiden können, was es heißt, Investitionen zu kürzen oder anders zu finanzieren. Hier sollten Sie sich noch ein bisschen Nachhilfe geben lassen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aber, Herr Reinert, Ihre kleinteilige Bilanz in allen Ehren, so möchte ich doch an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt gerade zur letzten Haushaltsdebatte eine politische Bilanz ziehen, die vor allen Dingen einmal hinterfragt, ob dieser CDU-Senat wirklich die Antworten auf die Fragen der Zukunft gefunden hat, die wir hier für unsere Großstadt Hamburg stellen müssen.

Was hätte denn Hamburg wirklich gebraucht, um als moderne Metropole für die Zukunft fit zu sein? Welche Energieversorgung benötigen wir für unsere Stadt? Wie schaffen wir ein sauberes Klima und damit verbunden neue Arbeitsplätze? Wie erhalten wir die beste Bildung für unsere Kinder? Was brauchen wir, damit sich Familien nicht nur wohlfühlen, sondern auch Familie und Beruf verbinden können? Wie halten wir kreative Köpfe in unserer Stadt? Wie bewegen wir uns in der Stadt? Welchen Verkehr wollen wir fördern? Wie gelingt der soziale Zusammenhalt gegen die Spaltung? Wie kann in einer Einwandererstadt Integration gelingen? Und bei allen diesen Fragen noch eine ganz zentrale: Wie schaffen wir eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und wie leben wir unsere Demokratie?

D Meine Damen und Herren von der CDU, das sind Fragen der Zukunft. Das sind die Themen, die einer Antwort bedürfen. Die richtigen Antworten lassen und ließen Sie in den letzten drei Jahren weiß Gott vermissen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Anscheinend wollen Sie die Antworten auch gar nicht hören. Sie ließen die Antworten nicht nur in den fachlichen Fragen vermissen, sondern hier fehlt leider auch ein demokratisches Grundverständnis. Das ist wohl eines der befremdlichsten Kennzeichen Ihrer Legislatur, nämlich Ihre wiederkehrende Verweigerung und Ignoranz gegenüber den demokratischen Spielregeln.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

In der ersten Phase Ihrer Legislatur ging es Ihnen zunächst richtig gut.

(*Bernd Reinert CDU*: Jetzt geht's uns besser!)

Hier war Durchregieren angesagt, Herr Reinert, nach der Devise: Herr von Beust, im Sinne des Sonnenkönigs, die Stadt bin ich! Hätten doch nur die Bürgerinnen und Bürger sich nicht immer so vehement gewehrt und Sie beim Regieren gestört, dann hätte es eine richtig schöne Zeit werden können.

Aber die Hamburgerinnen und Hamburger wollten von Anfang an mitbestimmen. Sie fanden Gefallen an Volksentscheiden. Sie wollten die Krankenhäuser nicht verkaufen. Sie wollten ein neues Wahlrecht. Die Bürgerinnen und Bürger waren Ihrer Politik gegenüber skeptisch sowie misstrauisch geworden und forderten mehr Mitsprache-rechte sowie Transparenz. Das war Ihnen nicht recht.

- A Sie haben den Hamburgerinnen und Hamburgern mehrfach gezeigt, was Sie davon halten, nämlich herzlich wenig. Sie haben sich über mehrere Volksentscheide hinweggesetzt und nun schreiben Sie sogar den Wählenden vor, wie sie zu wählen haben. Demokratie ist anscheinend zu anstrengend, wenn alle mitreden wollen. Aber genau das macht den Kern einer Demokratie aus. Wir wollen eine größtmögliche Beteiligung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Genauso anstrengend kann Demokratie sein, wenn die Spielregeln demokratischer Gewaltenteilung einzuhalten sind, Herr von Beust. Auch hiermit nahmen Sie es in dieser Legislatur nicht allzu genau. Es wurden munter geheime Protokolle zwischen PUA-Arbeitsstab, Senatskanzlei und Sozialbehörde hin und her geschickt. Es wurden Unterlagen an die Presse weitergeleitet, um einen Abgeordneten zu denunzieren. Welches Gefühl das bei Ihnen auslöst, Herr von Beust, haben Sie freimütig zugegeben.

Herr von Beust, es gab einmal andere Zeiten, in denen Sie andere Maßstäbe angelegt haben. Es ist nicht lange her, dass Sie an dieser Stelle standen und die Messlatte für politisches Handeln hoch angelegt haben. Hierbei haben Sie sogar ein Versprechen abgegeben. Sie sagten seinerzeit und ich will Sie daran erinnern, ich zitiere:

"Jede Handhabung, die Schadenfreude und Überheblichkeit auf der einen Seite oder Vertuschen von Informationen und Mauern auf der anderen Seite beinhaltet, schadet der Demokratie insgesamt. Wir dürfen das nicht mitmachen. Die Hamburger CDU wird das nicht tun, das verspreche ich Ihnen."

- B Das war ein Zitat aus der Generaldebatte Haushalt 1999.

Herr von Beust, ich messe Sie an Ihren eigenen Worten. Dieses Versprechen haben Sie gebrochen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie hatten seinerzeit als Oppositionsführer wohl andere Maßstäbe angelegt, aber was interessiert Sie Ihr Geschwätz von gestern, da Sie nun die Stadt regieren.

Herr von Beust, das war nicht das einzige Versprechen, das Sie gebrochen haben. Im Bildungsbereich versprochen Sie, endlich richtig Ordnung hineinzubringen. Was Ihre Senatorin dann zustande brachte, sorgte in den Schulen größtenteils für Fassungslosigkeit. Ihre Streichliste im Schulbereich liest sich wie ein Gegenprogramm zu den Ergebnissen der Schulforschung. Weniger Lehrer, an den Grundschulen größere Klassen, bis zu 30 Schüler in der ersten Klasse. Herr Neumann hat das bereits erwähnt. Die Vorschule wurde kostenpflichtig, weniger Teilungsstunden und Förderunterricht, keine integrierten Haupt- und Realschulklassen mehr, Büchergeld und so weiter. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Aber das Verrückteste findet eigentlich zurzeit bei der Debatte um die Schulstruktur statt. Nachdem Sie noch am Anfang der Legislatur laut für die Stärkung der Hauptschulen geworben haben – das muss man sich einmal vorstellen –, sind Sie nun zum Teil lernfähig. Sie sprachen und sprechen nun doch schon mal von einem zweigliedrigem System Gymnasium und einer Stadtteilschule. Immerhin, aber das Verrückte hierbei ist, dass wir alle wissen, welche Schule eigentlich die beste wäre, nämlich eine Schule für alle Kinder.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

C

Wir von der GAL wissen das schon länger, nicht ganz so lange, wie die PISA-Sieger Finnland, Schweden und Kanada, aber immerhin seit vielen Jahren.

Die SPD bespricht das offen auf den Parteitag und auch einige versierte Politiker von der CDU, beispielsweise Frau Süßmuth und Herr Späth, haben das mittlerweile begriffen. Lasst die Kinder zusammen lernen und sie werden dadurch alle klüger. Gucken Sie sich doch einmal in Ruhe unser Programm "Neun macht klug" an. Sprechen Sie einmal mit Frau Süßmuth und besuchen Sie innovative Schulen. Ich bin mir sicher, auch Sie können noch lernen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich der Max-Brauer-Schule gratulieren, die heute vom Bundespräsidenten Horst Köhler die Würdigung für den deutschen Schulpreis überreicht bekommen hat. Fünf Schulen sind ausgezeichnet worden, vier integrierte Gesamtschulen und eine Grundschule. Gratulation an diese Schulen und besonders an die Max-Brauer-Schule.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Kommen wir zur nächsten Zukunftsfrage, dem Klimaschutz. Die Frage der zukünftigen Energieversorgung und des hiermit zusammenhängenden Klimaschutzes ist eine der wichtigsten Fragen für kommende Generationen. In diesem so wichtigen Bereich und in dieser globalen Frage macht Hamburg eine kurzsichtige Kirchturmpolitik.

Einerseits ist keine andere Großstadt in Deutschland unmittelbar so bedroht wie Hamburg. Hier müssen wir reagieren, aber Sie unternehmen nichts. Andererseits hat Hamburg ein riesiges Potenzial, zur Modellregion des Klimaschutzes zu werden und auch wirtschaftlich davon zu profitieren. Trotzdem gibt es keine systematische Klimaschutzpolitik. Das schadet Hamburg in doppelter Hinsicht, zum einen durch die Klimafolgen und zum anderen durch das verpasste wirtschaftliche Potenzial. Hier müssen nicht nur wir, sondern auch Sie aktiv werden.

D

Fakt ist, dass Hamburgs Energieverbrauch nach Aussagen der Energiebilanz des Senats seit Jahren auf hohem Niveau stagniert. Für den Klimaschutz wäre eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs, des CO₂-Ausstoßes, erforderlich. Schon mehrfach ist das hier angemahnt worden, doch in diesen Bereichen liegt Hamburg besonders schlecht im deutschen Durchschnitt. Sie unternehmen nichts und das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Hamburg hat immer noch kein Klimaschutzziel. Andere Städte, wie beispielsweise München, haben sich eine deutliche Reduzierung zum Ziel gesetzt. Das sollten Sie sich zum Vorbild nehmen.

Ich erwähnte bereits, Klimaschutz ist Wirtschaftsförderung. Schon heute hängen in Hamburg 3000 Jobs und mehr am Klimaschutz und an der regenerativen Energie. Aber das reicht nicht. Eine Verdopplung durch konsequente Klimaschutzpolitik wäre möglich und ist durch unsere Anträge zu realisieren.

Sie haben immer noch nicht begriffen, dass Umweltpolitik keine Luxuspolitik, sondern Standortpolitik ist. Es ist kein Luxusthema. Wenn man sich einmal den Monitor der wachsenden Stadt ansieht, stellt man eindeutig fest, dass

- A selbst nach eigener Einschätzung das Ziel verfehlt ist. Die Lebensqualität der Hamburgerinnen und Hamburger leidet unter der kurzsichtigen Senatspolitik. Lärm- und Feinstaubbelastung, Flächenraubbau, Vernachlässigung des Klimaschutzes und eine verfehlt Verkehrspolitik sind die Beispiele. Meine Damen und Herren von der CDU, Klimaschutz geht anders.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ein weiteres Zukunftsthema – ich nannte es soeben – ist die Verkehrspolitik. Wenn wir Hamburg fit für die Zukunft machen wollen, müssen wir uns die Frage stellen, wie der Verkehr von morgen aussehen soll. Wie wollen wir uns in der Stadt bewegen? Natürlich muss der Wirtschaftsverkehr fließen, Herr Hesse, aber die andere Frage ist: Wollen Sie gestresst im Auto oder entspannt mobil sein?

(Klaus-Peter Hesse CDU: Beides!)

Wir haben uns nicht nur in Hamburg daran gewöhnt, dass Autos sowohl gefahren als auch abgestellt den Großteil der Verkehrsfläche einnehmen. Senat und Verwaltung haben sich daran gewöhnt, dass Fußgänger und Radfahrer mit den Restflächen auszukommen haben. Ist das der Verkehr der Zukunft?

Unter den Aspekten von Lebensqualität, Sicherheit und Klimaschutz müssen wir uns die Frage stellen, ob wir weiterhin dem Auto die Dominanz zugestehen wollen, wie das in den letzten zehn Jahren der Fall war. Das ist nicht nur eine Verkehrsfrage oder irgendeine ideologische Frage, sondern das ist eine Standortfrage.

- B Wir wissen, dass die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum auch eine Rolle spielt, für welche Stadt sich kreative Köpfe entscheiden. Wer die freie Wahl zwischen mehreren Städten hat, fragt sich, wo er gut und entspannt leben kann. Stockholm, Amsterdam oder auch Paris haben das verstanden. Schauen Sie sich einmal das Programm "Paris atmet auf" an. Das ist hervorragend. Was hat der Senat hier verstanden? Nichts, aber auch gar nichts.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Allein ein Blick in die HafenCity ist doch aufschlussreich. Dort hätte man die einmalige Chance, in einem neuen Stadtviertel moderne Verkehrskonzepte zu etablieren. Was machen Sie? Sie planen kaum sichtbare Schmalspurfahrwege, die so unsicher und unfallträchtig sind, dass sogar die Polizei sagt, dass sie hier die Benutzungspflicht aufheben wird. Sie planen zwei U-Bahn-Stationen für viel Geld, das gereicht hätte, um den Einstieg in eine moderne Stadtbahn voranzutreiben.

Was macht der Senat weiter? Er fährt ein volles Programm zur Autobeschleunigung. Er diskriminiert die Fußgänger durch die Bettelampeln. Er stampft – ich bin immer noch in der ersten Phase Ihrer Zeit – für Jahre das Geld für Radwege auf ein Minimum ein. Das ist unverantwortlich und ist eine Verkehrspolitik sowie vor allen Dingen das Denken von vorgestern.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Soweit erst einmal die Zeit des Durchregierens mit absoluter Mehrheit, bequem und brachial. Aber wenn es dem Esel zu wohl wird, geht er aufs Eis. Das kennen wir. Was wir nun in der zweiten Phase der Legislatur erleben können, ist sehr interessant, denn plötzlich bröckelt es dann

doch an allen Ecken und Enden. Fangen wir bei Ihrem Personal an, Herr von Beust.

Nehmen wir als erstes Ihren Justizsenator, Herrn Kusch, den Sie ursprünglich angeworben hatten, um bei der öffentlichen Sicherheit mehr Profil zu zeigen. Das hatte er dann auch zur Genüge getan. So viel Profil war manchmal in einem Mann kaum unterzubringen. Interessanterweise haben Sie ihn letztendlich nicht entlassen, weil die Grundzüge seiner Politik unerträglich waren, also nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern weil er sehr viel schlechte Presse bekommen hat.

Oder nehmen wir Ihre Sozialsenatorin, die leider noch nicht entlassen ist.

(Zurufe von der SPD)

Sie hat aber jetzt immerhin einen neuen Staatsrat, damit einer im Hause Bescheid weiß, denn sie selbst bekommt leider immer so wenig mit.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aber mit dieser Thematik beschäftigen sich inzwischen zwei PUAs. Hier kann man hoffen, dass wir bald mehr wissen.

(Barbara Ahrons CDU: Beides Geldverschwendung!)

Ähnlich ist es bei der Schulsenatorin. Hier gab es gleich zwei neue Staatsräte. Vielleicht ist das auch das neue Senatsprogramm, schwache Senatoren durch starke Staatsräte zu stützen – von den Amtsleitern in der Schulbehörde ganz zu schweigen, die sich in dieser Legislatur munter die Klinke in die Hand geben –.

Nun, Herr von Beust, verlässt Sie auch noch Ihr Finanzsenator, der Kopf des Senats, wie man immer wieder geschrieben sehen kann. Das könnte dann ab Januar ein richtiges Problem werden, denn bekanntlich ist man kopflos auch eher richtungslos.

(Olaf Ohlsen CDU: Da machen Sie sich mal keine Gedanken!)

Auch Ihre fachlichen Fehler fallen Ihnen langsam auf die Füße. Manche sogar ständig, ob das nun in der Sozial-, Bildungs- oder in der Verkehrspolitik ist. Jetzt beginnen Sie hektisch mit weißer Kreide, kleine Reparaturmaßnahmen vorzunehmen, die Sie dann als zukunftsweisendes Programm verkaufen. Hier sollen plötzlich benachteiligte Stadtteile, in denen Menschen besonders von Armut, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit betroffen sind, gefördert werden. Es ist schon ein bisschen zynisch, Herr Reinert, wenn Sie dann erzählen, dass die Anzahl der Betroffenen angeblich weniger wäre. Also, 2001 waren es 69 000 Menschen. Das sind viel zu viele. Jetzt sind es 100 000 Menschen. Hier von Erfolgen zu sprechen, ist wirklich nicht angebracht.

Nachdem Sie jahrelang die soziale Struktur in diesen Stadtteilen zerschlagen und die Ausgaben für die soziale Stadtteilentwicklung drastisch reduziert haben, fällt Ihnen nun auf, dass vielleicht ein Schaden entstanden sein könnte. Was machen Sie? Von 13 Stadtteilen nehmen Sie sich gerade einmal sechs heraus, die gefördert werden sollen, und zwar mit 100 Millionen Euro zusätzlich gestreckt auf die nächsten fünf Jahre. Wie großzügig!

- A Meine Damen und Herren von der CDU, Herr Schira, das wird bei weitem nicht reichen, um die von Ihnen angerichteten Schäden wieder zu beseitigen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zurufe von der CDU)

Das kommt mir vor wie eine Art Feuerwehrpolitik, bei der Sie dann auch noch mit dem Wasser geizen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Eine solche kleine Notreparatur reicht nicht, um die soziale Spaltung weiter zu verhindern. Hier müssen Sie ganz andere Zeichen setzen, nämlich Anhängen anstatt Abkoppeln und nicht nur Anhübschen und ein paar kleine Modellversuche.

Aber reparaturfreudig wird neuerdings auch Frau Dinges-Dierig. Jetzt sollen die überfüllten Grundschulklassen plötzlich nicht mehr als 24 Kinder haben. Das wird dann noch als ein tolles Programm verkauft. Ich spreche jetzt von den Klassen, die Sie nachgebessert haben, neben denen in den sozialen Brennpunkten. Aber das ist Ihnen spät genug aufgefallen.

Unter Rotgrün hatte eine Grundschulklasse im Schnitt noch 23 Kinder. Sie haben die Klassengröße erst einmal auf 27 Kinder erhöht, teilweise – wie bekannt – sogar bis zu 30 Kinder. Jetzt werden aber diese Absenkungen nicht durch Einstellung von Lehrern durchgeführt, sondern man nimmt den Lehrern die Teilungsstunden weg. Hier wandert das Geld von der rechten in die linke Tasche. Was ist denn das für ein Erfolg?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

- B Nun sollen die Vorschulklassen für benachteiligte Kinder wieder kostenfrei sein und das wird dann als tolles Programm gefeiert.

(Doris Mandel SPD: Ja, klasse!)

Dabei war die Vorschule unter Rotgrün immer kostenfrei. Das ist wirklich Augenwischerei.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf von der CDU)

Also, mit seriöser Schulpolitik hat das schon lange nichts zu tun.

Wenn wir uns jetzt den Verkehrsbereich anschauen – Herr Hesse ist schon verschwunden, der seinen Radverkehr so preist – wurden zu rotgrünen Zeiten 4,4 Millionen Euro pro Jahr ausgegeben. Diesen Betrag haben Sie erst einmal auf einen Bruchteil reduziert und jetzt wird wieder ordentlich Geld hineingepumpt, aber trotzdem liegen die Ausgaben immer noch unterhalb der rotgrünen Regierungszeiten und das soll dann Ihr Fahrradprogramm sein. Meine Damen und Herren von der CDU, das ist noch nicht einmal ein Programm für Stützräder. Die armen Fahrradfahrer.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aber wissen Sie, was alle diese Beispiele deutlich machen? Sie reparieren nicht, weil Sie dazugelernt haben. Sie reparieren auch nicht, weil Sie einen Politikwechsel für Ihre falschen Ansätze vornehmen. Sie reparieren nicht inhaltlich, sondern Sie reparieren einzig und allein Ihr Image. Erst seitdem die Umfragen eingebrochen sind und Ihr Image deutliche Kratzer bekommen hat, machen Sie sich langsam Sorgen. Wie Herr von Beust so schön auf

der Klausurtagung hat durchblicken lassen – man könnte auch sagen – kokettiert hat, es geht darum, dass ein paar schöne Bilder in der Zeitung sind. Das, meine Damen und Herren von der CDU, ist nun wirklich die Entpolitisierung der Politik in Reinkultur. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die GAL-Fraktion will eine gute und vor allen Dingen eine solide finanzierte Politik machen. Hierfür haben wir die besseren Konzepte und einen Haushaltsleitantrag, der die Fragen der Zukunft für unsere Stadt beantwortet.

Wir wollen eine Bildungsoffensive für eine neue Hamburger Schule "Neun macht klug". Das ist eine Schule, die alle Kinder optimal und individuell fördert.

Wir wollen die kreativen Potenziale in der Stadt halten und in die Stadt holen. Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur brauchen diese kreativen Köpfe.

Wir wollen den Klimaschutz fördern. Wir setzen auf regenerative Energien und Energieeffizienz, denn das ist der Arbeitsmarkt der Zukunft.

Wir wollen die soziale Stadt. Wir brauchen die Offensive gegen Ausgrenzung. Wir wollen ein Netzwerk Kindeswohl und eine Verknüpfung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit sozialer Stadtentwicklung.

Wir müssen und wollen die Einwanderungsstadt gestalten sowie die Interkulturalität voranbringen. Formelvielfalt lautet hier unser Konzept.

Wir wollen gerade in den Bildungsberufen den Anteil von Migranten erhöhen und wir wollen die Stadt bewegen. Entspannt mobil lautet unser Verkehrskonzept der Zukunft mit einer Umweltzone in der Innenstadt.

Zu allen diesen Punkten hat meine Fraktion, auf die ich stolz bin, gute Konzepte erarbeitet und solide durchfinanziert. Herr von Beust, sorgen Sie sich weiter um Ihr Image. Solange schöne Bilder von Ihnen in der Zeitung sind, brauchen wir uns keine großen Sorgen zu machen. Die GAL-Fraktion entwickelt weiter ihr Leitbild der kreativen Stadt.

(Lars Dietrich CDU: Sie sind ja nur neidisch!)

Sie reparieren und wir haben die Konzepte der Zukunft für Hamburg. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die Haushaltsdebatte und die bisherigen Redebeiträge beziehungsweise auf dieses Thema selbst eingehe, erlauben Sie mir, kurz etwas zu der aktuellen Diskussion zu sagen, die am Wochenende – wie ich glaube – viele Hamburgerinnen und Hamburger besorgt gemacht hat. Ich glaube, es schmerzt uns alle, dass unsere Stadt wieder einmal wegen terroristischer Aktivitäten beziehungsweise internationaler Kriminalität ins Gerede gekommen ist.

(Christian Maaß GAL: Terrornetz hätte Herr Schill gesagt!)

C

D

- A Hamburg ist eine Weltstadt mit allen Vorteilen und natürlich auch mit allen Risiken. Aber Hamburg ist überwiegend eine sichere Stadt, auf die die Menschen stolz sein können, ja stolz sind.

(Beifall bei der CDU)

Gerade wegen der jüngsten Entwicklung ist mir eine Botschaft sehr wichtig. Nach menschlichem Ermessen und auch nach Ansicht aller Experten gibt es für die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg keine gesundheitlichen Risiken. Es besteht keine Gefahr. Das möchte ich jetzt ganz deutlich betonen – gerade hinsichtlich der jüngsten Erkenntnisse –, nachdem vermutlich doch mehrere Personen aus dem näheren Umfeld des Geschäftsmannes Kowtun stärker mit radioaktiver Substanz in Berührung gekommen sind, als ursprünglich vermutet wurde.

Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Die notwendigen Maßnahmen sind eingeleitet, aber ich kann bereits zum jetzigen Zeitpunkt feststellen, dass man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hamburger Polizei

(Vizepräsidentin Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

und den anderen Behörden – ich hoffe, im Namen des ganzen Hauses – danken muss, mit welcher Umsicht und mit welchem Verantwortungsbewusstsein diese Krise bisher gemeistert wurde. Ein Dank den Angestellten und Beamten.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich jetzt zur Haushaltsdebatte kommen. Frau Goetsch, aus Ihrer Rede muss ich leider folgern: Es hilft nichts, Sie wählen uns doch nicht. Wir werden das überleben. Ich habe gemerkt, wir können machen, was wir wollen. Alles, was am Anfang noch ganz schön war, soll jetzt plötzlich alles falsch gewesen sein. Und wenn einmal ausnahmsweise etwas gut gewesen ist, war das nur aus Image-Gründen. Das ist doch sehr oberflächlich betrachtet, liebe Frau Goetsch, und Ihrer eigentlich nicht würdig.

(Beifall bei der CDU)

Verehrter Herr Neumann, Ihre Rede war aus meiner Sicht gut erarbeitet. Sie war überwiegend fair, aber auch ausgesprochen langweilig. Ich will Ihnen auch erklären, warum Ihre Rede aus meiner Sicht langweilig gewesen ist.

(Zurufe von der GAL)

Ich habe das Vergnügen, diesem Haus schon sehr lange anzugehören, wenn ich mich recht erinnere seit 1978. Ich habe viele Jahre als Hinter- und Mittelbänker meiner Fraktion Haushaltsdebatten erlebt und habe heute erstaunliche Parallelen zu Debatten der Achtzigerjahre der damaligen Opposition feststellen können, Herr Neumann.

Sie haben inhaltlich Ähnliches gesagt wie wir vor 20 Jahren, damals allerdings ohne großen Erfolg – da wird es Ihnen nicht anders gehen. Wir haben zum Beispiel damals gesagt, vieles müsse größer und billiger werden. Wie wir dies finanzieren wollten, können Sie nachlesen: indem die Wasserköpfe in der Verwaltung abgebaut werden, überwiegend in der Schulverwaltung. Genau das Gleiche sagen Sie jetzt 20 Jahre später, ohne irgendeine Originalität, Herr Neumann.

(Michael Neumann SPD: Sie haben es ausgebaut!)

Nichts Neues ist bei Ihnen gekommen.

(Beifall bei der CDU)

Dann schlagen Sie einen etwas eigenartigen Kurs ein, was wichtige städtebauliche Projekte angeht, bis hin zur Elbphilharmonie. Auf der einen Seite sagen Sie, diese seien irgendwie wichtig für die Stadt, aber sie gingen zulasten der Menschen und der Sozialpolitik. Das dürfe nicht sein. Die menschliche Stadt, das große Herz – Ihnen quillt ja die Menschlichkeit aus den Knopflöchern, Herr Neumann, wenn man Sie so anschaut. So ein menschlicher Mensch!

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das nimmt ihm keiner ab!)

Sie haben auch in Ihrer Rede gesagt, Projekte wie der Jungfernstieg, der Neue Wall bis hin zur Elbphilharmonie seien Stein gewordene Projekte, die dem Anspruch einer menschlichen Stadt nicht gerecht würden. Das ist hochinteressant: Wenn Sie sich die Debatten um den Neubau des Rathausmarktes Anfang der Achtzigerjahre im Wortlaut ansehen, stellen Sie fest, dass die damalige Opposition genauso argumentiert hat. Sie sagte, es gebe 50 000 Leute, die Wohnungen suchen, die Situation in den Pflegeheimen sei katastrophal und wo denn der Einsatz für die sozial Schwachen und die Nöte der Mitbürger bleibe. Der Bürgermeister, sagte damals Ihr Vorgänger, der verstorbene Jürgen Echternach, wolle sich geradezu nach Art Ludwig XIV. oder seines bayrischen Namensvetters ein Denkmal setzen.

(Michael Neumann SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Genauso haben Sie in den letzten Wochen hier bei diesen Großprojekten argumentiert, eine Argumentation, die alt ist, langweilig und nicht sachorientiert.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik reden, gibt es viele Dinge, die ich unterstütze. Einige sehe ich völlig anders. In verschiedener Hinsicht haben Sie allerdings eine – wie soll ich es ausdrücken – doppelte Moral. Sie werfen uns vor, dass wir jetzt mit Brachialgewalt über einen Verkauf von Minderheitsanteilen der HHLA diskutierten. Das diskutieren wir, aber es ist noch nichts entschieden. Das werfen Sie uns vor. Gleichzeitig vergessen Sie aber, dass in den letzten zehn Jahren sozialdemokratischer Regierung für 10 Milliarden Mark in Hamburg privatisiert und verkauft wurde.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Sie sind es gewesen, die damals auf Teufel-komm-Raus privatisiert haben, nicht wir. Das ist einfach nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Es sind, nebenbei bemerkt, bis heute zum Großteil sozialdemokratisch regierte Städte gewesen, die ihren Bestand an öffentlichen Wohnungen verkauft haben, während wir ihn nicht verkaufen wollen. Ich könnte Ihnen eine Liste von SPD-Städten vorlegen, wo verkauft wurde. Das ist sozialdemokratische Kommunalpolitik und Sie wollen sich hier einen weißen Fuß machen. Das glaubt Ihnen niemand.

(Beifall bei der CDU)

C

D

- A Ich bin überzeugt – Herr Reinert hat darauf hingewiesen –, dass diese fünf Jahre christdemokratisch dominierter Regierungsarbeit Jahre gewesen sind – das zeigen alle Statistiken –, die Hamburg wirtschaftlich vorangebracht und gesichert und die wirtschaftliche Situation zum Wohle der Menschen weiterentwickelt und ausgebaut haben. Nur eine solide wirtschaftliche Grundlage und gute Steuereinnahmen geben uns die Kraft, im sozialpolitischen Bereich zu investieren und etwas zu tun. Genau das tun wir. Zu diesem Wort stehe ich.

(Beifall bei der CDU)

Die Hamburger Wirtschaft ist auf Erfolgskurs. Allein vom Jahr 2005 zum Jahr 2006 sind über 17 000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Damit sind wir Spitzenreiter in der Bundesrepublik. Darauf können wir in dieser Stadt stolz sein.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Vorher sind 35 000 abgebaut worden. Das müssen Sie auch einmal sagen!)

Der Hafen ist der Wachstumshafen in Europa. In den letzten fünf Jahren hatten wir Wachstumssteigerungen im Containerverkehr von 87 Prozent. Weil dieses Wachstum so stark ist, bin ich dem Wirtschaftssenator dankbar dafür, dass er eben nicht die Hände in den Schoß legt, sondern jetzt mit großer Kraft, aber auch gemeinsam mit den Hafenbetrieben versucht, neue Liegeplätze zu erschließen, damit der Hafen auch in Zukunft diese Steigerungsraten erwirtschaften kann. Das ist gut für die ganze Stadt. Es ist nicht falsch, sondern verantwortungsvoll und genau richtig, dies zu tun.

- B (Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang auch ein Wort zur HHLA: Sie sind in Ihrer Position ja etwas wankelmütig.

(Gesine Dräger SPD: Sie erst!)

Als wir vor einem halben oder Dreivierteljahr hier die Diskussion hatten, wurde gesagt, auf keinen Fall dürfe die Mehrheit verkauft werden. Darauf habe ich gesagt, dass wir dies nicht wollten, höchstens 49 Prozent. Jetzt sagen Sie, es dürfe vorläufig nicht verkauft werden. Was heißt eigentlich vorläufig? In einer Woche? In drei? In drei Jahren? Sie haben in dieser entscheidenden Frage überhaupt keine Position. Sie sind ein Wackelpudding in der Hafenpolitik und nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Erstens wird, wenn überhaupt, nicht die Mehrheit verkauft, sondern eventuell bis zu 49 Prozent. Es wird jetzt gesichtet, welche Angebote eingehen. Es gibt drei Möglichkeiten. Ich will sie gleich nennen: entweder einen Finanzinvestor, wenn er sehr viel bietet, oder einen strategischen Investor – dazu sage ich gleich noch etwas – oder einen Börsengang. Diese drei Möglichkeiten werden in aller Ruhe geprüft werden, ohne Hektik oder Zeitdruck.

Ein Grund kann für einen strategischen Investor ausschlaggebend sein: Das Problem ist, dass überall auf der Welt bei Hafenpolitik Logistikketten entstehen. Es gibt kaum noch Häfen, die sozusagen Singles sind, die nur für sich allein da sind, sondern es gibt immer mehr Logistikketten und Hafenverbünde in der Welt. In diesem Zusammenhang muss man sehen – das ist noch nicht abschließend entschieden –, ob es einen strategischen

Investor gibt, mit dem es gemeinsam gelingt, unter der nach wie vor bestehenden Prämisse, dass die Stadt im Hamburger Hafen weiter das Sagen hat, im internationalen Auftritt strategische Allianzen einzugehen; entweder mit einem Logistikunternehmen oder mit jemandem, der in Logistik und Hafenbau und -entwicklung so viel Erfahrung hat, dass man sagt, er sei als strategischer Partner interessant und biete auch genug, sodass das Finanzielle stimme, um notwendige Investitionen bei der HHLA vornehmen zu können. Oder Sie haben einen Finanzinvestor, der vielleicht nicht die strategische Ausrichtung hat, aber vielleicht ein so verlockendes Angebot macht, dass man sagt, damit könne man neben den Arbeiten im Hamburger Hafen – die ja notwendig sind – auch im internationalen logistischen und strategischen Konzept mithalten und mitarbeiten. Die dritte Möglichkeit ist ein Börsengang. Diese drei Möglichkeiten werden in aller Ruhe geprüft. Wir haben noch keine Entscheidung getroffen.

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren von der SPD, da Sie sich inhaltlich gar nicht festlegen, dass es Ihnen nicht um die Beantwortung dieser Frage geht, sondern dass Sie versuchen, weil Sie Erfahrungen in anderen Regionen haben, sich auf kaltem Wege ein Wahlkampfthema zu erschaffen, nach dem Motto "Die SPD rettet den Hamburger Hafen". Tatsächlich tun Sie das genaue Gegenteil. Sie machen strategische Entwicklung kaputt, die wir dringend bräuchten.

(Beifall bei der CDU)

Andere wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Hamburg sind ebenfalls positiv, von der Zahl der Fluggäste, die unsere Stadt besuchen, bis hin zu internationalen Touristen steigen die Zahlen stärker als in allen anderen deutschen Städten. Wir sind in dieser Stadt Meistertitelanwärter bei neuen Existenzgründungen. Das heißt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten fünf Jahren erheblich verbessert.

Nun sage ich: nicht nur aufgrund dieses Senats. Natürlich ist die wirtschaftliche Situation etwas, wo man Glück haben kann. Vermutlich ist Hamburg die Stadt in Deutschland, die am meisten von der Globalisierung profitiert, da internationale Arbeitsteilung Verkehr schafft, Verkehr schafft Logistik und Logistik schafft neue Arbeitsplätze. Auf der anderen Seite gehört dazu natürlich auch eine Wirtschaftspolitik, die dem Wachstum die Möglichkeiten gibt: neue Flächen im Hafen auszuweisen, Industrie und Gewerbe am Standort zu halten, wie mit aller Kraft zum Beispiel die Aluminiumwerke gerettet wurden. Dazu gehört, dass man darauf sieht, dass Existenzgründer über das Mittelstandsförderungsinstitut ihre Chance haben, dass man eine starke Vernetzung und Verzahnung von Mittelstand, Wissenschaft und Wirtschaft schafft. Diese vielen Dinge haben wir alle getan, sodass es auch ein hervorragendes Ergebnis der Arbeit dieses Senats ist, dass wir in den letzten fünf Jahren ein Wachstum und eine Entwicklung haben, auf die fast ganz Deutschland mit Respekt und Neid schaut. Es ist auch unser Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Dazu kommt eine Haushaltspolitik, die den Haushalt Stück für Stück konsolidiert hat, nicht mit Brachialgewalt, sondern Stück für Stück. Das Herunterfahren der jährlichen Neuverschuldung von 823 Millionen Euro 2001 auf jetzt – wenn denn alles so beschlossen wird wie geplant – 600 Millionen Euro hat dazu geführt, dass wir beim Län-

C

D

- A derfinanzausgleich inzwischen zu dem Land geworden sind, das in den letzten Jahren leider Gottes pro Kopf das Meiste oder Zweitmeiste einzahlen musste. 630 Millionen Euro zahlt Hamburg 2006 in den Länderfinanzausgleich ein. Diese Summe ist fast identisch mit der Neuverschuldung. Wenn wir nicht für andere, arme Länder zahlen müssten, hätten wir jetzt bereits einen ausgeglichenen Haushalt. Das zeigt, wie stark diese Finanzkraft ist. Ich bekenne mich dazu, dass wir mit anderen Ländern solidarisch sind und einzahlen, aber man muss eben auch einmal deutlich machen, dass, hätten wir nicht den Länderfinanzausgleich, wir bereits jetzt einen ausgeglichenen Haushalt hätten. Auch das ist das Ergebnis der hervorragenden Politik meines Kollegen und Freundes, Dr. Peiner. Ihm noch einmal ganz herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Nun sind, wie wir gehört haben, alle traurig, dass Sie gehen.

(*Michael Neumann SPD*: Das habe ich nicht gesagt!)

– So ähnlich aber. Sie haben ihm Anerkennung und Respekt für die guten Debatten gezollt. Vielleicht habe ich Sie emotional überbewertet, Herr Neumann.

(*Michael Neumann SPD*: Weil die Menschlichkeit so aus mir herausquillt!)

– Herr Neumann ist also nicht traurig, dass Herr Peiner geht, aber er hat ihm Respekt gezollt. Vielleicht liegt dies neben den guten Ergebnissen seiner Arbeit auch daran, dass er einer der wenigen Politiker ist, die freiwillig gehen und nicht gegangen werden.

B

(*Michael Neumann SPD*: Im Moment ist er der erste!)

Das ist eine Situation, die in der Politik untypisch ist. Er ist also jemand, dem man Respekt für diese Haltung und Anerkennung für seine Leistung als Finanzsenator entgegenbringt.

Es war nicht nur Sparpolitik, sondern auch Umstrukturierung in den Haushalten, Umstrukturierung, die Sie in jeden Einzelfall aufs Härteste angegriffen haben. Es gibt keinen Punkt, in dem Sie Maßnahmen der Haushaltssanierung oder der Umstrukturierung im Haushalt, die irgendwo wehtaten, unterstützt hätten. Bei jeder einzelnen Maßnahme haben sie behauptet, sie sei unsozial, nicht gerecht, schlecht für die Stadt, das sei Herzenskälte, eine unmenschliche Stadt. Sie werden nur einen Haushalt nicht sanieren können und Sie werden auch nicht umstrukturieren können, ohne auch Maßnahmen zu ergreifen, die Führung bedeuten, weil sie den Menschen im Einzelfall auch wehtun. Das ist so. Haushaltskonsolidierung und Umstrukturierung führen auch zu Schmerzen. Ich bin jedoch fest davon überzeugt, dass die Menschen das Ergebnis unserer Maßnahmen, nach anfänglichem Protest gegen Schritte in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft – wo viele aufgeschrien haben und dagegen waren –, anerkennen und respektieren: auf dieser Grundlage Konsolidierung und Freiräume für Investitionen zu erreichen, auch im sozialen Bereich, und durch Umstrukturierung schon in den letzten Jahren wichtige Maßnahmen auch auf dem Gebiet der Kinderversorgung und der Bildung zu erzielen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich haben wir umstrukturiert. Wir haben zumindest, was die westdeutschen Städte angeht, einen Rechtsanspruch auf eine Versorgung mit Kindertagesstätten, der seinesgleichen sucht und weiter ausgebaut wird.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist doch nicht Ihr Verdienst!)

Wir haben – jetzt werden Sie wieder aufheulen – die Anzahl der Ganztagschulen immerhin verdreifacht, verglichen mit dem, was wir von Rotgrün übernommen hatten. Wir haben durch massive Maßnahmen und Unterstützung dafür gesorgt, dass der Bereich Kultur und Wissenschaft von Sparmaßnahmen und Umstrukturierung nicht betroffen war. Wir haben in diesen wichtigen Bereichen eine Stabilität geschaffen, die vermutlich keine andere Stadt in Deutschland so geschaffen hat. Diese schauen voller Neid auf das, was wir in der Wissenschaft und Kultur in diesem Jahr trotz Sparmaßnahmen und Umstrukturierung getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Das war übrigens das Interessante bei den bisherigen Beiträgen zur Debatte: Es ist durch eine gute Innenpolitik und eine gute Personalpolitik bei der Polizei gelungen – das hat man ja bei der Generaldebatte gesehen –, dass das Thema "Innere Sicherheit", das vor fünf, sechs Jahren das Ton angegebende Thema in dieser Stadt war, teilweise mit katastrophalen Einzelereignissen und katastrophalen Statistiken, in der Kritik in dieser Stadt keine Rolle mehr spielt, sonst hätten Sie es angesprochen. Auch das ist das Ergebnis unserer Politik.

(Beifall bei der CDU)

Ich bleibe dabei: gute wirtschaftliche Bedingungen zu schaffen, den Haushalt zu konsolidieren und umzustrukturieren und auf dieser Grundlage Maßnahmen zu ergreifen, die dem einzelnen Menschen zugute kommen.

In einem Punkt, Herr Neumann, bin ich ausgesprochen Ihrer Meinung: Das Ziel moderner Sozialpolitik – das ist auch die Diskussion auf Bundesebene über den Stellenwert der Sozialpolitik – wird nicht sein können, jedes Lebensrisiko auf Dauer abzusichern und relativ hoch zu alimentieren, sondern wir müssen Stück für Stück zu einem System kommen, das so weit Chancen eröffnet, dass junge Menschen in die Lage versetzt werden – da haben Sie völlig Recht –, egal aus welcher Schicht sie stammen, ob sie aus Blankenese, von der Veddel, aus Wilhelmsburg oder aus Ohlstedt kommen, persönlich für ihr eigenes Leben eine Perspektive und eine Hoffnung zu haben, die sie verwirklichen können. Es ist unser Auftrag in der Stadt, dies zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD*: Dann tun Sie das doch mal!)

Genau dies tun wir Stück für Stück. Deutsch vor der Schule testen, und wenn es schlecht ist, Deutsch vor der Schule lehren. Das war vor zehn Jahren hier noch umstritten. Als wir in der Opposition waren und dies vorgeschlagen haben, haben uns die Grünen vorgeworfen, dies sei eine Zwangsgermanisierung. Das war damals Ihre Haltung, die die Misere mit verschuldet hat.

(Beifall bei der CDU)

Es geht also darum, zu testen, vor der Schule Deutsch beizubringen, und es geht darum, in den Grundschulen – zumindest in den Gebieten, in denen soziale Schwierig-

C

D

- A keiten bestehen – die Klassenfrequenzen drastisch und sonst moderat zu senken. Auch dazu stehe ich. Natürlich ist es viel bequemer zu sagen, für alle solle die Klassengröße gesenkt werden. Aber ich werde eins nicht tun: Wir werden nicht den Fehler machen, den Sie in den Neunzigerjahren begangen haben, nämlich eine gute Wirtschaftslage und gute Steuereinnahmen dazu zu nutzen, wieder so tief in die Verschuldung hineinzugehen, dass sich die Hamburger Verschuldung in den Neunzigerjahren unter sozialdemokratischer Führung verdoppelt hat. Diesen Weg werden wir nicht gehen, sondern Stück für Stück behutsam, sozial und gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine – darüber können wir gern streiten –, dass es Grundschulklassen in besseren Gegenden auch zumutbar ist, mit 25, 26 oder 27 Schülerinnen und Schülern in einer Klasse zu sitzen

(Petra Brinkmann SPD: Aber nicht mit 30!)

– ich habe gerade gesagt, was ab nächstem Jahr reduziert wird –, denn andere Gebiete brauchen die Solidarität und die besondere Hilfe der Stadt. Solidarität heißt auch, dass diejenigen aus guten und geordneten Verhältnissen bereit sind, zugunsten derjenigen zu verzichten, die es allein nicht schaffen können. Das ist Solidarität in der Stadt.

(Beifall bei der CDU)

- B Solidarität heißt auch, dass es viele Aufgaben gibt, die gesellschaftliche sind und keine privaten. "Gesellschaftliche Aufgaben" bedeutet jedoch nicht, dass der Staat sie alle übernimmt. Wir haben in Hamburg vielmehr ein vorbildliches System Zehntausender Ehrenamtlicher, Freiwilliger, von Mäzenen und Stiftern, die es als hanseatische Tugend verstehen, gesellschaftliche Aufgaben mit wahrzunehmen. Auch das ist etwas, auf das wir in Hamburg stolz sein können.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle diesen Menschen danken, sei es, dass sie Zeit opfern, sei es, dass sie sich engagieren, indem sie teilweise sehr viel Geld geben, um im kulturellen, sozialen, Bildungs- oder ökologischen Bereich durch Mäzenatentum und Spenden Gutes für die Stadt tun. Ich finde es beschämend, dass eine Gewerkschaft immer versucht, diese Leute als nicht Steuern zahlende Millionäre zu denunzieren, statt Ihnen zu danken, dass sie dieser Stadt helfen. Das ist nicht anständig, was dort teilweise passiert.

(Beifall bei der CDU – Uwe Grund SPD: Das ist doch Quatsch!)

Wir werden diesen Weg weitergehen, eine Politik, die Chancen eröffnet, die Gerechtigkeit in der Stadt walten lässt, die die wirtschaftliche Grundlage stärkt und den Haushalt weiter konsolidiert.

Die Frage wird sein – Frau Goetsch, Sie haben es angesprochen –, wo der wirtschaftliche Schwerpunkt liegt. Sie haben einige Dinge gesagt, die ich für bemerkenswert halte. Ich glaube, dass Hamburg in Sachen Klimaschutz schon sehr viel getan hat.

(Manuel Sarrazin GAL: Hallo, hallo!)

Die Stadt hat jüngstens viele Preise gewonnen. Ich glaube aber, dass wir als Stadt noch mehr tun und den Vorbildcharakter dieser Region weiter entwickeln können.

Wo Sie in eine richtige Richtung argumentieren, aber etwas zu undifferenziert, ist die Quasi-Gegenüberstellung der Wachsenden Stadt und der kreativen Stadt. Sehen wir uns andere Städte an, Großstädte mit einem riesigen Potenzial. Ich nenne nur einmal Berlin: Berlin ist vermutlich die Stadt mit einem kreativen Humus, wo Sie einen starken Zuzug und viele Gründungen von PR-Agenturen, Werbeagenturen, im Bereich der Pop-Musik und von Designern und so weiter haben. Viele junge, kreative Menschen zieht es dorthin. Wenn Sie mit den Berliner Unternehmern und den Kammern sprechen – manche dieser Firmen sind nicht in Kammern aktiv, aber in Verbänden und wissen auch, Ihr Wort zu erheben –, sagen diese Ihnen allerdings, das große Problem in Berlin sei, dass es dort zwar einen großen kreativen Humus und Geist und Unterstützung für kreative Firmen gebe, aber die industriell-gewerbliche Grundlage und Nachfrage vor Ort fehle, um diesen Firmen auch wirtschaftlichen Erfolg zu geben, denn trotz Globalisierung brauchen auch Firmen in diesem Bereich eine industriell-gewerbliche Grundlage, die die Nachfrage in der Region sichert.

Darum gehört dies zusammen. Wir brauchen Industrie. Wir brauchen Gewerbe, wir brauchen Handwerk, damit gerade diese Firmen Ihre Chance der wirtschaftlichen Entwicklung bekommen, denn Kreativität allein ist sehr schön, aber wenn man mit ihr kein Geld verdient, hilft sie dem Menschen auch nichts.

(Beifall bei der CDU)

Darum gehört dies zusammen. Diesen Weg weiter zu beschreiten, eine solide Haushaltspolitik, eine aktive Wirtschaftspolitik und eine gerechte Politik, die jedem eine Chance gibt, das waren die Markenzeichen dieser Senatspolitik und werden es für die nächsten fünf Jahre auch bleiben, Herr Neumann.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister, in Ihrer Regierungserklärung zu Beginn Ihrer zweiten Amtszeit findet sich ein Versprechen. Der Senat wolle das Leitbild "Metropole Hamburg, wachsende Stadt" in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Genau! – Wolfhard Ploog CDU: Richtig!)

Ausdrücklich heißt es in diesem Zusammenhang, Sie beabsichtigen,

"die Schwachen dabei nicht im Stich zu lassen".

(Beifall bei der CDU)

Seit drei Jahren haben Sie, Herr von Beust, die absolute Mehrheit in Hamburg und damit auch die absolute politische Verantwortung.

(Bernd Reinert CDU: Seit drei Jahren?)

– Die absolute Mehrheit haben Sie seit drei Jahren, oder?

- A Was zu befürchten war, ist leider auch eingetreten: Sie reklamieren zwar die Verantwortung für das Wachstum der Metropole Hamburg, aber die Schwachen haben Sie im Stich gelassen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gern – das haben Sie auch gerade eben getan – brüsten Sie sich jetzt mit den steigenden Steuereinnahmen, Sie stellen sogar die wachsende Zahl der Arbeitsplätze als Erfolg Ihrer Arbeit dar und dass so viele Schiffe in den Hamburger Hafen kommen, so kann man hören, sei dem Bürgermeister zu verdanken. Wir alle freuen uns über die kleiner werdenden Löcher im Staatshaushalt. Wir sind gemeinsam froh über jeden Arbeitslosen, der wieder einen Job findet. Mit jedem Schiff kommt Arbeit und Geld nach Hamburg. Das ist gut so. Wem ist dies alles zu verdanken?

(Olaf Ohlsen CDU: Keine Ahnung!)

Jedenfalls nicht dem Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Hamburger Senat hat – das ist kein Vorwurf, es ist einfach so – wirklich eher geringen Einfluss auf makroökonomische Bedingungen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Man mag darüber streiten, ob dies für alle Politikfelder gilt. Hätte der Bürgermeister wirklich entscheidenden Einfluss zum Beispiel auf die Beschäftigungspolitik – was er ja in seinen Erfolgsbilanzen für sich reklamiert –,

- B (Barbara Ahrons CDU: Stimmt ja auch!)

wäre er auch für die viel zu vielen Langzeitarbeitslosen verantwortlich, Frau Ahrons.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann trüge er auch ganz persönlich die Schuld an den 5000 jungen Menschen, die bei uns ohne Ausbildungsplatz sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ganz ohne Zweifel aber sind Sie mindestens zuständig für die verwaorsten Kinder die ohne Arche im reichen Hamburg hungern müssten.

(Beifall bei der SPD)

Dort hätten Sie Einfluss, nur dort haben Sie ihn nicht genutzt. Herr von Beust, wir lassen Ihnen Ihre Rosinenpickerei nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich darf daran erinnern, dass, als es bei Steuern und Arbeitsplätzen noch nicht so gut lief, zu Zeiten von Rotgrün, Sie die alleinige Verantwortung dafür in Berlin abgeladen haben. Jetzt läuft es, Gott sei Dank, besser. Nun soll dies alles Ihr Verdienst sein? Was haben Sie denn tatsächlich geleistet, damit die bundesweite Erfolgsstory bei Steuern und auf dem Arbeitsmarkt auch in Hamburg wahrgenommen wird? Was könnte denn ein Senat in Hamburg wirklich tun, wenn er das Wachstum des Bruttoinlandproduktes wenigstens um ein winziges Pünktchen hinter dem Komma ändern wollte?

(Wolfgang Beuß CDU: Jetzt kommt die Antwort!)

C Verdammt wenig. Wirklich messbar ist dies in Wahrheit auch nicht.

Wir alle wissen und wir erleben es jeden Monat neu, dass die Regierung, wenn aus Nürnberg die neuen Arbeitslosenzahlen kommen, sagt, schön, sie sei erfolgreich, und die jeweilige Opposition jeweils genau das Gegenteil. Witzig ist aber, dass es, wenn die Opposition an die Regierung kommt, eine dreimonatige Schamfrist gibt, danach sind die Rollen vertauscht. Jeder redet sich schön. Ich gebe zu, dieses Spielchen haben Sie nicht allein erfunden. Es wird auch nicht von Ihnen allein gespielt. Einer der Gründe, warum die Politik bei vielen Bürgern nur noch begrenzte Glaubwürdigkeit genießt, ist hier zu suchen.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist Ihre Büttensrede!)

Die politische Klasse erzählt der staunenden Öffentlichkeit irgendetwas vom Pferd und der jeweilige politische Gegner wird als dumm, unfähig und böswillig dargestellt und das Gute jeweils nur bei der eigenen Partei gesucht. Dann wundern wir uns über den schlechten Ruf der Politiker. Warum sollten die Wähler uns schätzen, wenn wir selbst so offensichtlich wenig von einander halten? Ich werbe dafür, beim Eigenlob wie bei der Kritik die Kirche im Dorf zu lassen. Was gut ist, darf auch gut genannt werden.

(Barbara Ahrons CDU: Dann tun Sie das doch!)

D Das muss man nicht heruntermachen. So halte ich etwa den Versuch, Herr Bürgermeister, mit dem Sprung über die Elbe die Metropolregion Hamburg aufzuwerten und die Nachbarn einzubinden, für gut und richtig. Wir wollen dies unterstützen.

Auf den wirklich relevanten Handlungsfeldern Hamburger Politik findet sich wenig Lobenswertes. Diese ureigenen Handlungsfelder Hamburger Politik sind vor allen Dingen Bildung, Soziales und Inneres. Senatserfolge in der Bildung? Fehlanzeige. Historisch hohe Klassenfrequenzen sind das Markenzeichen Ihrer Regierung, Herr von Beust.

(Beifall bei der SPD)

Ein grob ungerechtes Gebühren- und Zugangssystem bei Kitas und Vorschulen ist Ihre Leistung. Wir wollen bei der Bildung wirklich Chancengleichheit für alle Kinder in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Und wir wollen auch, dass alle Kinder das letzte Kita-Jahr oder Vorschuljahr kostenfrei besuchen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme jetzt zur Innenpolitik, zur Sicherheitspolitik. Herr Bürgermeister, auch bei der Sicherheitspolitik hat Ihre Bilanz immer mehr Schattenseiten. Sicherheit in Hamburg war doch mal ein Steckenpferd Ihres Ex-Partners und Steigbügelhalters Ronald Schill. Dieser famose Senator kam damals mit Ihrer Hilfe ins Amt

(Thies Goldberg CDU: Der kam mit Ihrer Hilfe!)

und Sie kamen mit seiner Hilfe ins Amt.

(Harald Krüger CDU: Ist dafür der Senat zuständig?)

- A Er kam ins Amt, weil er den Hamburgerinnen und Hamburgern versprach, es sei nun Schluss mit Lustig. Sie beide sind 2001 angetreten, um die Gewalt, insbesondere die Jugendgewalt in Hamburg zurückzudrängen. Was ist heute das Ergebnis? Die Jugendgewalt auf offener Straße erreicht traurige Rekordwerte, meine Damen und Herren.

Vor ein paar Tagen ist wieder ein stadtbekannter jugendlicher Straftäter nach einem brutalen Überfall mit einer Bewährungsstrafe davongekommen. Ich will das Urteil gar nicht kritisieren oder bewerten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Aber was hätten Sie uns vorgehalten, wenn wir verantwortlich für diese Strafverfolgung gewesen wären?

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL* – *Harald Krüger CDU*: Schon mal etwas von Gewaltenteilung gehört?)

Ihre Konzepte sind entweder Fehlanzeige oder krass gescheitert. In Ihrem Wahlprogramm 2004 haben Sie geschrieben – ich zitiere –:

"Wir haben eine gesicherte Unterbringung für jugendliche Intensivtäter geschaffen und so die Kriminalitätsrate in Hamburg deutlich gesenkt."

Meine Damen und Herren von der CDU! Nicht allein dieses Haus in der Feuerbergstraße ist zum Symbol für Ihr Scheitern in der Bekämpfung der Jugendkriminalität geworden. Mit dieser Einrichtung haben Sie die Kriminalitätsrate doch erhöht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

- B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Sozial- und innenpolitische Themen sind nicht Ihre Sache, Herr Bürgermeister. Sie wollen Leuchttürme bauen, Denkmäler des Hamburger Aufbruchs, Symbole der wachsenden Metropole. Einmal abgesehen davon, dass Sie fälschlich immer so tun, als sei die von Bürgermeister Henning Voscherau vorausgedachte und vorausgeplante HafenCity Ihre ureigenste Idee, werfen diese Leuchttürme, über deren Sinn und Nutzen ich im Einzelnen nicht streiten will, ihr Licht vor allem auf die besonders helle Seite unserer Stadt. Sie haben dagegen die Schattenseite der Stadt ausgeblendet, Herr von Beust. Um Ihre Leuchttürme finanzieren zu können, haben Sie sogar bei denen abkassiert, die ohnehin kaum etwas haben. Ich nenne nur die Abschaffung der Lernmittelfreiheit, höhere Kita-Gebühren, höhere Büchereigebühren, größere Klassen, Schließung von wichtigen Einrichtungen der sozialen und psychosozialen Versorgung in den Stadtteilen. Diese Liste lässt sich endlos fortsetzen. Jede einzelne Maßnahme ist eine besondere, sozialpolitische Ungerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihrem Versprechen aus der Regierungserklärung, Herr Bürgermeister, die Schwachen nicht im Stich zu lassen, haben all diese Maßnahmen nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Und, meine Damen und Herren:

"Denn die einen sind im Dunkeln und die andern sind im Licht und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht."

(*Michael Fuchs CDU*: Darauf habe ich gewartet!)

C

Bert Brechts Moritat von Mackie Messer passt ganz gut als Beschreibung der Hamburger Situation. Es gibt da Leuchttürme, gewiss. Hamburg ist eine herausragend schöne Stadt, liebenswert und lebenswert, und zwar haben Generationen von sozialdemokratischen Bürgermeistern daran gearbeitet.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Wo ist eigentlich Voscherau?)

Sie aber haben mit Macht die dunkle Seite Ihrer wachsenden Stadt aus Ihrem politischen Handeln ausgeblendet. Sie haben die Schwachen im Stich gelassen.

(Beifall bei der SPD)

Und in diesen Tagen kommt der Bürgermeister als Robin Hood der Stadt daher. Nach Jahren der Untätigkeit und der Vernachlässigung entdeckt er die dringenden Sozialprobleme in den Stadtteilen. Endlich, das wurde auch Zeit. Aber beim genauen Hinsehen schrumpft Ihr großartiges Millionenprogramm auf wenige Jahre, wenige Stadtteile und wenige Milliönchen zusammen.

(*Barbara Ahrons CDU*: Leisten Sie erst einmal das, was wir leisten, dann reden wir weiter!)

Von wegen Robin Hood – der hat es den Reichen genommen und den Armen gegeben und dagegen hat dieser Senat ausgerechnet denen das Geld aus der Tasche gezogen, die er jetzt beschenken will.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ganz unfreiwillig hat ein Journalist in diesen Tagen in einem sonst nicht weiter lesenswerten Hoffbericht auf das Motiv des Herrn von Beust hingewiesen. Zitat:

D

"Mit der Präsentation des Millionen-Euro-Programms erklärte der Bürgermeister den neuen SPD-Slogan der "Menschlichen Metropole" kurzerhand zum Kern seiner Politik."

Wenn das mal so wäre, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD)

Zwei gravierende Beispiele aus der jüngsten Zeit.

Erstens: Sie lassen es zu, dass die Rentner für ihre HVV-Karte 8 Prozent mehr zahlen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist doch Unfug!)

Zweitens: Zwei Wochen nach Vorstellung Ihres Stadtteilprogramms haben Sie die Kosten der Notunterkünfte für Obdachlose um mehr als 12 Prozent angehoben. Ausgerechnet bei den Obdachlosen, ausgerechnet vor Beginn der kalten Jahreszeit. Diese Anhebungen beweisen, dass Ihre angebliche Hinwendung zum Sozialen nicht gewollt, nicht verinnerlicht ist. Diese Politik ist schlecht und schlechthin eine verpackte Wahltaktik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr von Beust, wie muss ich in diesem Zusammenhang diesen Satz von Ihnen verstehen – Zitat –:

"Es ist mir ein wichtiges Anliegen, dass eine Stadt, der es gut geht, menschlich und sozial nicht auseinanderdriftet."

Herr von Beust, Sie haben es offensichtlich nicht gemerkt. Da driftet schon lange etwas auseinander, und

- A zwar gewaltig und rasch. Wenn Sie Ihr Programm schon bei uns abschreiben, Herr Bürgermeister,

(Lachen bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Dann aber richtig, sonst gibt es eine Fünf!)

haben wir gar nichts dagegen, tun Sie es, aber dann bitte auch bei folgendem Punkt: In Hamburg – ich hatte das bereits erwähnt – haben 5000 Menschen keinen Arbeitsplatz. Können Sie sich vorstellen, welche Verzweiflung da bei 5000 Jugendlichen wächst?

(Barbara Ahrons und Frank-Thorsten Schira, beide CDU: Ausbildungsplatz!)

– Ausbildungsplatz, richtig, danke, sehr gut.

(Lachen bei der CDU)

– Ja, man muss einmal testen, ob die Aufmerksamkeit noch da ist und sie ist da, ich danke Ihnen.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Es fällt schwer genug, Herr Petersen!)

Haben Sie eine Ahnung von der Wut, die da wachsen könnte? Wut auf die prinzipiell reiche Gesellschaft, die sich weigert, Lebenschancen gerecht zu verteilen? Nur 16 Prozent der Hamburger Betriebe, die ausbilden können, bilden aus. Die Handelskammer lobt sich dennoch selbst, es sei ihr gelungen, die Zahl der Ausbildungsplätze in diesem Jahr um 6 Prozent zu erhöhen. Ich will das auch loben. 6 Prozent sind gut, aber was sind 6 Prozent angesichts 5000 junger Menschen, denen die Zukunft vorenthalten wird?

- B (Beifall bei der SPD)

Ich habe vorgeschlagen – und ich erneuere heute diesen Vorschlag –, die Handelskammer möge freiwillig und in eigener Zuständigkeit bei ihren Mitgliedern eine Umlage, einen Beitrag erheben. Damit könnten die Betriebe entlastet werden, die ausbilden.

(Robert Heinemann CDU: Das ist ein super Vorschlag!)

Die Lasten der beruflichen Ausbildung sind ungleich verteilt unter Hamburgs Kaufleuten. Mein Vorschlag könnte da zu mehr Gerechtigkeit und Solidarität beitragen, Frau Ahrons, und vor allen Dingen zu mehr Ausbildungsplätzen.

(Beifall bei der SPD)

Herr von Beust, Sie finden mich und die Hamburger Sozialdemokratie an Ihrer Seite, wenn Sie einen anderen Weg fänden und auch gehen würden, um hier voranzukommen. Mir geht es um die Zukunft der Jugendlichen. Wenn Sie hier erfolgreich wären, Herr Bürgermeister, müssten Sie auf meinen Beifall nicht warten.

(Zurufe von der CDU)

– Ich finde es wirklich bemerkenswert, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie sich hier auf dem Rücken der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz haben, über diese lächerlich machen. Das ist unerhört.

(Beifall bei der SPD – Barbara Ahrons CDU: Das Theater versuchen Sie jedes Mal!)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren von der CDU! Ein Thema hat das politische Hamburg in den vergangenen Jahren aufgeregt wie kein zweites: Ihr Umgang

mit dem Recht der Bürger auf direkte politische Teilhabe. Ich habe lange darüber nachgedacht, welche richtige Vokabel man dazu finden könnte. Wie kann Ihr arroganter Verrat an guten hanseatischen und demokratischen Traditionen angemessen beschrieben werden? Soll man es unverschämt nennen, wenn Sie gegen jede gute Übung Ihre absolute Mehrheit missbrauchen

(Barbara Ahrons CDU: Haben Sie es nicht ein bisschen größer?)

und rücksichtslos am Wahlrecht herumfummeln? Oder ist es reine Machtbesessenheit? Da lese ich nun wirklich eine famose Stellungnahme von Ihnen, Herr Bürgermeister, bei "SPIEGEL ONLINE". Sie erklären da, das per Volksabstimmung beschlossene Wahlrecht sei zu kompliziert gewesen und hätte deshalb eingesammelt werden müssen. Von wegen zu kompliziert. Wäre die Kompliziertheit von Gesetzen ein Grund für ihre Abschaffung? Ich glaube, wir hätten kaum noch Gesetze.

(Barbara Ahrons CDU: Schön wäre es!)

Versuchen Sie einmal, unkompliziert Ihre Steuererklärung abzugeben oder ganz unkompliziert eine Fahrkarte aus dem Automaten des HVV herauszuholen. Da scheitert so mancher. Hören wir deshalb auf, Steuern zu zahlen oder fahren wir alle schwarz? Der Gesetzgeber verlangt vom Bürger Gesetzestreue – zu Recht. Nun verlangen die Bürger zweimal von Ihnen, Herr Bürgermeister, Gesetzestreue. Und was sagen Sie ihnen? – Das ist zu kompliziert, ihr kommt damit nicht klar, liebe Hamburgerinnen und Hamburger. Also das vergessen Sie mal, Herr Bürgermeister. Die Kompliziertheit ist für Sie ein ganz billiger Vorwand. In Wirklichkeit wollen Sie die Mitsprache der Bürger nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die wollten Sie auch beim Volksentscheid gegen den Verkauf der Landeskrankenhäuser nicht. Da hatten die Bürger gesagt: Wollen wir nicht. Ganz einfach und für jeden verständlich, nur für Sie nicht. Hätten Sie doch wenigstens bei diesem ganz einfachen Beispiel auf die Bürger gehört, dann hätten Sie jetzt einen Sack voller Probleme weniger und die Mitarbeiter des LBK übrigens auch, Herr Bürgermeister. Dann kommt bei "SPIEGEL ONLINE" der Satz des Herrn von Beust, über den ich mich wirklich gewundert habe. Ihre Entscheidung sei richtig gewesen sagen Sie da, Sie hätten lediglich versäumt, mehr Überzeugungsarbeit zu leisten. Ja, wer hat Sie denn daran gehindert, Herr Bürgermeister? Warum haben Sie sich nicht nachhaltig für jene Überzeugungsarbeit eingesetzt?

(Barbara Ahrons CDU: Im Gegensatz zu Ihnen stehen wir zu unseren Fehlern!)

Ich habe zu diesem Thema noch keine einzige überzeugende Stellungnahme aus Ihrem Munde gehört, auch heute nicht. Ich will Ihnen sagen, warum das so ist und warum das auch so bleiben wird. Es gibt dazu nichts Überzeugendes zu sagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es war falsch, den Hamburgerinnen und Hamburgern ihr selbstbestimmtes neues Wahlrecht wegzunehmen und es bleibt falsch, genauso falsch wie der Verkauf des LBK gegen das Votum des Volkes. Bert Brecht hat es einmal treffend und präzise, auf Sie passend, formuliert – Zitat –:

- A "Da sich herausgestellt hat, dass unser Volk eine dumme Hammelherde ist, empfehlen wir der Regierung, sich ein anderes Volk zu wählen."

Herr Bürgermeister, es kann gut sein, dass das Volk gar nicht so dumm ist bei der nächsten Wahl. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, bei Debatten, in denen Sie und Ihre Politik angegriffen werden, starten Sie Ihre Rede in der Regel mit persönlichen Angriffen auf Ihren Gegner, auch wenn es eigentlich um eine Generaldebatte, um Ihre Politik gehen sollte. Das kennen wir schon von Ihnen. Aber dass Sie, um hier eine staatsmännische Pose hinzulegen, anstatt Ihre eigene Politik zu verteidigen, praktisch die Vorfälle vom 11. September mit den Poloniumfunden in Ottensen gleichsetzen, das ist ein billiges Ablenkungsmanöver, das eines Hamburger Bürgermeisters nicht würdig ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie dann zu Ihrer eigenen Politik kommen, dann beschwören Sie das Wirtschaftswachstum und die Stärke der Investitionen, die Sie hier an diesem Standort entfaltet haben. So ganz glauben können Sie diesem Argument anscheinend nicht, denn sonst hätten Sie solche Ablenkungsmanöver gar nicht nötig. Wenn man genau hinsieht, dann sieht man natürlich auch, dass das Wirtschaftswachstum nur die eine Seite der Medaille ist. Ja, es stimmt, in Hamburg entstehen zusätzliche Jobs, mehr als im Bundesgebiet, wenn man sich die sozialversicherungspflichtigen Jobs ansieht. Andererseits ist es aber auch wahr, dass die Arbeitslosigkeit in Hamburg geringer sinkt als durchschnittlich im gesamten Bundesgebiet und das, obwohl Hamburg einen Sonderfaktor in der Wirtschaft hat, den die anderen Städte nicht haben – den boomenden Hafen.

Was ganz deutlich wird, ist, dass das von Ihnen beschworene Wirtschaftswachstum nicht mehr bei den Menschen unten, bei den Bedürftigen dieser Stadt ankommt. Sie haben das gespürt und darum versuchen Sie, von diesem, für Sie peinlichen Fakt abzulenken.

(Beifall bei der GAL)

Dass dieses Wachstum bei den Menschen in dieser Stadt nicht ankommt, die es am nötigsten haben, hat schon sehr direkt mit Ihrer Politik zu tun, denn letztlich sind doch die Mittel, die zur Qualifizierung von Menschen in den vorhergehenden Haushalten standen, für Sie doch nur ein Steinbruch, um dort Mittel umzulenken in Investitionen. Das hat dann auch Konsequenzen.

Sie beklagen sich, dass manche Menschen in der Stadt eine Differenz aufmachen zwischen den Investitionsprojekten, wie der Elbphilharmonie, und der sozialen Lage in dieser Stadt. Aber letztlich sind doch Sie derjenige, der genau diesen Gegensatz aufgemacht hat durch Ihren Satz: Soziales können wir uns erst dann leisten, wenn es uns wirtschaftlich wieder besser geht. Sie sind es, der diesen Widerspruch aufgemacht hat und darum müssen Sie sich nicht wundern, wenn man Sie bei diesem Widerspruch zur Rede stellt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben gemerkt, dass Sie in diesem Bereich auch nachsteuern müssen. Die Umfragen sprechen eine deutliche Sprache. "Hilfe zur Selbsthilfe" haben Sie den Kern Ihres Programms für benachteiligte Stadtteile genannt. Herr von Beust, gegen diesen hehren Grundsatz kann man zunächst einmal gar nicht viel sagen. Aber warum sind Menschen arm in unserer Stadt? Weil vielen Menschen zum Teil die Fähigkeiten fehlen, die sie auf dem Arbeitsmarkt benötigen, weil Alleinerziehende nicht genügend Zeit zur Verfügung stellen können, um auf dem Arbeitsmarkt Geld zu verdienen, weil über Fünfzigjährige von Unternehmen nicht mehr eingestellt werden, schlicht, weil zu viele Menschen zu lange keine Arbeit haben in dieser Stadt. Wie kann Ihr Programm zur Selbsthilfe Hilfe anbieten, wenn Sie dabei den Bereich Arbeit komplett draußen vorlassen, Herr Bürgermeister. Das müssen Sie mir erst einmal erklären.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dann erklären Sie mir auch, warum Sie zulassen, dass Ihr Wirtschaftssenator, der eigentlich auch Arbeitssenator sein sollte, die Qualifikationsmittel für Arbeitslose als Steinbruch benutzt und diese Mittel zweckentfremdet in Beton investiert? Wo bleibt da Ihre Hilfe zur Selbsthilfe, Herr Bürgermeister?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ihr Programm ist nur ein schöner Schein, der Ihr Image aufpolieren soll. Aber an der Situation in den Stadtteilen, an der Arbeitslosigkeit und an der Armut wird das leider kaum etwas ändern. So handelt kein Bürgermeister, dem die Menschen wichtig sind, der die Stadt voranbringen will. So handelt, wer einzig und allein an seine nächste Wiederwahl denkt und dort versucht, seine Chancen zu erhöhen.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Mathias Petersen* SPD)

Das Verkaufen von Politik ist wichtig. Das ist auch Ihre große Stärke. Aber wenn das Produkt nicht stimmt, dann hilft auch das beste Marketing nicht mehr und diese Wahrheit beginnt Sie jetzt einzuholen.

Dass etwas geschehen muss, ist angesichts der letzten Umfragen deutlich geworden. Aber nun, Herr Bürgermeister, verlässt Sie mit Senator Peiner der Kopf im Senat, der sich eigentlich als Einziger Gedanken über die zukünftige Entwicklung dieser Stadt gemacht hat und der auch Ihr Leitbild entwickelt hat.

(*Klaus-Peter Hesse* CDU: Plötzlich haben Sie ihn alle gern!)

Inmitten schwerer See verlässt der Lotse das schlingernde Schiff. Das lässt für die Zukunft Hamburgs unter Ihrer alleinigen Führung, Herr von Beust, nichts Gutes hoffen.

Erlauben Sie mir angesichts Ihres angekündigten Abschiedes, Herr Peiner, ein paar Worte zu Ihnen. Auch wenn Ihr Auftreten aus unserer Sicht manchmal die Grenze zur Selbstherrlichkeit und zur Arroganz durchaus überschritten hat, so waren die politischen Auseinandersetzungen mit Ihnen inhaltlich und rhetorisch auf einem hohen Niveau, ein Niveau, das wir leider in der Auseinandersetzung mit dem Senat und der CDU-Fraktion nicht immer gewöhnt sind.

A (Michael Neumann SPD: Der Nachfolger erst einmal!)

Heute, meine Damen und Herren, mussten wir das schmerzhaft erfahren und ich sage das bei all den inhaltlichen Differenzen, die bleiben, sie werden, so gesehen fehlen, auch und gerade, wenn ich an die Art Ihres designierten Nachfolgers denke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Bei all den schönen Worten, was von Ihnen und Ihrem Wirken als Senator bleiben wird, sind die Folgen Ihrer Entscheidungen. Sie werden als ein Senator in Erinnerung bleiben, der den Mehrheitsverkauf der Krankenhäuser gegen den Willen des Souveräns der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt vorangetrieben hat. Zu allem Überfluss haben Sie dabei auch noch einen Investor ins Boot geholt, der sehr umstritten ist, der nach Gutsherrenart mit den Beschäftigten umspringt, der Entscheidungen des Kartellamtes nicht abwartet, sondern Fakten schafft, der den Senat als Mehrheitseigner nicht darüber informiert, wenn er Krankenhäuser verkaufen will und der jetzt mal eben vertragswidrig Massenentlassungen ankündigt. Wenn Sie zu Ihrem Abschied ehrlich sein würden, Herr Peiner, dann müssten Sie eines zugeben: Es war ein Fehler, den Landesbetrieb an Asklepios zu verkaufen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deshalb reicht es auch nicht, wenn Sie, wie vor ein paar Tagen, in der Zeitung lancieren, dass Sie am liebsten den maßgeblichen Manager von Asklepios rausschmeißen würden. Wenn Sie wirklich zu Recht der starke Mann dieses Senats genannt werden, dann haben Sie noch eine Aufgabe, bevor Sie sich vom Acker machen: Stoppen Sie die Übertragung der restlichen Anteile an Asklepios solange, bis diese Damen und Herren von diesem Investor begriffen haben, dass auch für sie Recht und Gesetz gelten und dass sie für den Erfolg des LBK die Beschäftigten als Partner brauchen und nicht nur als Einsparmasse und Befehlsempfänger.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr Peiner, Sie haben versucht, die finanzielle Lage der Stadt in einer Bilanz darzustellen. Das kann ein Fortschritt sein. Zwischen Opposition und Senat gibt es häufig Streit, wie die Haushaltspolitik zu bewerten ist, ob die Neuverschuldung wirklich sinkt oder ob es Nebenhaushalte gibt, ob die Investitionen angemessen steigen, ob sinkende Neuverschuldung durch Beteiligungsverkäufe oder Verkäufe von Immobilien finanziert wird. Wir sind der festen Auffassung, dass Sie zwar auf der einen Seite die Neuverschuldung absenken, auf der anderen Seite aber Immobilien und die Forderungen Wohnungsbaukreditanstalt verkauft haben. Die Konsequenz ist, dass Sie nicht das Vermögen für Zukunftsinvestitionen umschichten, wie Sie immer behaupten, nein, Fakt ist, dass Sie das Vermögen der Stadt verringern.

Würde man die Entwicklung einer Bilanz über mehrere Jahre verfolgen, dann würden solche Verschiebungsmanöver von der rechten Tasche in die linke Tasche, so wie Sie es auch bei der SAGA und GWG gemacht haben, sehr schnell deutlich werden. Sie, Herr Peiner, haben bisher nur die Eröffnungsbilanz der Stadt aufgestellt. Die hat erst einmal wenig Aussagekraft. Spannend dagegen wird die Präsentation der nächsten Bilanz, weil man dann die Entwicklung ablesen können wird, den Erfolg Ihrer

Politik von einem Jahr zum nächsten, ablesbar an realen Zahlen. Bezeichnenderweise überlassen Sie diese Präsentation Ihrem Nachfolger, Herr Peiner. Sie werden schon wissen, warum. Er hat da ein schweres Erbe zu schultern. Ich wünsche ihm Glück dabei, er wird es brauchen.

Bleibt dann noch das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt". Der Anspruch, dass Hamburg in der internationalen Liga mitspielen soll, kommt an in der Stadt, denn die Hamburgerinnen und Hamburger sind stolz auf ihre Stadt. Aber wie Sie das anstellen wollen, in die nächste Liga aufsteigen zu wollen, das ist von Anfang an im Dunkeln geblieben. Selbst heute, im fünften Jahr Ihrer Regierung, Herr von Beust, können Sie noch immer nicht sagen, wie Sie das anstellen wollen. Sie loben doch immer die Aufbruchstimmung, die Sie seit Ihrem Regierungsantritt erzeugt haben wollen. Aber wer nach fünf Jahren immer noch am Aufbrechen ist, der wird niemals ankommen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Hamburgs Stärken stärken, das ist Ihr Motto. Letztlich bedeutet es, dass Sie selber eigentlich keine neuen Ideen haben. Sie führen bloß das fort, was andere Senate vor Ihnen angestoßen haben und manchmal tun Sie auch das mehr schlecht als recht.

(Barbara Ahrons CDU: Das ist doch Quatsch!)

Die Elbphilharmonie ist dafür ein gutes Beispiel, eine faszinierende Idee, präsentiert von Visionären außerhalb der Politik. Diese Idee haben Sie sich zu eigen gemacht. Aber bei der Präsentation Ihrer Konzeption haben Sie die Kosten schöngerechnet und in der Konkretisierungsphase des Projektes die Entwicklung über die Kosten verloren. Sie haben damit dieses zukunftsweisende Projekt in Gefahr gebracht. Ich bin schon gespannt auf Ihre nächste Mitteilung über den Stand der Bebauung des Domplatzes. Auch dort steht die weitere Entwicklung in den Sternen. Handwerkliche Fehler und der Mangel an Ideen, das zeichnet Ihren Senat aus, Herr von Beust. Senator Peiner mag privat zu neuen Ufern aufbrechen, unter Ihrer Führung tut die Stadt das leider nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Barbara Ahrons CDU: Ist das Ihr Wunschzettel?)

Dabei wäre das jetzt genau die richtige Zeit, um neue Wege zu gehen, denn Hamburg profitiert von der Globalisierung so stark wie eigentlich keine andere Stadt in Deutschland: Seit Jahren zweistellige Zuwachsraten im Hafen, der Logistikbereich boomt, auch die Steuereinnahmen fangen an zu sprudeln. Das wird nicht immer so bleiben. Deshalb muss man jetzt vorsorgen, denn Vorsorge trifft man in guten Zeiten. Man muss Neues anschieben, was einem weiterhilft, wenn die positive Entwicklung einmal einbrechen sollte und das wird sie eines Tages, früher oder später.

Was tun Sie, was tut Ihr Senat, Herr von Beust? Sie wollen noch mehr Geld in den Boombereich stecken, Sie investieren so viel Geld wie kein Senat vor Ihnen in den Hafen, Sie legen alle Ihre Eier in einen Korb. Das wird sich eines Tages rächen, denn der immerwährende Boom im Hafen wird nicht unbegrenzt anhalten, das kann nicht gut gehen.

Sie ignorieren dabei komplett, dass der Boom im Hafen bei einem Großteil der Bevölkerung spurlos vorbeigeht.

- A 90 000 Arbeitslose sprechen da eine deutliche Sprache. Auch die Arbeitslosigkeit in Hamburg sinkt trotz boomenden Hafens langsamer als im Bundesgebiet. Wer wie Sie, Herr Bürgermeister, behauptet, Soziales können wir uns erst leisten, wenn es uns wirtschaftlich wieder gut geht, der nimmt damit in Kauf, dass diese Gesellschaft auseinanderdriftet, dass der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer größer wird, denn, meine Damen und Herren, in einer globalisierten Welt ist es eben nicht mehr so, dass Wirtschaftswachstum allein die sozialen Probleme einer Gesellschaft löst.

Das Wirtschaftswachstum, auch wenn der Kuchen größer wird, löst die Probleme nicht, denn die Krümel, die dann für die Armen abfallen werden, werden leider in dieser heutigen Zeit nicht mehr größer. Wer auf Wirtschaftsförderung allein setzt, riskiert den Zusammenhalt der Gesellschaft. Das ist keine vorausschauende Politik, das ist verantwortungslos, Herr von Beust.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Nein, jetzt ist Zeit, auch einmal neue Wege zu gehen, die Stärken Hamburgs zu nutzen, um auch neue Stärken aufzubauen. Hamburger sagen gerne von ihrer Stadt, Hamburg hätte mehr Brücken als Venedig. Venedig sollte aus meiner Sicht in anderer Hinsicht ein Vorbild sein. Venedig war ebenso wie Hamburg eine unabhängige Stadtrepublik und kam in ihrer Blütezeit durch erfolgreiche Handelspolitik zu Reichtum.

Venedig war aber immer mehr als eine Handelsrepublik. Es war auch Zentrum der Kultur und der Wissenschaft, des Ausgleichs zwischen Orient und Okzident. Hamburg hat sich dagegen in seinem Selbstverständnis immer sehr stark auf den wirtschaftlichen Erfolg beschränkt und blieb deshalb auch immer etwas provinziell, ohne die kulturellen Leistungen kleinreden zu wollen, die es natürlich auch in Hamburg gab. Venedigs große Zeiten sind vorbei. Hamburg hat in seiner Geschichte immer wieder von neuen Zeitenwenden profitiert, indem es die Chancen des Wandels mutig nutzte. Lassen Sie uns den aktuellen Boom auch nutzen, um neue Bereiche zu stärken.

B

Kreativität, neue Ideen und Vielfalt sind die entscheidenden Faktoren in einer globalisierten Wissensgesellschaft, die helfen, die Zukunft zu gewinnen. Ziel muss es sein, die kreativen Potenziale aller Hamburgerinnen und Hamburger zu nutzen, um niemanden zurückzulassen und gleichzeitig Magnet für alle Kreative dieser Welt zu werden.

Es ist bezeichnend für Ihr Politikverständnis, Herr Bürgermeister, dass Sie, wenn Sie Kreativität hören, nicht daran denken, die Kreativität aller Hamburgerinnen und Hamburger zu nutzen, sondern immer nur an die Kreativwirtschaft denken, an die, die im Glanze stehen, die Medien, die Kultur, die Wissenschaft. Wir werden aber nur dann erfolgreich sein, wenn wir beides tun, denen einen guten Standort bieten, aber auch allen anderen Menschen in dieser Stadt die volle Entfaltung ihrer Kräfte ermöglichen; da gibt es noch viel zu tun.

(Beifall bei der GAL)

Wir können so eine gerechtere und lebenswertere Gesellschaft in unserer Stadt schaffen und auch noch ein neues wirtschaftliches Standbein neben Handel und Hafen erschließen. Um diese Chancen zu ergreifen, braucht es Mut und einen Mentalitäts- und Politikwechsel. Haushaltspolitik ist dabei kein Selbstzweck. Der Haushalt stellt

die Finanzierung der Politik dar. Lassen Sie mich deshalb sagen, wie wir Grünen die finanziellen Weichen stellen würden, damit diese Vision wahr werden kann.

C

Der alte Grundsatz ist immer noch gültig: Der Staat sollte kein Geld in Bereiche geben, in denen schon genug Geld vorhanden ist, und das ist genau die Krux bei Ihrer Hafenpolitik. Die privaten Umschlagbetriebe verdienen gut und immer besser; sie müssen stärker an den Infrastrukturausbaukosten beteiligt werden. Herr Reinert ist im Moment nicht da,

(Frank-Thorsten Schira CDU: Der muss mal was essen!)

aber wenn Sie sich das genau überlegen würden, bedeutet das natürlich nicht, die Investitionen zurückzufahren, sondern sie anders zu finanzieren, die Privaten diese Investitionen tätigen zu lassen und dem Staat diese Mittel für andere Bereiche freizuschaukeln. Wir wollen in den nächsten neun Jahren 135 Millionen Euro Hafeninvestitionen anders investieren, 15 Millionen Euro pro Jahr.

(Beifall bei der GAL)

Auch wollen wir Ihre Kürzungen bei den Arbeitsmarkttiteln zum Teil rückgängig machen, denn anstatt die Potenziale der Menschen, die im Moment auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben, zu fördern, haben Sie dieses Geld in den Aufbau der Hafenbahn gesteckt. Auch das kann man anders finanzieren. 10 Millionen Euro davon wollen wir zukünftig in die soziale Stadtentwicklung investieren.

Wir wollen im Gegensatz zu Ihnen nicht nur die Hälfte der Steuermehreinnahmen in den Versorgungsfonds einstellen, sondern die gesamten 500 Millionen Euro. Hamburg reduziert damit nicht nur seine Verbindlichkeiten, sondern erhält auch zusätzlichen finanziellen Spielraum, 25 Millionen Euro im Jahr 2007 und 41 Millionen Euro in 2008.

D

Darüber hinaus werden wir Ihre geheime Wahlkampfkasse zum Nutzen der Stadt plündern. Die Versorgungsfonds, die Sie in den letzten Jahren gebildet haben, waren immer viel zu hoch ausgestattet, ungefähr 50 Millionen Euro mehr, als Sie veranschlagt hatten. Diese Summe wollen Sie im nächsten Jahr erneut um 67 Millionen Euro und 2008 noch einmal um 38 Millionen Euro aufstocken. Warum Sie das tun, ist sehr leicht verständlich. So haben Sie insgesamt 150 Millionen Euro in zwei Jahren zur freien Verfügung, zur Verteilung von Wahlkampfgeschenken. Für Ihr Programm "Lebenswerte Stadt" wollen Sie 100 Millionen Euro ausgeben, gestreckt auf fünf Jahre, 20 Millionen Euro pro Jahr, 3,5 Millionen Euro pro Stadtteil. Da sieht man einmal, wo Sie die Prioritäten in dieser Stadt setzen.

Wir werden aus diesem sogenannten Vorsorgefonds 25 Millionen Euro herausnehmen und den Bereichen Kita, Schule und Hochschule zur Verfügung stellen.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Alles in allem werden wir 2007 und 2008 134 Millionen Euro umschichten und davon 83 Millionen Euro in Betriebsmittel investieren und 51 Millionen Euro an Investitionen bereitstellen. Wir schlagen eine Bundesratsinitiative vor, die die Kinderbetreuung fordert, statt Ehegatten steuerlich zu begünstigen.

(Beifall bei der GAL – Olaf Ohlsen CDU: Gut, dass ihr nicht in der Regierung seid!)

- A Wir werden mit diesen Mitteln Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Kita, Schule und Hochschule stärken, aber auch Maßnahmen ergreifen, die das soziale Auseinanderdriften dieser Stadt aufhalten sollen. Integration wird dabei ein wichtiges und handlungsreiches Feld werden. Dabei werden wir natürlich auch den Verkehr und den öffentlichen Raum so gestalten, dass diese Stadt lebenswerter wird, auch für Familien. Und wir werden mit der Förderung der Kreativwirtschaft und der erneuerbaren Energie neue wirtschaftliche Impulse in der Stadt anstoßen, wie genau, das werden wir bei den Besprechungen der Einzelpläne in den nächsten Tagen genauer darlegen.

Meine Damen und Herren! Hamburg steht vor großen Herausforderungen. Lassen Sie uns gemeinsam ein neues Kapitel für Hamburg aufschlagen,

(Olaf Ohlsen CDU: Lieber nicht!)

Hamburgs Stärken zum Aufbau neuer Stärken nutzen und uns nicht nur auf alte Stärken beschränken. Wir wollen die kreativen Potenziale aller Hamburgerinnen und Hamburger heben, um die Zukunft für diese Stadt zu gewinnen. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Haben Sie Mut, alte Pfade und Wege zu verlassen. Bei den Haushaltsberatungen in den nächsten Tagen haben Sie dazu Gelegenheit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse.

- B **Rüdiger Kruse** CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Bildersprache von Herrn Kerstan kann man nur scheitern, wenn man um diese Jahreszeit einen Vergleich mit Körben und Eiern bringt, die man hineinlegen will, weil es einfach nicht passt.

(Zurufe von der GAL)

Das mag natürlich daran liegen, dass Sie zeitlich noch ein bisschen zurückgeblieben sind, weil Ihnen das Tempo in der Stadt insgesamt zu hoch ist.

Ihr anderes Bild handelte von dem schlingenden Schiff und dass der Lotse von Bord gehen würde. Bei Ihnen ist es wahrscheinlich so wie früher in England auf der E-Lok, wo man auf der Heizung mitfahren musste. Was ist denn nun die Funktion eines Lotsen? Auf hoher See ist es schlecht, wenn der Kapitän von Bord geht, da gebe ich Ihnen recht. Ist unser Kapitän an Bord? Ja, er ist da.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Es ist einfach zu warnen, Herr Kruse!)

Der Lotse hat die Aufgabe, das Schiff auf Kurs zu bringen und wenn das Schiff auf Kurs ist, dann kann er beruhigt von Bord gehen.

(Beifall bei der CDU – Gesine Dräger SPD: Aber nicht, wenn das Wetter wechselt! – Zuruf von der GAL: Autopilot!)

Das ist ein sehr gutes Stichwort, der Autopilot, weil es tatsächlich so ist – das ist sehr amüsant in so einer Haushaltsdebatte –, dass nicht Sie es sind, die die Regierung auf Kurs hält, was die Haushaltsdisziplin angeht.

(Katja Husen GAL: Wirklich?)

C Das würden Sie gerne, tun Sie es doch. Kommen Sie einmal rüber, dann erklären wir Ihnen, wie man das macht.

Sie müssten uns auffordern, stärker zu konsolidieren, mehr zu tun; das tun Sie aber nicht. Der einzige, der die Regierung kontrolliert, ist sie selber. Das ist schon eine etwas merkwürdige Situation, aber wir stehen das durch, weil wir diesen Konsolidierungskurs wie mit einem Autopiloten fahren; das ist uns so eingepflegt. Herr Peiner kann jetzt beruhigt gehen, diesen Kurs halten wir die nächsten Jahre. Ob wir ihn 135 Jahre halten, Herr Kerstan, so wie Sie sich Oppositionsarbeit gewünscht haben, kann ich nicht garantieren.

Dann komme ich zu dem anderen Kandidaten, und zwar zur Verlesung der Rede des noch amtierenden Bürgermeisterkandidaten der SPD. Der hat auch ein sehr schönes Bild gebracht.

(Jörg Hamann CDU: Der ist schon weggelaufen!)

– Der ist weggelaufen, das macht nichts, es ist ihm auch niemand hinterhergelaufen.

Er sprach plötzlich von der dunklen Seite. Das ist wohl so ein Bild, ich schätze mal, aus seinem letzten Kinobesuch "Star Wars", erster Teil; das habe ich auch gesehen. Das Dumme ist nur, dass er Ole von Beust als Robin Hood anspricht. Das ist in der Bildersprache falsch. Dazu gehört Luke Skywalker, der ist der Held. Ich weiß nicht, ob sich der Kollege Petersen für die Rolle des Darth Vader bewerben wollte, da muss er noch ein bisschen üben.

(Gesine Dräger SPD: Als Vaterfigur oder was?)

D Ich will nicht sagen, dass mit ihm die SPD auf der dunklen Seite steht, aber sie steht natürlich im Schatten. Das Beruhigende an den Reden von Petersen ist, dass sie eigentlich gar nicht lang genug sein können. Mit jeder Minute einer Petersen-Rede freuen wir uns mehr und sollten wir jemals in einem katastrophalen Tief sein, dann braucht nur Herr Petersen hier ans Pult zu treten und mit jeder Sekunde wird es für uns besser.

(Beifall bei der CDU)

An die Regie der SPD gerichtet muss ich einmal sagen: Sie sind doch schon einmal schlecht gefahren. Schauen Sie auf der Rednerliste nach, wer eigentlich reden sollte. Es war schon früher nicht klug, Herrn Zuckerer zu ersetzen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Kruse, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sarrazin?

Rüdiger Kruse (fortfahrend): Nein, das mache ich heute mal nicht.

(Uwe Grund SPD: Der soll mal was zur Sache sagen!)

– Ich sage auch gerne etwas zur Sache, danke für die Aufforderung. Das hätten Sie mal Ihrem Redner sagen sollen.

Herr Petersen hat uns dann doch über den grünen Klee gelobt, als er sagte, in Hamburg gäbe es 5000 Arbeitslose. Wir haben ihm geholfen und nachgeliefert, was er meinte. Nun muss man natürlich fragen, was wir denn

- A von ihm an Beispielen einfordern können, was er selber tut. Da ist nicht so viel, die Möglichkeiten sind ja begrenzt, aber wo kann er denn wirken? Im SPD-Bundesvorstand. Und dann fragen Sie einmal den Kollegen vom DGB, was der SPD-Bundesvorstand gerade entschieden hat: Keine Neueinstellung, Erhöhung der Arbeitszeit, Abkoppeln vom DGB – sonst war das immer gekoppelt, selbst die alten Freundschaften zwischen DGB und SPD funktionieren nicht mehr –, Abkoppeln von den Gehaltserhöhungen der SPD und Abbau von 16 Stellen. Haben Sie irgendwelche Ausbildungsplätze in dem Bereich geschaffen? Nein. Also selbst in diesem kleinen Bereich, wo er schalten und walten kann, wo man sehen könnte, was dieser Mann aus Altona macht, macht er nichts Gutes.

(Ingo Egloff SPD: Was hat das eigentlich mit dem Hamburger Haushalt zu tun?)

– Ich rede viel mehr über Haushalt als Ihre Redner.

(Beifall bei der CDU)

Herr Petersen, ich habe endlich begriffen, warum wir unten am Eingang immer von so netten Menschen diese Karte bekommen, damit Sie nicht verzweifeln, wenn Sie am Fahrkartenautomaten der Deutschen Bundesbahn stehen und versuchen, eine Karte auf die Veddell zu ziehen; das funktioniert wirklich nicht.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Sie sind so lustig!)

Wenn Sie der Meinung sind, dass man mit einem HVV-Fahrkartenautomaten nicht umgehen kann, dann bin ich der Meinung, dass es wirklich schlimm wäre, wenn Sie mit dieser Stadt umgehen dürften,

B

(Dr. Mathias Petersen SPD: Was ist mit dem Wahlrecht?)

aber das wird nicht passieren.

(Beifall bei der CDU)

Aber, Herr Petersen, ich kann Sie beruhigen. In solchen Situationen kommt immer ein nettes sozialdemokratisches Mütterchen und sagt: Komm min Jung, ich helf dir mal. Das wird Ihnen auch so passieren.

Herr Kerstan, Sie haben gesagt, die Elbphilharmonie sei ein tolles Projekt, aber das sei nicht von uns selbst. Die Zeiten, in denen man autokratisch als Regierung noch selber gezeichnet hat, sind lange vorbei, die wollen Sie wohl auch nicht wieder einführen. Ich habe Ihre kreative Stadt nämlich so begriffen, dass dies nicht bedeutet – das wäre eine Drohung –, dass nur kreative Ideen aus Ihrer Fraktion kommen. Die ist zwar gut besetzt, aber doch relativ klein. Das heißt also, auch Sie holen die kreativen Köpfe der Welt hierher. Dann gönnen Sie uns doch einmal den Erfolg, hier ein Bauprojekt vorgelegt zu haben, das in dieser Stadt nur Befürworter findet bis auf den Kandidaten aus Altona; der tut sich ein bisschen schwer. Warum machen wir denn Spitzenkultur? Das ist der gleiche Grund, weshalb wir Spitzen- und Leistungssport fördern.

(Manuel Sarrazin GAL: Was Sie da sagen, ist weder Spitzenkultur noch Spitzenunterhaltung!)

– Spitzenunterhaltung haben wir auch ganz gerne, das haben Sie heute nicht geboten. Macht nichts, wir haben noch zwei Tage.

Sie könnten genauso sagen, es sei nicht in Ordnung, die Weltmeisterschaft oder Olympia zu betreiben, sondern man müsse das Geld in den Brennpunkten investieren. Aber für wen soll man denn sportlich trainieren, wenn es keine Vorbilder gibt?

C

Bei der Kultur ist es das Gleiche. Der Trick bei der Elbphilharmonie ist doch, dass sie nicht nur Hamburg in die Internationalität befördert, sondern dass sie eine Spitze der Kultur ist, an der man sich orientieren kann, und das wird zur Folge haben, dass auch die breite Basis – eine Spitze kann nicht ewig oben schweben – funktionieren wird. Darum kümmern wir uns heute schon, denn unsere Kultursenatorin konnte gemeinsam mit dem Bürgermeister wesentlich mehr Geld für dieses Projekt einsammeln. Ich kann mich noch an Ihr hämisches Lachen erinnern, als wir von 35 Millionen Euro gesprochen haben. "Das haben Sie doch niemals, das passiert nie", sagten Sie damals. Und jetzt haben wir 65 Millionen Euro und daneben sind auch noch für Kinder- und Jugendkultur Spendenbeträge, die diese Stadt vorher nicht gesehen hat, akquiriert worden. Das heißt, wir machen beides, wir kümmern uns um die Spitzenprojekte und gehen in die Breite an die Basis.

Deswegen verändert sich diese Stadt in einem so schnellen Tempo, dass es Herrn Kerstan und anderen Leuten schwindlig wird und er meint, das Schiff schlingere. Das ist nicht der Fall. Man muss – der Ausspruch von Ole von Beust war vollkommen richtig – eine Sozialpolitik, damit sie wirkungsvoll ist, auch wirtschaftlich absichern. Wir haben in den vergangenen Jahren an vielen Stellen Geld eingesammelt, um den Haushalt zu konsolidieren. Wir haben den Turn-around geschafft, mehr noch nicht, aber den haben wir geschafft. Wir haben eine Eröffnungsbilanz vorgelegt – natürlich ist es nur die erste Bilanz – und wir haben auch selbst gesagt, dass die nächsten Bilanzen die spannenden sind, aber wir haben es als einziges Bundesland gemacht. Man muss auch einmal sagen, dass hier eine Regierung dem Parlament eine zusätzliche Überprüfungsmöglichkeit gegeben hat, eine Transparenz möglich gemacht hat, wohl wissend, dass die nächsten Jahre noch sehr, sehr kritische Jahre sind.

Es ist richtig, Herr Kerstan, dass man diese 500 Millionen Euro unterschiedlich verwenden kann. Aber wir schreiben die Steuereinnahmen so nicht fort und wollen nicht im nächsten oder übernächsten Jahr einen Bauchklatscher landen und in Problemsituationen kommen. Sie meinen, das sei unsere Wahlkampfkasse. Wann sollen wir denn 2008 die 38 Millionen verteilen, vom 15. bis zum 30. Januar?

Wer es während seiner Regierungszeit nicht geschafft hat, sein Lieblingsprojekt – Sie hatten eigentlich zwei, aber das eine war nur bundesrepublikanisch zu lösen –, ein so simples Ding wie eine Stadtbahn, aufzugleisen, der kann sich natürlich nicht mit unserem Senat messen. Wenn es unser Projekt gewesen wäre, dann würde sie heute stehen; so ist es leider.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kerstan, wir sind Ihnen und Ihrer Fraktion in vielen Dingen nahe, müssen Ihnen aber eines sagen: Kreative Ideen sind gut. Daraus müssen dann aber Vorhaben werden und man muss sie auch realisieren und das tun wir. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

D

- A **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige wenige Anmerkungen zur Finanzpolitik. Nachdem vor mir so viele qualifizierte Redner gesprochen haben,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

zunächst einmal fairerweise zu all dem, was in diesem Hause unbestritten ist. Alle Fraktionen sind sich darin einig, dass keine expansiven Haushalte gefahren werden sollen. Wer also einen Gegensatz aufbauen will, findet eigentlich keinen Gegner. Alle Fraktionen sind sich übrigens darüber einig, dass die Netto-Neuverschuldung nach Möglichkeit nicht erhöht werden soll. Wer den Gegensatz aufbauen will, findet eigentlich keinen Gegner; das sind die Gemeinsamkeiten. Streiten können wir uns über eine Reihe anderer Dinge und das vielleicht anhand von Fakten.

Zunächst einmal konsolidiert diese Stadt seit 15 Jahren, sozialdemokratische Regierungen und auch Ihre, in ganz unterschiedlicher Art und Weise. Wäre das nicht seit 15 Jahren so, könnten Sie heute auch keinen ausgeglichenen Betriebshaushalt auf dem Papier vorlegen. Das sollten Sie nicht vergessen und das sollte Sie vielleicht ein wenig, soweit das bei einer Regierungsfraktion geht, bescheiden machen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

- B Es sollte Sie auch aus einem anderen Grund bescheiden machen. Die Steuereinnahmen eines einzigen Jahres haben uns mehr Geld in die Kasse gespült, als sämtliche Konsolidierungsbemühungen dieses Senats und – ich füge hinzu – sogar des Vorgängersensats Rotgrün erbracht haben. Das ist die Wahrheit und trotzdem war das alles für Sie und uns sehr hart. Aber dann ist Bescheidenheit angesagt.

Warum ist Ihr Haushalt ausgeglichen? Der Wirtschaftsminister hat Mittel der Arbeitsmarktpolitik aus dem Betriebshaushalt in Investitionen umgeschichtet. Hätte er das nicht getan, und das ist ziemlich umstritten in dieser Stadt, wäre der Betriebshaushalt nicht ausgeglichen.

Ihr Senator für Bau, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt hat Teile seines bisherigen Apparats in Landesbetriebe mit Wirtschaftsplan ausgegliedert. Das führt dazu, dass die Personalkosten, die er früher hatte, jetzt über Investitionen bezahlt werden, nämlich über Verschuldung und Vermögensverkäufe und deshalb ist der Betriebshaushalt ausgeglichen. Auch das sollten Sie nicht vergessen.

Und falls Sie etwas nachdenklich sind: Finanzpolitiker und wir alle müssten eigentlich darüber diskutieren, ob ein ausgeglichener Betriebshaushalt tatsächlich der richtige Maßstab ist, um über die Finanzpolitik dieser Stadt zu diskutieren, zwischen Investitionen und Steuereinnahmen einerseits und den Herausforderungen andererseits, vor denen wir stehen. Darauf haben Sie bisher keine Antwort gegeben. Sie haben sich, abgesehen von der Tatsache, dass Finanzsenator Peiner die Doppik einführen will – übrigens mit Recht –, auf eine klassische Diskussion eingelassen, die in Wahrheit herzlich wenig über die ökonomische Lage dieser Stadt aussagt; das vielleicht einmal zur Sachlichkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

C

Gehen wir doch einmal weiter. Wir diskutieren heute über einen Haushalt, über Investitionen für zwei Jahre. Jeder von uns hier weiß, dass dieser Haushalt, so wie Sie ihn in zwei Tagen beschließen werden, nichts über die Finanzierung der Zukunftsinvestitionen dieser Stadt aussagt. Jeder von Ihnen weiß, dass noch Investitionen in Höhe von Hunderten von Millionen finanziert werden müssen. Jeder von Ihnen tut so, als würde er in die Zukunft aufbrechen, obwohl sie nicht finanziert ist. Wir haben letztendlich einen Zweijahres-Haushalt, der auf Sicht gefahren wird und hinter dem Nebel liegt alles Mögliche, was wir vermuten und Sie vielleicht wissen. Aber das hat mit einer systematischen, zukunftsgerichteten und auch transparenten Finanzpolitik gar nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vielleicht hat es ein bisschen mit Wahlkampf zu tun. Das will ich Ihnen gar nicht unterstellen, denn dann müssten Sie vielleicht sogar etwas mehr tun.

Aber kommen wir zu den fundierten Aussagen des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Reinert, zur Netto-Neuverschuldung. Herr Reinert, Sie haben mich hingerissen

(*Bernd Reinert CDU:* Mehr wollte ich auch gar nicht!)

mit Ihren Aussagen zur Absenkung der Neuverschuldung. Es ist leider so, dass wir nur eine Absenkung der Neuverschuldung haben, weil wir Vermögen verkaufen. Und eines muss man vielleicht auch sagen: Jeder Finanzsenator der nächsten Legislaturperiode, wer immer ihn stellt, wird die Politik von Senator Peiner nicht fortführen können, nämlich Verschuldung zu verhindern, zu reduzieren oder zu vermeiden durch Verkauf von Vermögen, weil Sie im Gegensatz zu dem, was der Bürgermeister gesagt hat, leider auf der falschen Schiene sind. Wir haben in neun Jahren Vermögen von etwa 4,5 Milliarden Euro veräußert, um Haushalte zu konsolidieren, Sie in fünf Jahren für fast 5 Milliarden Euro. Was die Beschleunigung ausmacht, waren Sie wirklich spitze. Schneller als bei Ihnen war der Ausverkauf nie, aber in der nächsten Legislaturperiode wird es keine Möglichkeit mehr geben, Haushalte im Wesentlichen über den Verkauf von Vermögen zu steuern. Das ist die Wahrheit und die sollten Sie vielleicht auch sagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

D

An was sollte man Sie noch erinnern? Meine Damen und Herren, was habe ich heute Visionäres zu den öffentlichen Unternehmen gehört. Ich wäre gerne bereit, mit Ihnen über die Zukunft der öffentlichen Unternehmen dieser Stadt zu streiten. Ich habe bisher mit Ihnen nur über Klassifizierungen streiten können, welche Unternehmen wir brauchen, welche nicht und welche unverzichtbar sind. Aber über die Zukunft der öffentlichen Unternehmen, des öffentlichen Sektors in einer Stadt, die von Globalisierung lebt und international tätig ist, zu streiten, wäre richtig spannend und das betrifft dann, offen gestanden, nicht nur die HHLA. Ich habe die Ausführungen des Bürgermeisters, es mag an mir liegen, nicht so recht verstanden.

(*Ingo Egloff SPD:* Nö!)

Man kann in der Tat – dazu sind ich und meine Fraktion auch bereit – darüber diskutieren, ob ein Hafenunterneh-

- A men in einem international verflochtenen Hafen nicht auch international, also weltweit, expandieren muss, die HHLA als globalisierter Konzern mit Niederlassungen zwischen Singapur, Kuala Lumpur und sonst wo in der Welt. Ich bin bereit, darüber zu diskutieren, übrigens mit Ihnen allen, denn dann wären wir bei der Diskussion, ob der öffentliche Sektor tatsächlich international tätig sein soll.

Man könnte übrigens dieselbe Diskussion über den öffentlichen Nahverkehr führen. Öffentliche Nahverkehrsunternehmen operieren inzwischen in ganz Europa. Soll also unser eigenes Unternehmen europäisch expandieren, wollen wir das, haben wir diese politische Linie und was bedeutet das eigentlich? Diese Linie ist übrigens total gegen jede konservative Vorstellung von öffentlicher Wirtschaft, um das einmal direkt zu sagen, aber der Bürgermeister war ja bereit, darüber zu diskutieren. Wenn ich über die HHLA als globalen Konzern diskutiere, geht das nicht im fröhlichen Dreierschritt. Es könnte ein globaler Konzern sein, dann brauchen wir vielleicht einen strategischen Partner, wir könnten an die Börse gehen, dann bekommen wir vielleicht Geld, wir könnten auch einen Finanzinvestor nehmen, dann bekommen wir vielleicht ganz, ganz viel Geld. Was wollen Sie denn nun eigentlich?

(Olaf Ohlsen CDU: Erst mal prüfen!)

Wollen Sie Einnahmen oder wollen Sie eine strategische Ausrichtung der öffentlichen Unternehmen? Ich habe es so begriffen, dass Sie es nach Versuch und Irrtum machen: Wenn wir viel Geld bekommen, verkaufen wir, wenn wir strategisch einen Investor bekommen, kann das auch nicht schaden. Das ist keine Politik für den öffentlichen Sektor.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich sage Ihnen einmal pauschal, was Sie wirklich wollen. Sie wollen vorrangig Kasse machen mit Dingen, von denen Sie uns noch nicht gesagt haben, welche es denn sein sollen und das vor dem Wahlkampf. Deswegen ist die SPD im Augenblick mit Recht für den Stopp des weiteren Verkaufs von öffentlichen Unternehmen und mit Recht vor dem Hintergrund, dass da keine Strategie ist, sondern nur Versuch und Irrtum, gegen den Verkauf der HHLA.

(Beifall bei der SPD – Olaf Ohlsen CDU: Machen Sie doch mal Vorschläge!)

Jetzt komme ich zu dem, was mich völlig überrascht hat. Herr Kollege Reinert – ich würde auch sagen, Herr Bürgermeister –, ich habe heute alles Mögliche über die neue Politik der CDU in den Stadtteilen gehört und wie sie finanziert wird. Sowohl die GAL als auch die SPD haben eine Politik für Stadtteile und Kindertagesheime und wie sie finanziert werden können.

(Olaf Ohlsen CDU: Ja?)

Niemand von Ihnen hat gesagt, dass die Vorschläge der SPD oder der GAL etwa nicht seriös finanziert seien. Dann gehe ich davon aus, dass das, was wir umgeschichtet haben, eigentlich ganz solide ist. Es gibt also eine Alternative zu dem, was Sie machen, und sogar eine gute.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir haben vonseiten der SPD umgeschichtet, indem wir in Bereiche hineingingen, in denen Sie gar nicht sind. Was Sie zum Finanzieren benutzen, das hätte ich auch noch. Ich war darauf vorbereitet, dass Sie mir 50 Millionen Euro als unseriös kennzeichnen, dann hätte ich weitere 50 Millionen Euro hervorgeholt. Das ist nicht das Problem, wenn man diese Haushaltsberatungen intelligent gemacht und nicht, wie Ihre Fraktion, weitgehend Zeitung gelesen hätte.

C

Das einmal dahingestellt, stelle ich fest: Die Alternativen der Opposition werden hinsichtlich ihrer Finanzierung von der CDU nicht bestritten.

Dann lassen Sie uns um Alternativen streiten und nicht kleine nette Döntjes erzählen, nach dem Motto: Wir auf den Polstern und Sie auf dem Dachstuhl.

Jetzt möchte ich, weil es so schön ist, ein paar philosophische Ausführungen zur wachsenden Stadt machen. Was mich bei diesen Diskussionen doch sehr verwundert hat, ist eigentlich, dass – und zwar von allen, die für die CDU gesprochen haben, vonseiten des Ersten Bürgermeisters und auch von Ihnen, Herr Reinert –, Sie – wie ich finde – den wesentlichen Punkt nicht getroffen haben. Wachsende Stadt war ein Konzept der Dynamik und zunächst einmal der ökonomischen Dynamik. Das war durchaus mutig, was ich ausdrücklich in Richtung Dr. Peiner betonen möchte.

Aber Wachsende Stadt und Dynamik bedeuten eigentlich automatisch, dass man für die Gesellschaft der Wachsenden Stadt eine Aussage treffen muss. Das Merkwürdige ist, dass ich Ihre Aussagen nicht so ganz begreife. Wachsende Stadt und wirtschaftliche Dynamik setzen eine dynamische Gesellschaft voraus. Was ist dann die Aufgabe der Politik? Die Aufgabe der Politik ist, die Gesellschaft, die in diesem Wachstum und unter Globalisierung alle möglichen Konsequenzen auch ertragen sowie Schwierigkeiten und Risiken eingehen muss, zu stabilisieren. Der Primat der Politik ist, in einer globalisierten Welt und in einer Wachstumsgesellschaft die Gesellschaft zu stabilisieren und in der Balance zu halten.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was versuchen Sie jetzt eigentlich, uns hier zu vermitteln? Das ist irgendwie ganz merkwürdig. Sie denken nämlich in zwei völlig verschiedenen Welten. Auf der einen Seite denken Sie die Welt der Ökonomie und diese sorgt für das Wachstum und die Verteilungsmasse. Auf der anderen Seite sind dann diejenigen, die verteilen. Das geht aber erst, wenn etwas gewachsen ist. Hier muss ich Ihnen leider entgegenen, dass in einer modernen globalisierten Industriegesellschaft das ökonomische Wachstum und der ökonomische Erfolg ohne die soziale Stabilität überhaupt nicht denkbar sind und auch nicht funktionieren können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch eine politische Arbeitsteilung, die die Wirtschaft und das Soziale in völlig getrennten Welten ansiedelt, in denen die einen den Reichtum schaffen und die anderen ihn verteilen, wird nicht funktionieren und ist im Übrigen gefährlich.

Daher müssen wir – und ich bin sogar der Meinung, Herr Bürgermeister, Ihre CDU hat das auf ihrem letzten Parteitag im Übrigen sehr viel fortschrittlicher gedacht – das Soziale im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit und der

- A Chancengerechtigkeit in dieser Stadt auch denken wollen. Was Sie machen, ist, das hintereinander zu schalten und in Wahrheit eine reaktive Sozialpolitik vorzunehmen. Das ist wirklich falsch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburg in einer globalisierten Welt bedeutet, dass wir das Ökonomische realisieren und berücksichtigen müssen. Jede Politik muss die Realität der Ökonomie zugrunde legen, aber auch die Realität des Sozialen berücksichtigen. Die Realität des Sozialen bedeutet, dass gerade in dieser Zeit, in der die Risiken groß sind und die Unsicherheit wächst, die Bürger in unserer Stadt, wie im Übrigen alle in dieser Gesellschaft, ein unheimliches Gefühl dafür haben, was gerecht und was nicht gerecht ist. Hier wollen sie gar keine Gleichheit, sondern sie wollen etwas Gerechtes.

Sie haben in dieser Stadt im Bereich der Gesellschaftspolitik in den letzten fünf Jahren "Stopp" gemacht und jetzt – 15 Monate vor einer Wahl – machen Sie "Go". Sie führen das noch nicht einmal in dem Sinne durch, dass Sie diese Stadt sozial gestalten wollen, vielleicht auch ganz neu in einer Debatte, die wir alle führen müssten. Nein, Sie führen das als Modellversuch mit anschließender Evaluierung durch. Das begreife, wer will, aber die Gesellschaft in dieser globalisierten Stadt ist nicht für Ihre Modellversuche da.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man wird im Übrigen mit solchen Modellversuchen auch nicht gerecht. Daher sage ich Ihnen noch einmal: Ich bin gern bereit, zu jeder Zeit mit Ihnen darüber zu streiten, was eine wachsende Stadt mit sozialer Balance ist. Aber ich bin nicht bereit, mit Ihnen zu streiten, was eine wachsende Stadt ist und wie machen wir Politikersatz in fünf Stadtteilen, um die Leute zu beruhigen, kein Problem zu lösen, aber gut dazustehen. Ein Streit würde sich lohnen und diesen können wir in den nächsten zwei Tagen auch vehement führen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Peiner.

Senator Dr. Wolfgang Peiner: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich würde gern an Ihre philosophischen Bemerkungen zum Schluss Ihres Redebeitrages anknüpfen, Herr Zuckerer, und daran anschließend noch ein paar Worte zu dem Thema Haushalt ausführen.

Ich bin eigentlich sehr dankbar, dass die Bürgerschaft heute über die Zukunft der wachsenden, menschlichen und kreativen Stadt diskutiert, denn ich glaube, dass es sich in der Tat lohnt, über die Zukunft dieser Stadt sozusagen mit den besten Köpfen dieser Stadt zu streiten.

Was war seinerzeit eigentlich der Ansatz? Hier möchte ich gern noch einmal kurz auf die Diskussion von vor fünf Jahren zurückkommen.

Hamburg war durch die Globalisierung in einer glücklichen Position und hatte durch die EU-Osterweiterung und Wiedervereinigung eine gute Ausgangslage, sodass man sich in dieser Situation doch fragen musste, was die Strukturen sind, die wir hieraus entwickeln können und was unser Ansatz ist, um in der Zukunft das Beste aus dieser Situation zu machen. Es war kein Konzept, um

damit auszudrücken, dass wir quantitativ wachsen wollen, sondern es war ein Konzept – Herr Reinert hat vorhin schon die vier Ziele genannt –, das umfassend die Regierungspolitik von zehn, zwölf Jahren in den Bereichen Bildung, Kindertagesbetreuung, Kultur, Verkehr, Architektur, Sprung über die Elbe,

(*Claudius Lieven GAL:* Das ist doch Legendenbildung, Herr Dr. Peiner!)

aber auch und vor allem im Bereich Soziales leiten lassen sollte. Ich glaube, das Entscheidende war der Gesamtansatz, der eine Politik des Aufbruchs in dieser Stadt in Gang setzte.

Nun können Sie vielleicht viel Kritisches über dieses Konzept im Einzelnen anbringen. Aber eines – glaube ich – kann man nicht behaupten, dass das Konzept nicht in der Lage war, uns in Land, im Bund und auch in wesentlichen Teilen Europas tatsächlich die Aufmerksamkeit zu verschaffen und deutlich zu machen, dass diese Stadt im Aufbruch ist. Hierüber sollten wir uns alle freuen, dass Hamburg heute als eine Stadt wahrgenommen wird, die diesen Aufbruch auf der Grundlage dieses Programms geschafft hat.

(Beifall bei der CDU)

Aber, Herr Zuckerer, weil Sie versuchen, einen Gegensatz zwischen dem sozialen und dem wachstumsorientierten Kurs zu schaffen, muss ich Ihnen entgegen, dass es diesen Widerspruch in diesem Programm nie gegeben hat und er wäre auch falsch. Das sind in der Tat zwei Dinge.

(Beifall bei der CDU)

Ob Sie das nun in der Ressortgestaltung oder in unserer Politik sehen, Sie würden sehr schnell feststellen, dass wir auch in unserer letzten Haushaltseinbringung erklärt haben, was Hamburg sein muss. Hamburg muss stark und sozial sein. Nur beides zusammen ist eine Grundlage für die Zukunft dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Aber Herr Zuckerer und meine Damen und Herren insgesamt, ich glaube schon, dass wir vielleicht ein Problem über viele Jahre unterschätzt haben.

Als ich mich seinerzeit, noch in Köln lebend, aus der Distanz mit der Politik für Hamburg beschäftigt und damals auch versucht hatte, für den Bürgermeisterkandidaten ein Konzept mit zu entwickeln, habe ich in der Tat einen Problembereich unterschätzt, den wir – glaube ich – alle in dieser Stadt unterschätzt haben. Das ist der Zustand in manchen Stadtteilen. Ich hätte es mir seinerzeit nicht vorstellen können, das sage ich ganz offen, in welchem Zustand sich manche Teile unserer Stadt befinden. Und ich sage ausdrücklich, dass hier keiner dem anderen einen Vorwurf machen sollte. Aber der Zustand, den wir teilweise vorgefunden haben, sei es jetzt Steilshoop, Allemöhe-West oder Kirchdorf-Süd, hat mich eigentlich im Laufe der Jahre sehr betroffen gemacht

(*Christa Goetsch GAL:* Die haben Sie doch fünf Jahre verkommen lassen!)

und ich würde mich freuen, wenn viele von denen, die heute betroffen sind, diese Betroffenheit auch schon früher erkannt und früher gezeigt hätten.

C

D

A (Beifall bei der CDU – *Christa Goetsch GAL*: Fünf Jahre verschlafen!)

Es ist nicht nur ein Problem Hamburgs, sondern das ist ein Problem vieler Großstädte. Es ist vor allen Dingen ein Problem vieler europäischer Großstädte. Aber ich glaube schon, dass sich dieses Problem in Hamburg in den letzten zehn bis 20 Jahren in einem Maße entwickelt hat, das wir im Grunde genommen als Stadt gemeinsam nicht mehr verantworten können. Daher bin ich froh, dass das Konzept der lebenswerten Stadt versucht, hier zumindest die notwendigsten Dinge rechtzeitig zu ändern und umzusteuern.

(Zurufe von *Nebahat Güçlü und Christiane Blömeke, beide GAL*)

Ich hoffe, dass Sie alle dieses Konzept mittragen, denn hier haben wir eine gemeinsame Schuld aus der Vergangenheit zu bewältigen und sie verpflichtet uns, jetzt wirklich entsprechend massiv gegenzusteuern.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es richtig, dass das Konzept der wachsenden Stadt, was umfassend ist und – wie bereits erwähnt – alle Ressorts eingeschlossen hat, sich im Haushalt niederschlägt.

Der Haushalt war niemals ein reiner Konsolidierungshaushalt, was auch gar nicht möglich war. Ich habe immer erklärt, dass es zum Ersten die Aufgabe ist, die Wachstumskräfte in Hamburg zu stärken. Zum Zweiten sind die notwendigen Politikschwerpunkte – und das ist Soziales, Kinderbetreuung oder Inneres – abzubilden, und zwar so, dass sie ausreichend finanziert sind. Aber es ist zum Dritten auch die Aufgabe, mit dem Geld der Bürger sparsam und konsequent umzugehen und den Konsolidierungskurs gezielt fortzusetzen.

B

In der Tat ist die Aussage richtig, dass wir in den letzten Jahren etwa 500 Millionen Euro strukturell eingespart haben und es ist auch korrekt, Herr Zuckerer, dass das etwa das Volumen an Steuermehreinnahmen in diesem Jahr ist. Aber dass diese beiden Zahlen gleich sind – denke ich – ist rein zufällig.

Ich bin auch der Meinung, dass es keinen Gegensatz zwischen den Maßnahmen, die das Wachstum der Stadt fördern – auch wenn es von dem einen oder anderen als Leuchtturmprojekte benannt wird –, und den Maßnahmen, die als soziale Maßnahmen die Zukunft dieser Stadt absichern, gibt. Wir brauchen beides.

Helmut Schmidt hat einmal gesagt: Hamburg ist ein Gesamtkunstwerk. Das ist richtig. Aber zu einem Gesamtkunstwerk gehört eben alles. Hierzu gehört genauso, die Investitionen zu stärken und die Stadt attraktiv zu machen, sich aber auch für den sozial Schwachen einzusetzen und hierfür die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Zu Recht ist der Sozialhaushalt der stärkste Haushalt in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin Ihrer Meinung, dass es Dinge gibt, die in diesem Hause unter den Haushaltspolitikern Konsens haben. Das ist zum einen die Aussage, dass über Expansion des Haushaltes nicht gesprochen wird und ist zum anderen der konsequente Abbau der Nettoneuverschuldung. Wir werden dieses Jahr bei 600 Millionen Euro liegen und gehen nach dem vorliegenden Haushalt auf 500 Millionen

Euro herunter. Aber ich denke, es ist auch ein Weiteres. Wir sind uns mittlerweile auch in diesem Hause einig, dass Privatisierung nach Kassenlage kein Parameter ist, der für uns richtig ist. Ich glaube, das ist auch eine zusätzliche Erkenntnis, die wir in dieser Legislaturperiode gewonnen haben.

C

Daher ist auch die Aussage richtig, dass der ausgeglichene Betriebshaushalt für eine solide Finanzpolitik nicht ausreicht. Ich habe das bereits bei der Vorstellung der Bilanz ausgeführt. Die Bilanz und insbesondere der Jahresabschluss, der daraus folgt, machen deutlich, wie viel Substanz sozusagen eine Gebietskörperschaft verbraucht. Nur diese zwei Bilanzen und die Differenz daraus können uns eine vernünftige Aussage geben.

Selbst bei einem ausgeglichenen Betriebshaushalt in den Vorjahren wären wir um 500 bis 600 Millionen Euro von einem sozusagen strukturell ausgeglichenen Haushalt entfernt gewesen, der uns auch die Substanz der Stadt sichert. Das ist jetzt die nächste Herausforderung, der wir uns alle, dieses Parlament und der Senat, stellen müssen. Das Vermögen – das ist völlig richtig – ist dann auch irgendwann begrenzt. Daher ist es auch korrekt, mit Vermögen nicht Löcher in Betriebshaushalten zu stopfen, sondern es ist richtig – wenn überhaupt –, Vermögen zur Verringerung der Nettoneuverschuldung und für nichts anderes einzusetzen. Dann wäre das vertretbar.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass es auch richtig ist, dass wir in dieser Stadt die Diskussion über die öffentlichen Unternehmen und deren Rolle angestoßen haben.

Daher haben wir vor einigen Jahren ein Raster vorgestellt, nach welchen Grundsätzen privatisiert werden könnte. Man kann das teilen und man kann das ändern. Ein Aspekt ist in der Tat richtig, den ich aber nur erwähne, weil Sie, Herr Zuckerer, ihn angesprochen haben. Das ist die Frage: Nutzen wir unsere öffentlichen Unternehmen auch expansiv oder nutzen wir sie nur sozusagen unter der Überschrift: "Sichert es im Moment den Bestand dieser Stadt"? Oder sollten wir darüber hinaus denken und wirklich die Frage aufwerfen: Können wir nicht aus öffentlichen Unternehmen auch einen Nukleus für Aktivitäten über die Stadt hinaus schaffen?

D

Wir haben dieses positiv für die HSH Nordbank durch die Fusion und durch den bevorstehenden Börsengang beantwortet. Unsere klare Aussage ist hierbei, dass wir einen Nukleus schaffen wollen, indem wir in Hamburg einschließlich Schleswig-Holstein eine Bank einrichten, damit wir uns in diesem Punkt über den Tagesbedarf Hamburgs hinaus entwickeln können.

Wir stehen natürlich auch ganz konkret vor dieser Frage bei der Hochbahn. Soll die Hamburger Hochbahn Opfer eines Prozesses der Europäisierung werden oder sollte sie nicht Partner und Treiber sein? Ich denke, das ist eine wichtige Frage, mit der sich sicherlich auch dieses Parlament und der Senat innerhalb der nächsten zwölf Monate befassen sollten. Soll man das Know-how einer Hamburger Hochbahn nutzen, um auch national und möglicherweise europäisch zu expandieren? Wenn ja, mit wessen Geld, das des Steuerzahlers oder von Dritten?

Dieselbe Frage stellt sich naturgemäß auch bei der HHLA. Das heißt, wir müssen uns die Frage stellen: Wie entwickeln sich die europäischen Verkehrsketten? Wie ist hierbei der Standort Hamburg zu sehen und welche Rolle

- A kann dabei die HHLA oder möglicherweise Partner der HHLA spielen, um auf Dauer Geschäft, Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft an Hamburg zu binden und für Hamburg zu bündeln? Es ist in der Tat eine wichtige strategische Frage, die diesen Standort berührt.

Daher ist es auch wichtig, zu erklären, dass wir offen sind, um einfach zu sehen, welche Partner es gibt, die etwas für die HHLA und damit zwangsläufig auch für die Beschäftigten tun, aber natürlich auch etwas für den Logistikstandort Hamburg bewirken und möglicherweise etwas zur Wertschöpfung beitragen können, dass diese Logistikkette sozusagen zwischen den Weltmeeren und dem Hinterland ausgebaut und stabilisiert wird.

Ich war dankbar, dass Herr Petersen anlässlich einer Diskussion bei Ver.di auf die Frage Privatisierung zwei Bedingungen gestellt hat. Er hat ausgeführt, dass es den Menschen dienen und in der kommenden Generation noch vertretbar sein muss. Herr Petersen, ich kann Ihnen nur bestätigen, dass das auch exakt meine Messlatte wäre. Die Privatisierung muss den Menschen dieser Stadt dienen, aber sie muss auch in der kommenden Generation noch sinnvoll und vertretbar sein.

Vor dieser Frage – glaube ich – stehen wir bei der HHLA in einer sehr grundsätzlichen Weichenstellung und daher rate ich diesem Hause völlig unvoreingenommen, sich hiermit auseinanderzusetzen. Was ist für die Zukunft der HHLA und was ist für die Zukunft Hamburgs am wichtigsten? Insofern zeigt sich, dass wir möglicherweise in dem gesamten Bereich Haushalt vielleicht doch mehr Konsens haben, als es nach außen scheinen mag.

- B Da wir hier alle gemütlich zusammensitzen, erlauben Sie mir noch eine Schlussbemerkung hinsichtlich der Frage der Glaubwürdigkeit der Politik, die Sie, Herr Petersen, mit Recht angesprochen haben.

Es gibt immer wieder eine Reihe von Umfragen, in denen die Frage aufgeworfen wird: Welche gesellschaftlichen Bereiche sind glaubwürdig? Das Erschreckende für mich ist immer wieder, dass die Politik hierbei am untersten Ende steht. Das ist ein Thema, was uns alle Sorgen machen sollte.

Ich sage Ihnen nach meiner fünfjährigen politischen Tätigkeit, dass die Politik und die Politiker weit besser sind als ihr Ruf. Aber wir haben alle einen gemeinsamen Auftrag. Vielleicht sollten wir alle übereinander besser reden, denn, wenn wir schlecht übereinander reden und uns als Politiker verunglimpfen, bleibt nicht hängen, dass Meier, Müller, Lehmann oder Schulze schlecht sind, sondern es heißt, die Politik ist schlecht. Daher ist mein Appell: Wenn Politiker besser übereinander reden, können wir vielleicht neben allen anderen Dingen, die heute angesprochen worden sind und für die es keine einseitigen Lösungen gibt, einen Beitrag leisten, dass auch die Politik in Zukunft besser behandelt wird und wieder stärker an Glaubwürdigkeit gewinnt.

(Nebahat Güçlü GAL: Da fassen Sie sich mal an die eigene Nase!)

Das wäre mein Wunsch und ich wiederhole noch einmal: Ich glaube, dass die Politik in Hamburg oder auch in Deutschland besser ist als der Ruf, der ihr heute voraus-eilt. Ich finde das schade, aber es liegt an uns allen, hierzu einen Beitrag zu leisten, dass das besser wird. – Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator Peiner hat wieder einmal eindrucksvoll bewiesen, warum er für diesen Senat und auch für die CDU-Fraktion von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit ist und dass es ein herber Verlust für Ihre Seite sein wird, wenn er nicht mehr dabei ist und Ihnen in Zukunft auch nicht mehr erklären kann, warum Sozial- und Wachstumsorientierung zusammenhängen und wichtig sind. Denn aus den heutigen Reden Ihrer Vorgänger habe ich nicht wirklich entnehmen können, dass sie verstanden haben, was Sie mit Metropole – Wachsende Stadt gemeint haben.

(Beifall bei der GAL)

Wenn man abtritt und sich jetzt aus der Politik verabschiedet, ist es natürlich besonders beeindruckend beziehungsweise fällt es einem dann vermutlich auch leichter, Zugeständnisse zu machen und einzugestehen, dass man sich vielleicht nicht genug um die Stadtteile gekümmert hat.

Allerdings verwehre ich mich ganz strikt gegen diese Legendenbildung, dass niemand Sie darauf hingewiesen hätte, wie schwierig es in den Stadtteilen geworden ist, durch die Politik, die Sie dort betrieben haben. Es ist durchaus nicht einfach so über Sie gekommen, dass in den Stadtteilen Probleme auftauchen,

D

(Karen Koop CDU: Wir haben das geerbt!)

sondern das waren Maßnahmen Ihres Senats und die Entscheidung der Fraktion,

(Unmutsäußerungen bei der CDU)

in den Stadtteilen Finanzierungen wegzunehmen. Ich denke hierbei insbesondere an die Arbeitsmarktpolitik, die stadtteilorientiert gearbeitet hat und ich denke auch an diverse Bücherhallen oder Schulen. Ihre Aufregung deutet sehr dahin, dass hier ein Punkt getroffen ist, den Sie nicht so gern hören.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr Zuckerer hat zutreffend ausgeführt, dass eine Politik die ganze Realität wahrnehmen muss. Das haben Sie ein paar Jahre entschieden nicht getan, auch wenn Sie jetzt Einsicht zeigen und Veränderungen andeuten.

Herr Zuckerer hat auch zu Recht darauf hingewiesen, dass es Alternativen gibt. Alle drei Fraktionen haben Anträge zum Haushalt 2007/2008 vorliegen, die solide ausfinanziert sind, aber unterschiedliche inhaltliche Orientierungen haben. Es ist dann in der Tat eine fachliche Entscheidung, wer in welche Richtung gehen möchte.

Sie haben sich entschieden, in eine bestimmte Richtung zu gehen. Die SPD möchte in eine andere Richtung gehen und wir wiederum ziehen eine noch andere Richtung vor. Die Richtungen unterscheiden sich wesentlich in einigen Punkten, und zwar in dem Sinne, dass in den SPD- und in unseren Anträgen entschieden versucht wird, gegen die soziale Spaltung dieser Stadt vorzugehen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt der Unterscheidung. Selbst wenn Sie ansatzweise verstanden

- A haben, dass es mit der Politik, die Sie in den vergangenen Jahren gemacht haben, nicht so weiter geht, so reichen die von Ihnen vorgeschlagenen Veränderungen aus unserer Sicht bei weitem nicht aus.

(Beifall bei der GAL und bei *Rüdiger Schulz SPD*)

Ich möchte gern mit einigen weiteren Legenden aufräumen. Herr Zuckerer hat darauf hingewiesen, und zwar die Geschichte mit der Konsolidierung und Verschuldung. Man muss an dieser Stelle nochmals deutlich zum Ausdruck bringen, dass auch vor der CDU-Regierungsübernahme konsolidiert worden ist. Das geschah jährlich in einem größeren Umfang, als Sie das in jedem Jahr, in dem Sie an der Regierung sind, durchgeführt haben. Vorher waren es jährlich ungefähr 150 Millionen Euro nicht D-Mark und jetzt sind es ungefähr 105 Millionen Euro gewesen. Es ist also vorher genauso konsolidiert worden. Und ohne die vorherigen Erfolge könnten Sie sich der Dinge, die Sie hier jetzt immer anpreisen, gar nicht rühmen, weil das gar nicht möglich gewesen wäre.

(Beifall bei der GAL)

Daher möchte ich ein bisschen mehr an Ihr Geschichtsbewusstsein und an die Einsicht appellieren, dass man sich sozusagen Dinge nicht auf die Brust heften darf, für die man nicht allein verantwortlich ist.

(*Rüdiger Kruse CDU*: Wer hat denn in den Neunzigerjahren 30 Prozent Steigerungen gemacht?)

- B Jetzt kommen wir zu den Schulden. Es entspricht nicht der Wahrheit, dass der Schuldenberg der Freien und Hansestadt Hamburg zurückgeht. Vielmehr wird er sich auch weiter anhäufen und die anvisierte Situation, keine Nettokreditaufnahme mehr zu haben, wird frühestens in acht bis zehn Jahren der Fall sein, wenn die Planungen so umgesetzt werden, wie das jetzt beabsichtigt ist. Wenn wir dann dort angekommen sind, sind wir bei ungefähr 30 Milliarden Euro Schulden. Bei Regierungsantritt haben Sie ungefähr 22 Milliarden Euro Schulden gehabt. Das heißt, auch Sie haben lustig weiter die Verschuldung vorangetrieben. Ich würde an Ihrer Stelle ein bisschen vorsichtiger sein, mit solchen Lobeshymnen auf sich selbst an die Öffentlichkeit zu treten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Hierbei würde ich mir wünschen, dass Sie ein bisschen mehr Geschichtsbewusstsein haben

(*Olaf Ohlsen CDU*: Soviel zum Thema Haushalt!)

und auch die Leistungen von anderen Vorgängern einschätzen.

Herr Senator Peiner ist einer derjenigen gewesen, der auch im Haushaltsausschuss immer mal auf derartige Dinge hingewiesen hat. Er hat im Grunde genommen als einzigen Fehler der vorherigen Regierung bezeichnet, dass man davon ausgegangen ist, dass 2001 das Ende der Konsolidierung erreicht gewesen sei. So habe ich ihn jedenfalls immer wieder verstanden. Allerdings habe ich nie verstanden, warum Sie andererseits hier in der Fraktion immer versuchen, sich als die Schuldenmanager und -abbauer schlechthin hinzustellen, denn das ist einfach nicht wahr.

(Beifall bei der GAL und bei *Doris Mandel SPD*)

Mir liegt auch noch daran, außerhalb der Generaldebatte auf einen Antrag hinzuweisen, den die SPD-Fraktion und

C wir gemeinsam eingebracht haben. Es ist ein Beitrag zur Haushaltsmodernisierung, die Ihnen – wie ich weiß – auch sehr wichtig ist. Sie haben erst unlängst wieder einen Antrag eingebracht hinsichtlich einer Erprobung der Einführung einer ergebnis- und ressourcenverbrauchsorientierten Haushaltssteuerung in der Behörde für Schule und Sport.

Etwas Ähnliches zum Thema Gender Budgeting fordern wir auch. Wir halten das für einen wichtigen Beitrag zu einer weiteren Haushaltsmodernisierung. Das ist sozusagen die Fortsetzung vom Neuen Steuerungsmodell oder die Einführung der Doppik und die Bilanzerstellung. Dass Sie auch an die Kostenleistungsrechnung heranwollen, haushaltstechnisch verwertbare Kennzahlen und Indikatoren aufzustellen, ist ein echter und richtig guter Beitrag.

In diesem Sinne könnte man natürlich auch versuchen, einen geschlechtergerechten Haushalt herzustellen, wenn man sich die Mühe machen würde, diese Kennzahlen zu ermitteln und vielleicht in einem Bereich damit mal anzufangen. Ich hatte hierzu eine kleine Anfrage gestellt. Ich möchte darauf hinweisen, dass, auch wenn der Senat sagt, dass er das für nicht erheblich und nicht wichtig hält und es nicht steuerbar über den Haushalt ist, die Behörde für Wissenschaft und Forschung ein solches Modell hat. Ich weiß nicht, ob Ihnen allen das bekannt ist.

Diese Behörde hat im Zuge der Finanzierung der Hochschulen ein Drei-Säulen-Modell entwickelt, in dem eine Säule ein Anreizmodell ist, bei dem auch der Indikator Gleichstellung bewertet wird, und dass Hochschulen, die in dem Bereich fortschrittlich sind und vorankommen sowie mehr Professorinnen an die Hochschulen bekommen, tatsächlich auch finanzielle Vorteile haben.

Das heißt, es geht also und ist eher eine Frage, ob man das will und ich sage jetzt betont "man". Uns im Parlament würde eine solche Vorgehensweise erheblich mehr Werkzeug im Sinne von Haushaltstransparenz und der Wahrnehmung unserer Kontrollaufgaben in die Hand geben.

Im Übrigen würde das sicherlich auch im Sinne der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs ein Fortschritt sein. Sie haben sich auch hier sehr modern gezeigt und alle Fraktionen haben zusammen beschlossen, dass wir dieses Internet-Forum zum Haushalt Hamburg durchführen. Dort könnte man beispielsweise mit der Frage experimentieren: Wie könnte aus Sicht insbesondere der Bürgerinnen, aber auch der Bürger ein geschlechtergerechter Haushalt für Hamburg aussehen? Das fordern wir unter anderem in dem Antrag. Wir würden das begrüßen, wenn Sie bereit wären, hierzu beispielsweise einen Kongress in Hamburg durchzuführen und sich mit den Menschen auseinanderzusetzen, die schon vorangeschritten sind und Konzepte haben. Ich will gar nicht behaupten, dass die Durchführung eines Kongresses einfach ist, aber es wäre ein Versuch wert.

Im Übrigen wird es demnächst eine Machbarkeitsstudie der Bundesregierung zu diesem Thema geben. Spätestens dann würde es sich lohnen, dieses Thema in Hamburg weiter aufzugreifen, um die Ressourcen über den Haushalt so zu steuern, dass wir eine tatsächlich gerechte Teilhabe von Frauen und Männern in dieser Gesellschaft haben werden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

- A Sie haben sich auch dem Thema Generationenbilanz gewidmet. Das ist letztlich auch nichts grundsätzlich anderes. Herr Dietrich hat einen Antrag zum Transparentmachen der Förderung im Bereich Leistungssport gestellt. Das sind alles Themen, die Ihnen wichtig sind. Da ist es aus Ihrer Sicht auch wichtig, dass Sie im Haushalt dargestellt werden und auch eine entsprechende Ressourcensteuerung möglich ist. Aber bei dem Thema Geschlechtergerechtigkeit haben Sie offensichtlich Hemmungen voranzugehen und weiterzuschreiten, um Herrn Dräger zu folgen, um das auch in Ihrer Haushaltspolitik insgesamt sichtbar und erkennbar zu machen.

Ich bitte Sie, hier noch einmal umzudenken. Europa will es von den Länderregierungen und den Kommunen. Der Bund ist dabei, das umzusetzen. Das Bundesland Berlin ist auch dabei, das zu tun. Ich weiß, Sie denken mehr an die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen, wo nach dem Regierungswechsel zu Herrn Rüttgers das Projekt Gender Budgeting kaltgestellt worden ist, weil man es einfach nicht haben wollte. Es ist schon eine Frage des Wollens und nicht so sehr des Machbaren. Ich appelliere an Sie, weil es so gut in Ihre sonstige Politik passt, sich in diesem Zusammenhang doch dafür einzusetzen, weil aus meiner Sicht alles andere falsch ist. Ich bitte Sie, sich das noch einmal zu überlegen und sich vielleicht doch einen Ruck zu geben, es zumindest an den Haushaltsausschuss zu überweisen, damit wir uns dort intensiver damit beschäftigen können. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

- B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Früher – und da will ich mal ein bisschen nostalgisch werden – war es so,

(*Wolfhard Ploog CDU:* Da hatten wir einen Kaiser!)

dass wir an dieser Stelle über den Gleichstellungshaushalt und über Frauenpolitik diskutiert haben. Das gibt es jetzt nicht mehr, aber es gibt heute eine Initiative der Fraktionen von SPD und GAL, das Thema Gender Budgeting im Rahmen der Haushaltsberatungen mit aufzunehmen.

Gender Budgeting ist natürlich wieder ein Wort, wo sich alle fragen, was das heißt.

(Präsident Röder übernimmt den Vorsitz.)

Das ist nicht die Boshaftigkeit der Fraktionen, einen unverständlichen Begriff zu nehmen, sondern es ist Ausdruck dessen, dass es um eine internationale Sache geht, an der Weltbank, UNO, EU und viele andere mitarbeiten und versuchen, in vielen Ländern einen Prozess zu implementieren, der eine geschlechtergerechte Haushaltsaufstellung und -durchführung ermöglicht. Wir sind in der etwas absurden Situation, dass die Bundesrepublik dort, wo sie Entwicklungshilfe leistet, sehr viel für Gender Budgeting tut, aber im Land selber die Ansätze eher spärlich sind. Es gibt aber auf Bundesebene und in einigen Bundesländern, sei es in Berlin, Sachsen-Anhalt, aber auch in vielen kreisfreien Städten erste Ansätze, so etwas zu tun. Ich will, um es kurz zu machen, drei Beispiele nennen, wo so etwas interessant für uns sein könnte.

Wir geben viele zig Millionen Euro im Bereich Arbeitsmarkt aus, aber wir wissen nicht, wie das Geld bei Männern und Frauen ankommt. Wir geben viele Millionen Euro für Jugendhilfe aus und wir haben das diffuse Gefühl, dass da zum Beispiel die Jungen vielleicht ein bisschen die Verlierer in der letzten Zeit gewesen sind. Aber wir haben keine Zahlen und Fakten, wie das Geld, das wir ausgeben, dort wirklich ankommt. Ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir für die weitreichenden Entscheidungen über viel, viel Geld, die wir hier treffen, wir auch eine hohe Transparenz, Material, Zahlen, Indikatoren haben, um die Wirkung des Einsatzes unserer Ressourcen auch messen zu können. Sie versuchen das – Frau Dr. Lappe hat es gesagt – in einigen Bereichen. Wir schlagen vor und legen es Ihnen sehr ans Herz, das auch gerade im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit zu tun. Ich habe ein bisschen die Hoffnung, dass dieser Antrag, der heute nicht abgestimmt wird, sondern erst am Ende der Debatte als Antrag zum Haushaltsplan 9.1, von Ihnen dann doch noch an den Haushaltsausschuss überwiesen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Herr Kerstan war doch schon mal dran! – Gegenruf von *Dr. Verena Lappe GAL:* Ach, Herr Ohlsen!)

Jens Kerstan GAL: – Weil es so schön war, Herr Ohlsen!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe Ihren Ausführungen, Herr Peiner, mit Interesse gelauscht. Wir fordern ja Kreativität und ich glaube, wir haben gerade auch ein Beispiel von Kreativität in Ihrer Rede erleben können, denn im nachhinein so mit manchen Ihrer Entscheidungen umzugehen, das war doch eine sehr kreative Legendenbildung.

Lassen Sie mich das an zwei Beispielen darstellen. Ich finde Ihr Anliegen, dass wir gemeinsam darüber nachdenken sollen, wie das Ansehen der Politik gesteigert werden kann, können wir alle nur unterstützen. Wenn das dazu beitragen sollte, dass man freundlicher übereinander redet, dann wären wir sicher auch bereit, das zu tun. Aber, ich glaube, wirklich viel für die Glaubwürdigkeit der Politik in dieser Stadt hätten Sie getan, wenn Sie, nachdem Sie einen Volksentscheid zur Privatisierung des LBK verloren haben, bei dem Sie einen eigenen Vorschlag präsentiert hatten und die Wähler sich bewusst dagegen entschieden hatten, nicht trotzdem den LBK verkauft hätten, meine Damen und Herren. Sie haben sich aber leider anders entschieden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich habe auch mit Verwunderung vernommen, dass der Bürgermeister zuerst der SPD Wankelmut in der Frage der HHLA-Privatisierung vorgeworfen hat und auch Sie dort jetzt ein sehr stringentes Bild gemalt haben, was eigentlich die Voraussetzungen sein sollten, wenn man die HHLA verkaufen sollte.

Wenn man Ihre eigenen Kriterien nimmt, nach denen die HHLA international tätig wird, ein eigenständiges Unternehmen, das über die Grenzen hinausgreift, dann frage ich mich, warum wir im Januar über Ihren Vorschlag debattiert haben, die HHLA an die Deutsche Bahn zu ver-

- A kaufen? Denn letztlich hätte der Verkauf der HHLA an die Deutsche Bahn bedeutet, dass all die Kriterien, über die Sie eben geredet haben, verletzt worden wären. Die HHLA wäre ein Teil der Deutschen Bahn geworden. Sie hätte nicht mehr eigenständig agieren können, sie wäre nicht über die Grenzen hinausgegangen und die Bahn wäre auch kein potenter Erwerber gewesen.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das sind doch ungelegte Eier!)

Insofern verwundern mich Ihre Ausführungen schon. Vielleicht haben Sie auch in diesem Jahr dazugelernt, meine Damen und Herren.

Sie sagen – und das, finde ich, ist eigentlich das besorgniserregendste –, was wir mit der HHLA machen, haben wir noch gar nicht entschieden. Sie haben auch verschiedene Modelle erwähnt. Aber was Sie dabei verschweigen, ist, dass Sie gerade ein internationales Interessenbekundungsverfahren am Laufen haben und jetzt, bevor Sie eigentlich wissen, was Sie wollen, Investoren aus aller Welt Gebote abgeben. Wenn Sie sagen, lassen Sie uns einmal darüber reden, was wir mit der HHLA machen wollen, dann nehmen wir diesen Vorschlag gerne auf. Sie wissen, dass ich nie ein Verfechter war, der sagte, darüber darf man gar nicht nachdenken. Aber lassen Sie uns bitte erst darüber nachdenken und entscheiden, was wir wollen, bevor Sie anfangen, den Laden zu verscherbeln. Sie haben da eine Dynamik in Gang gesetzt, dass ich befürchte, Sie werden den Verkauf nicht mehr stoppen können, wenn das nicht im Interesse der Stadt sein sollte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Gerhard Lein SPD*)

- B **Präsident Berndt Röder**: Dann bekommt der Abgeordnete Sarrazin das Wort.

(*Wolfgang Ploog CDU*: Auch das noch!)

Manuel Sarrazin GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was haben wir bisher in der Generaldebatte gehört? Hamburg ist eine europäische Metropole, eine Welthandelsstadt, das Tor zur Welt. Wir hören es oft und deswegen ist es aus meiner Sicht wichtig, dass wir heute auch über die Rolle Europas in Hamburg reden, die auch in diesem Einzelplan, den wir eigentlich besprechen, abgehandelt wird.

Als europäische Metropole, als Welthafen, wird Hamburg im nächsten halben Jahr auch bei der Gestaltung der deutschen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union eine besondere Rolle spielen. Herr Peiner hat es auch schon angesprochen, Hamburg versteht sich sowohl als Gewinner der Erweiterung der Europäischen Union als auch als Gewinner der Globalisierung.

Deswegen ist es wichtig, dass alle Fraktionen in diesem Haus weiterhin stringent zum Prozess der Europäischen Einigung stehen und auch weiterhin daran arbeiten, dass sich Europa eine neue Verfassung gibt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Natürlich!)

Unsere Verfassung schreibt uns ins Lehrbuch der Hamburger Politik: Die Freie und Hansestadt Hamburg möge eine Mittlerin zwischen den Erdteilen und Völkern im Geiste des Friedens sein. Das heißt gleichzeitig, dass wir uns dazu bekennen, dass Hamburg eine internationale Politik macht, die dem Frieden und der internationalen

Entwicklung dient, die auf Freiheit und Demokratie basiert. Auch das dürfen wir nicht vergessen. Gerade deswegen ist es wichtig, dass Hamburg ganz bestimmte Schwerpunkte für sich setzt, aber auch in der deutschen Ratspräsidentschaft nachvollzieht. Da möchte ich Ihnen einen Wunschzettel in die Weihnachtsfeiertage mitgeben.

Erstens: Wenn wir über die Verfassung reden und wissen, dass die Bundeskanzlerin nach den Wahlen in Frankreich die Verfassung neu beleben will, dann müssen wir uns auch hier vor Ort angucken, was wir besser machen müssen, damit die Menschen nach Europa mehr mitgenommen werden. Wir haben in diesem Hause zu diesem Thema diskutiert und wie man die Menschen mehr mit Europa befassen kann. Wir haben diskutiert, welche Möglichkeiten einer verbesserten Parlamentsbeteiligung es gibt.

Zweitens: Die große Koalition in Schleswig-Holstein hat ein Parlamentsbeteiligungsgesetz beschlossen, das weit über das hinausgeht, was in Hamburg Praxis ist. Es gab Vorschläge von der SPD und den Grünen zu dem Thema. Die CDU und der Senat haben bisher nichts dazu gemacht. Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie es mit über die Weihnachtsfeiertage, ob Sie wirklich glauben, dass diese Verfassung erfolgreich gemacht werden kann, wenn wir vor Ort Europa nicht nachvollziehen können.

(Beifall bei der GAL und bei *Günter Frank SPD*)

Sie haben hier sehr viel diskutiert. Herr Peiner hat dargestellt, die wachsende Stadt sei ein soziales Projekt. Ich habe mich dann gefragt, ob die wachsende Stadt Tranchen 1, 2 und 3 Erweiterungsflächen für Kitas und Schulen bereitgestellt haben. Aber er hat dargestellt, dass auch ihm die soziale Komponente wichtig sei. Wir haben zurzeit eine Verunsicherung dieser Stadt im Rahmen des europäischen Sozialfonds, dass Träger nicht wissen, wie sie im nächsten Jahr ihre Projekte im sozialen Bereich, im Arbeitsmarktbereich weiter finanzieren können aufgrund von Versagen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Nehmen Sie das mit in die Weihnachtsfeiertage, wie man dort besser arbeiten kann.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Noch ein Punkt zu Europa, bevor ich noch ein anderes Thema anspreche. Wir werden im nächsten Jahr einen großen Geburtstag feiern, der auch zu den Schwerpunkten der Ratspräsidentschaft passt: Merkel möchte Außenpolitik stärker thematisieren. Ein großes Thema, die Partnerschaftsverhandlungen mit Russland. Wir werden im nächsten Jahr das 50-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und St. Petersburg feiern. Ich möchte gerne, dass wir es feiern, dass wir unsere guten Verbindungen mit St. Petersburg hochhalten – ich bin sehr stolz darauf –, aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass vielleicht im nächsten Jahr Wahlen in St. Petersburg stattfinden werden, zu denen vielleicht manche Parteien der Opposition mit guten Wahlaussichten nicht zugelassen werden. Deswegen sehe ich es als notwendig an, dass wir dieses Jubiläum auch dafür nutzen, gemeinsam mit unseren russischen Kollegen über Zivilgesellschaft, Demokratie und Menschenrechte zu diskutieren, zu streiten und zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Das war ein schönes Schlusswort!)

C

D

- A Da auch unserer Fraktion die Zeit flöten geht, haben wir einen Antrag zum Thema Haushaltspolitik und internationale Politik vorgelegt. Wir haben in dieser Stadt Menschen, die sich wirklich als internationale Menschen engagieren, die viel investieren in Zusammenarbeit zwischen Hamburg und allen möglichen Ländern dieser Welt, in Entwicklungshilfeprojekten, in Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, in Kulturprojekten. Wir haben seit dem Jahr 2003 gesehen, dass die Gelder in diesem Bereich so gut wie halbiert worden sind. Der Senat hat im letzten Jahr etwas gegengesteuert. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Senatspolitik bisher nicht dazu in der Lage ist, die Zivilgesellschaft in dem Maße zu unterstützen wie sie arbeitet. Ich fordere Sie auf, die 50 000 Euro, die wir zur Selbstverwaltung an das Eine-Welt-Netzwerk geben wollen: Machen Sie das mit. Es wird viel, viel mehr Engagement dadurch generiert, das viel mehr Geld als diese 50 000 Euro wert ist. Das wäre ein Punkt, bei dem Sie zeigen könnten, dass Sie den Anspruch von europäischer Metropole, vom Tor zur Welt, auch in wahrer Politik, im Geiste und in Taten nachvollziehen wollen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aussprache ist beendet.

Ich gebe nunmehr die Ergebnisse zu den Deputationswahlen bekannt, und zwar bei beiden Wahlen wurden 109 Stimmzettel abgegeben. Alle sind gültig.

- B Bei der Wahl zur Deputierten der Behörde für Inneres entfielen auf Frau Heitmann 99 Ja-Stimmen bei vier Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Damit ist Frau Heitmann gewählt.

Bei der Wahl einer Deputierten der Kulturbehörde entfielen auf Frau Burkian 92 Ja-Stimmen bei fünf Nein-Stimmen und zwölf Enthaltungen. Damit ist auch Frau Burkian gewählt.

Wir kommen nunmehr zu den Abstimmungen. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Abstimmungen über die mitbesprochenen Einzelpläne 9.1 und 9.2 vereinbarungsgemäß erst am Mittwoch stattfinden werden.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

für den heutigen Sitzungstag haben Sie erhalten. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es folgen die Abstimmungen aus dem Bereich des Einzelplanes 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht und Rechnungshof.

C Wir beginnen mit den Berichten des Eingabenausschusses, den Drucksachen 18/5260 bis 18/5264.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/5260 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/5261 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/5262 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/5263 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/5264 –]**

Zunächst zum Bericht 18/5260. Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 392/06 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 637/06 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer großen Anzahl von Stimmenthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich den übrigen Empfehlungen an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Zum Bericht 18/5261.

D Zunächst zur Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 710/06 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich der Empfehlung zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Bericht 18/5262.

Zunächst zur Ziffer 1. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu den Ziffern 2 bis 5 werden Kenntnisnahmen empfohlen. Diese sind erfolgt.

Bericht 18/5263.

Wer stimmt den Empfehlungen zu, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 492/06, 562/06 und 563/06 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 721/06 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich der Empfehlung zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 18/5264.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 713/06 abgegeben hat?

* siehe Anlage Seite 3610

- A – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wir kommen zu den Berichten des Verfassungsausschusses. Zunächst zum Bericht aus der Drucksache 18/5315.

**[Bericht des Verfassungsausschusses
über die Drucksachen 18/654: Bericht der Dritten
Unabhängigen Kommission zur Angemessenheit
der Leistungen nach dem Hamburgischen Abge-
ordnetengesetz (Vorlage des Präsidenten)
18/4794: Hamburgisches Abgeordnetengesetz
(Antrag der CDU-Fraktion) – Drucksache 18/5315 –]**

Die in Ziffer 1 der Ausschussempfehlung erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Wer möchte Ziffer 2 der Ausschussempfehlung folgen und das Elfte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes aus Drucksache 18/4794 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- B – Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Nun zum Bericht des Verfassungsausschusses, Drucksache 18/5469.

**[Bericht des Verfassungsausschusses zum Thema
Fraktionsgesetz (Selbstbefassung)
– Drucksache 18/5469 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/5483 ein interfraktioneller Antrag vor.

**[Interfraktioneller Antrag:
Siebtes Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes
vom 20. Juni 1996 – Drucksache 18/5483 –]**

Über diesen Antrag lasse ich zunächst abstimmen.

Wer möchte das Siebte Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes aus der Drucksache 18/5483 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den gibt es nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstim-

men? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Vom Bericht des Ausschusses, Drucksache 18/5469 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Nun zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses.

Textzahl 259.

[Textzahl 259]

Wer möchte die Textzahl 259 aus der Drucksache 18/5000 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Über die Abschlusszahlen des Einzelplanes 1.0, das betrifft die Textzahl 260, stimmen wir am Mittwoch ab.

Wir kommen dann zu den Abstimmungen zum Einzelplan 1.1: Senat und Personalamt und hier zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 18/5333, zunächst zum Teil A, IV.

**[Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksachen 18/3344: Haushaltsrechnung
für das Haushaltsjahr 2004 (Senatsvorlage)
18/3700: Jahresbericht 2006 des Rechnungshofs
über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit
Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2004
(Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs)]**

18/4271: Stellungnahme des Senats zum Jahresbericht 2006 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2004 (Senatsvorlage)

18/3701: Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2004 (Vorlage des Präsidenten des Rechnungshofs)

18/3898: Gewährung und Inanspruchnahme von Liquiditätshilfen, Beantwortung des bürgerschaftlichen Ersuchens aus der Drucksache 18/2005 "Zwischenbericht des Haushaltsausschusses zu Drucksache 18/1724" (Jahresbericht 2005 des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg) (Senatsvorlage) – Drucksache 18/5333 –]

Die in a) der Empfehlung enthaltenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Wer möchte, wie in b) empfohlen, die in der Haushaltsrechnung 2004 ausgewiesenen Überschreitungen genehmigen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

C

D

- A Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung mehrheitlich und damit endgültig beschlossen.

Wer möchte der Ausschussempfehlung aus c) folgen und dem Senat für das Haushaltsjahr 2004 Entlastung erteilen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte sich, wie unter d) empfohlen, den unter Teil A Abschnitt II des Berichtes aufgenommenen Beschlussvorschlägen des Unterausschusses "Prüfung der Haushaltsrechnung" anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

In Teil B des Berichtes wird empfohlen, dem Rechnungshof für dessen Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2004 Entlastung zu erteilen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich möchte dem Rechnungshof mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die von ihnen geleistete Arbeit an dieser Stelle ausdrücklich den Dank des ganzen Hauses aussprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen nun zu den Fraktionsanträgen. Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5378.

- B **[Antrag der Fraktion der SPD:
Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
Einzelplan 1.1 – Kapitel 1100 "Senat"
"Mensch Europa!" Veranstaltungsreihe im
Hamburger Rathaus – Drucksache 18/5378 –]**

Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5378 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Drucksache 18/5423.

- [Antrag der Fraktion der GAL:
Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
Einzelplan 1.1 – Kapitel 1100
Eine-Welt-Politik der FHH – Zivilgesellschaftliches
Engagement unterstützen! – Drucksache 18/5423 –]**

Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 18/5423 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Drucksache 18/5424.

- [Antrag der Fraktion der GAL:
Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
Einzelplan 1.1 – Kapitel 1100
Für Jugendräte bzw. Jugendparlamente
in allen Bezirken! – Drucksache 18/5424 –]**

Wer möchte dem GAL-Antrag aus der Drucksache 18/5424 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5481.

- [Antrag der Fraktion der SPD:
Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
Einzelplan 1.1**

**Wirtschaftsplan Rathaus Service
Das Rathaus muss offen sein für seine Bürgerinnen
und Bürger und Besucherinnen und Besucher unserer
Stadt – Für eine Erweiterung der Rathausöffnungszeiten –
Drucksache 18/5481 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

(Uwe Grund SPD: Die Ladenöffnungszeiten verlängern und das Rathaus schließen! Das ist richtig!)

– Wir haben hinreichend Fraktionsredezeiten. Es kann über alles debattiert werden. Jetzt stimmen wir erst mal weiter ab.

Wir kommen jetzt zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 18/5000.

Textzahlen 252 bis 258.

[Textzahl 252]

[Textzahl 253]

[Textzahl 254]

[Textzahl 255]

[Textzahl 256]

[Textzahl 257]

[Textzahl 258]

In den Textzahlen 252 bis 258 werden Kenntnisnahmen empfohlen. Diese sind erfolgt.

Textzahl 261.

[Textzahl 261]

Wer möchte die Textzahl 261 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Textzahl 262.

[Textzahl 262]

Wer möchte die Textzahl 262 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Textzahl 263.

[Textzahl 263]

Wer möchte Textzahl 263 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Die Textzahl 264 steht erst am Mittwoch zur Abstimmung.

C

D

- A Wir kommen zu den Einzelplänen 1.2 bis 1.8: Bezirksämter und hier zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 18/5000. Das betrifft die Textzahlen 265 bis 271. Über diese Textzahlen wird am Mittwoch abgestimmt.

Dann rufe ich auf

Einzelplan 2 Justizbehörde

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Klooß bekommt es.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dem Amtsantritt des Senators Lüdemann scheint sich in der Hamburger Justizpolitik einiges geändert zu haben, jedenfalls auf den ersten oberflächlichen Blick.

(Beifall bei der CDU)

Freuen Sie sich nicht zu früh.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muss wieder das Gedächtnis einiger Abgeordneter der Regierungsfraktion auffrischen.

- Rolf-Dieter Klooß** (fortfahrend): Bei genauerem Hinsehen – und der Haushaltsplan bietet dafür die beste Gelegenheit – stellen wir fest, dass sich zwar der Ton und das Auftreten dieses Senators von seinem Vorgänger unterscheidet, wofür ich Ihnen ausdrücklich meinen Dank aussprechen möchte, Herr Senator Lüdemann –,
- B

(Beifall bei der SPD und der CDU)

nicht jedoch die Inhalte und Ziele, um die es aber nun einmal geht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Na super, klatscht ruhig weiter!)

Herr Lüdemann, Sie werden sich sicherlich an die vollmundigen Forderungen erinnern, die von Ihnen und Ihrer Fraktion zuzeiten erhoben wurden, als Sie sich noch in der Opposition befanden. 10 Prozent mehr Personal für die Gerichte und die Staatsanwaltschaft war Ihre Forderung. Was ist davon übrig geblieben? Recht wenig. Genauer gesagt, sogar nichts. Nehmen wir zum Beispiel die Staatsanwaltschaft. Hier hatte der Senat einen besonderen Schwerpunkt gesetzt. 15 neue Staatsanwälte versprach Ihr Vorgänger vollmundig. Das hörte sich gut an, das machte Eindruck. Aber wie sah der Stellenbestand nun wirklich aus? Im Jahr 2001 hat Hamburg 170 Stellen im Bereich der Staatsanwaltschaft. Als Plan für die Jahre 2007, 2008 sind es nur 175 Stellen. Dabei ist noch gar nicht eingerechnet, dass im gesamten Bereich der Staatsanwaltschaften weitere 6,5 Stellen als Folge der sogenannten Einsparverpflichtungen wegfallen. Das Ganze ist also ein Minusgeschäft, wie so vieles in diesem Haushalt.

Übrigens mit Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, zusätzlich zwei Stellen für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität einzurichten, rennen Sie bei uns offene Türen ein. Sie greifen alte Forderungen von uns

auf. Aber dann seien Sie doch seriös und sagen Sie uns, wo Sie die Kosten andernorts durch Umschichtungen aufbringen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Einsparverpflichtungen, die dieser Senat festgelegt hat, treffen aber nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern alle Gerichtsgebiete in gleichem, teilweise noch stärkerem Maße. Seien es die Amtsgerichte, das Landgericht, das Verwaltungsgericht oder die Obergerichte. Überall werden Stellen abgebaut. Dies ist das Gegenteil der Politik, die die CDU einmal angekündigt und versprochen hat.

Gerade im Bereich der Justiz werden diese Stellenstreichungen erhebliche Konsequenzen haben. Jeder, der schon einmal in der Situation war, ein Recht klageweise vor Gericht geltend zu machen, weiß, wie lange die Gerichte für die Erledigung eines Verfahrens benötigen. Bereits jetzt sind die Verfahrensdauern in Hamburg ein ernstes Problem. Bei dem zu erwartenden und vom Senat zu Recht im Haushaltsplan prognostizierten Zuwachs an Verfahren wird sich dies noch weiter zuspitzen. Insbesondere dort, wo die Schwächsten der Gesellschaft um ihr Recht kämpfen, vor den Sozialgerichten, haben wir mittlerweile eine Situation zu beklagen, die dramatisch ist. Seit Einführung des neuen Arbeitslosengeldes II ist die Zahl der Verfahren, die die Sozialgerichte zu bewältigen haben, rasant gestiegen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer wird in diesem Bereich mit 15 Monaten prognostiziert. Können Sie sich vorstellen, was es bedeutet, wenn ein Antrag auf ALG II abgelehnt wird und man 15 Monate auf eine gerichtliche Entscheidung warten muss? Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Meine Fraktion schlägt vor und hat dies als eigenen Haushaltsantrag eingebracht, dass hier weitere gerichtliche Stellen geschaffen werden müssen, jedenfalls aber zu prüfen ist, weitere Stellen aus anderen, weniger belasteten Gerichtsbarkeiten – ich nenne hier einmal ganz konkret die Verwaltungsgerichte – zu verlagern.

Meine Damen und Herren! Durch die Föderalismusreform ist die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Senat hat diese Chance gierig aufgegriffen. So hat der Senat bei den Beratungen im Rechtsausschuss angekündigt, die Entwicklung eines neuen, eigenen Hamburgischen Strafvollzugsgesetzes zum Schwerpunkt seiner zukünftigen Justizpolitik zu machen. Gleichzeitig gibt es eine Initiative aus zehn Bundesländern, ein einheitliches Jugendstrafvollzugsgesetz zu entwickeln. Dieser Initiative will sich der Senat ausdrücklich nicht anschließen, was wir für eine grundsätzlich falsche Entscheidung im Hinblick auf Rechtsharmonisierung und Gleichheit der Lebensbedingungen in Deutschland halten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Was Sie planen, Herr Senator, ist eine Abkehr von den bisherigen bewährten Grundprinzipien. Sie stehen damit in der Tradition Ihres Vorgängers Kusch, der in Hamburg die Wende "zurück in den Verwahrvollzug des vorletzten Jahrhunderts" eingeläutet hatte. Wir brauchen keinen Ersatz für das bewährte Erwachsenenstrafvollzugsgesetz, das im Übrigen auch nach der Föderalismusreform weiter gilt.

C

D

- A Mit Ihrer Parole, dass die Sicherheit der Allgemeinheit als erstes und wichtigstes Ziel in ein neues Strafvollzugsgesetz aufgenommen werden soll, wollen Sie den Eindruck erwecken, als wenn Sicherheit im Strafvollzug bisher keine oder keine wichtige Rolle gespielt hätte. Das Gegenteil ist der Fall, denn Sicherheit bedeutet dreierlei: Die konkrete derzeitige Sicherheit der Allgemeinheit vor dem Gefangenen während der Haft. Das heißt, solange zu befürchten ist, dass der Gefangene weitere Straftaten begehen wird, ist er im geschlossenen Vollzug unterzubringen.

Sodann die Sicherheit innerhalb der Anstalt, eine Frage, die bei den schrecklichen Ereignissen in Siegburg, als Mitgefangene einen jungen Häftling zu Tode folterten, eine wichtige Rolle spielte.

Zuletzt, aber praktisch am wichtigsten, die Rückfallgefahr, also die Frage, ob ein Gefangener nach Verbüßung seiner Haftstrafe wieder straffällig oder sein weiteres Leben sozial integriert, also resozialisiert verbringen wird.

Alle diese drei Punkte sind nur durch ein Instrument und über einen Weg zu erreichen: Das Ziel des Vollzuges ist und bleibt die Resozialisierung oder – wie es das Bundesverfassungsgericht genannt hat – die soziale Integration.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ein Leben in Freiheit ohne Straftaten. Es gibt kein Entweder-oder dieses Begriffes mit dem Ziel der Sicherheit. Es gibt auch kein Gegeneinander. Der von Ihnen aufgemachte und behauptete Widerspruch zwischen Sicherheit und Resozialisierung existiert nicht. Resozialisierung ermöglicht erst die Sicherheit, sie bedingt sie. Es ist im Prinzip einfach und daher auch nicht verständlich, warum Sie es nicht verstehen.

B

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wie erreicht man aber diese soziale Integration während des Vollzuges? Hier muss man klar feststellen, dass der Vollzug auch und gerade in Hamburg in vielen Bereichen die Vorgaben, welche das Strafvollzugsgesetz aufstellt, nicht erfüllt.

Das bedeutet vor allem, dass wir an der konkreten Ausgestaltung des Vollzuges arbeiten müssen, insbesondere an der Respektierung der gesetzlichen Standards, nicht aber an dem gesetzlichen Rahmen.

Die in Hamburg vollzogene Abkehr vom offenen Vollzug hin zum geschlossenen Vollzug als Regelvollzug stellt einen Irrweg dar. Dass Lockerungen, wie etwa der offene Vollzug, dazu dienen, den Gefangenen auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten, scheinen Sie dabei zu vergessen. Dies alles ist natürlich auch eine Frage von finanziellen Mitteln, die für einen humanen, modernen und sicheren Strafvollzug zur Verfügung gestellt werden müssen. Dass sich solche Investitionen letztendlich auch volkswirtschaftlich rechnen, muss jedem klar sein. Denn durch geringere Rückfallquoten sinkt der durch Kriminalität entstandene Schaden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Leider hat dieser Senat durch seine vollkommen verfehlte Schwerpunktsetzung in den letzten Jahren den finanziellen Handlungsspielraum im Bereich der Strafvollzugspolitik stark beeinträchtigt. Die Errichtung der Anstalt Billwerder, die nicht nur vollkommen überdimensioniert ist, son-

dern als rein geschlossene Anstalt vollkommen am Bedarf vorbei entwickelt wurde, ist Sinnbild dieser Politik. Jetzt haben Sie das Problem, wie Sie mit dem exorbitanten Leerstand von Zellen fertig werden wollen. Die Millionen, die Sie in diesen Mammutknast verschleudert haben, hätten genutzt werden können, um Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für Gefangene zu schaffen. Sie hätten auch genutzt werden können, um dem Personalabbau im Strafvollzug entgegenzuwirken. All dies haben Sie nicht getan. Stattdessen haben Sie der eiteln Versuchung nachgegeben, sich selbst und Ihrer falschen Vollzugspolitik steinerne Denkmäler zu setzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Mit unserem Antrag "Menschliche Metropole – Gerechtes Hamburg ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zu einem Schlusssatz kommen.

Rolf-Dieter Klooß (fortfahrend): – Es ist mein letzter Satz.

Mit unserem Antrag "Menschliche Metropole – Gerechtes Hamburg: Mit modernem Strafvollzug heute Kriminalität morgen verhindern" und unseren weiteren justizpolitischen Anträgen – ich nenne auch ausdrücklich unseren Opferstiftungsantrag – weisen wir den Weg nach vorn.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich habe keinen schillerschen Satz gemeint.

Rolf-Dieter Klooß (fortfahrend): Ich fordere Sie auf: Folgen Sie uns. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Spethmann.

Viviane Spethmann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich habe eine etwas längere Redezeit als Herr Klooß und kann das hier noch ein bisschen wettmachen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, das ist zutreffend. Sie haben noch 43:20 Minuten.

Viviane Spethmann (fortfahrend): – Eben.

Herr Klooß, das hätten Sie sich auch sparen können. Das waren Textbausteine der vergangenen Jahre. Auf die hätten wir gerne verzichten können.

(Beifall bei der CDU)

Der vorgelegte Einzelplan der Justizbehörde zeichnet sich durch Beständigkeit aus. Die Veränderungen im Vergleich zum letzten Haushaltsplan sind marginal. Vielmehr geht es nun darum, die seit 2001 begonnenen Projekte und Schwerpunkte, aber auch den Konsolidierungskurs, fortzusetzen und Ruhe und Stabilität im Justizapparat zu halten.

C

D

- A Bei Gesprächen auf allen Ebenen der Justiz, mit dem Präsidenten, den Sozialarbeitern, den Therapeuten und den Vollzugsbeamten in den Haftanstalten wird die Politik dieses Senats und insbesondere dieses Senators sehr gelobt. Die Veränderungen seit 2001 waren gut und notwendig. So steht die CDU-Fraktion bedingungslos zu dem seit 2001 eingeschlagenen Kurswechsel im Strafvollzug.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Bedingungslos!)

– Ich weiß, das mögen Sie nicht hören. Aber wir halten die Erweiterung und Zusammenlegung der Haftanstalten für richtig.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

– Herr Dressel, Sie können gerne noch einmal reden, aber nicht heute. Sie haben keine Redezeit mehr. Da nützen auch die Zwischenrufe nichts.

Nun sind endlich klare, übersichtliche Strukturen geschaffen worden. Es gibt nun ausreichend Haftplätze. Wenn ich noch an das rotgrüne Überbelegungsdesaster zurückdenke, waren da viele Möglichkeiten nicht gegeben, die heute gegeben sind. Heute ist so viel Arbeit in den Haftanstalten vorhanden, wie vorher noch nie. 70 Prozent der Insassen haben heute Arbeit. Was Sie hier verlangen und reden, ist völliger Schwachsinn.

So mussten aber auch marode Anstalten, die Sie jahrelang ...

(Glocke)

- B **Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darf ich an ein hervorragendes Deutsch erinnern, das wir in diesem Hause sprechen wollen?

Viviane Spethmann (fortfahrend): – Ich bemühe mich, vielleicht auch schillersch zu reden.

So mussten marode Anstalten geschlossen werden. Ich denke da an Vierlande, wo Sie Baumaßnahmen aus den Siebzigerjahren so wenig unterhalten haben, dass sie bereits nach 20 Jahren wieder abgerissen werden mussten. Und wir mussten den offenen Vollzug auf ein vernünftiges Maß zurückfahren.

In welcher Welt leben Sie, dass Sie hier mit Ihren Anträgen den offenen Vollzug zum Regelvollzug zu machen? Mit was für Straftätern haben wir es denn heute zu tun?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Lesen Sie den Antrag doch einmal zu Ende, Frau Spethmann!)

Ein Großteil der alkohol- und drogenabhängigen Straftäter ist doch gar nicht in der Lage, außerhalb der Haftanstalt auf den ersten Blick straffrei zu leben. Wie wollen Sie einem Opfer einer erneuten Straftat erklären,

(Zuruf von Doris Mandel SPD)

dass dieser Straftäter im offenen Vollzug war und daraus eine Straftat begangen hat? Das ist das, was 2001 bei Ihnen passiert ist. Wir wollen so etwas nicht haben. Deswegen haben wir den geschlossenen Vollzug ausgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Vielmehr ist der offene Vollzug nur noch für ganz wenige Gefangene geeignet und dieses meist auch nur gegen Ende der Haftzeit. Was jetzt viel wichtiger ist: Es ist jetzt

eine Binnendifferenzierung zwischen den Gefangenen möglich. Es sind genügend Haftplätze vorhanden. Es können die rivalisierenden Gruppen auseinandergehalten werden. Früher ging es nur, dass einer in die Untersuchungshaftanstalt ging. Dies ist jetzt anders.

Aber auch die Strukturen sind anders. Die Drogenabhängigen im Vollzug können von den Dealern abgesondert werden. Ich erinnere mich noch, als ich 1996 das erste Mal in Santa Fu war: Es konnten alle Gefangenen über jedes Stockwerk laufen, sie konnten in jede Station gehen. Was war da bitte los?

Und dann: Der Drogenhandel und die Gewaltkriminalität. Das Allerschönste war, das muss man immer wieder erwähnen: In Fuhlsbüttel konnte jeder Gefangene frei telefonieren. Sie können sich vorstellen, was daraus gemacht worden ist. Es wurden schön die gesamten kriminellen Geschäfte von der Haftanstalt aus weiterbetrieben. Dieses haben wir beendet und dazu stehen wir auch.

(Michael Neumann SPD: Super!)

Und wenn die Grünen wieder mit solchen Anträgen kommen, dass das Telefonieren erweitert werden soll – gehen Sie einmal zu Opfern, gehen Sie einmal in die Öffentlichkeit und verkaufen Sie diesen Antrag, Herr Steffen. Das ist unglaublich, dass Sie in der heutigen Zeit, nach den Vorfällen solche Anträge wieder aus der Klamottenkiste herausholen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir Ihre Anträge annehmen würden, würden wir uns passiv an diesen gesamten Dingen beteiligen. Wir haben die Verantwortung, uns, Sie und die Häftlinge vor diesen Dingen zu schützen. Gott bewahre uns vor Ihrer Justizpolitik.

(Michael Neumann SPD: Gott bewahre! – Henning Finck CDU: Kennen Sie den, Herr Neumann?)

Die Sozialtherapie ist neu strukturiert und erweitert worden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben die faktisch abgeschafft!)

– Nein, es ist eine Sozialtherapie vorhanden und Sie werden sich wundern, wie viel jetzt schon und in den nächsten Jahren erfolgreich dort gearbeitet wird.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Erst einmal machen Sie aber alles kaputt!)

– Nein, es wird sogar alles erweitert und nicht kaputt gemacht.

Die von der Opposition vorgeschlagenen Anträge für den Strafvollzug sind ein Rückschritt in die rotgrüne Gutmenschenpolitik. Es ist eine Sozialromantik, die Sie hier vorantreiben und keine Realität der heutigen Straftäter. An deren Lebenssituation und dem, was die Straftäter brauchen, gehen Ihre Anträge völlig vorbei. Ihre Vorschläge nützen niemandem. Tun Sie sie wieder weg.

(Beifall bei der CDU)

Zumindest von der SPD hätten wir in den letzten Jahren einen Lernprozess erwartet. Aber das, was Sie hier vorschlagen, ist für uns nicht akzeptabel. Insbesondere Ihr werter Landesvorsitzender, der jetzt auch wohlweislich hinausgegangen ist – das kann ich mir gut vorstellen –

A erklärt glatt in der Öffentlichkeit, Internetdateien für Sexualstraftäter seien eine Lösungsmaßnahme. Ich glaube, Ihnen allen hat sich der Magen umgedreht. Halten Sie den lieber im Zaum und kommen hier nicht mit solchen Anträgen an.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Wer Kusch zum Senator macht und Schill-Koalitionen eingeht, braucht so etwas nicht zu sagen!)

Zu der Belegungssituation in den Haftanstalten: So niedrig war sie noch nie. Aber erst seit 2003 sind die Belegungszahlen gesunken. Rückläufig sind aber auch die strafgerichtlichen Verfahren und die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Was ist die Ursache, die gute Innenpolitik des Senats?

(*Ingo Egloff SPD*: Die Nachtigall, der Präsident!)

Die Kriminalität insbesondere im Betäubungsmittelbereich ist zurückgegangen. Dieses zeigt sich nun auch bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten. Die Eingangszahlen in diesem Bereich sind merklich gesunken. Die Haftanstalten sind nicht mehr überfüllt. Nun kann differenziert und auf die einzelnen Gefangenen eingegangen werden. Es kann auch die endlich gebotene Einzelfallunterbringung umgesetzt werden. Die haben Sie zu rotgrünen Zeiten noch nicht einmal ansatzweise umgesetzt.

(*Doris Mandel SPD*: Wie gut, dass Sie so schnell sprechen, dass man Sie nicht versteht!)

B Des Weiteren können endlich Baumaßnahmen stattfinden. In Fuhlsbüttel können endlich alte Bauteile umgebaut werden und die Untersuchungshaftanstalt wird umgebaut. Das sind alles Punkte, die Sie nicht geschafft haben und die wir nach über 40 Jahren SPD-Regierung durchführen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Die Lage bei den Gerichten und der Staatsanwaltschaft ist ruhig. Das ist anders als in den Vorjahren. Da klagten verschiedene Gerichtszweige über eine übermäßige Belastung.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Die Belastung ist aber gestiegen, Frau Spethmann!)

Die Eingangszahlen sind in den meisten Bereichen rückläufig, auch die Verfahrensdauern liegen meist unter dem Bundesdurchschnitt. Es gibt nur zwei Bereiche, das gestehe ich auch ein, in denen die Dinge etwas anders liegen. Das ist bei den Insolvenzen und den Sozialgerichten. Bei den Insolvenzen, das sind eidesstattliche Versicherungen und ähnliche Punkte, gibt es durchaus eine Steigerung. In allen anderen Bereichen sind die Eingangszahlen gesunken. Wo sollen wir da im Moment noch Personal aufbauen? Wir wollen keinen Aktionismus, wir wollen reelle Politik und die leisten wir.

Es gibt einen anderen Bereich: Da verlangt die GAL die Erweiterung elektronischer Datenverarbeitung. Herr Dr. Steffen, Hamburg ist im bundesweiten Vergleich Vorreiter, was die elektronische Datenverarbeitung in der Justiz angeht. Der Antrag ist wohl zehn Jahre alt, den können Sie auch wegpacken. Auch den brauchen wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

C Die CDU-Fraktion hat zum vorgelegten Einzelplan 2 lediglich einen Ergänzungsantrag. Wir wollen der Staatsanwaltschaft zwei weitere Wirtschaftsreferenten zur Verfügung stellen lassen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Nett, dass Sie unsere Forderungen aufgreifen!)

Diese sollen die Staatsanwaltschaft bei komplexen Wirtschaftsstrafverfahren – ich denke zum Beispiel an das Falk-Verfahren – unterstützen. Es geht darum, Bilanzen zu lesen und Ähnliches. Damit hat der normale Staatsanwalt vielleicht manche Schwierigkeiten. Das alles zeigt aber, dass wir hier mit Augenmaß herangehen und keine Effekthascherei betreiben wollen.

Wir können nur feststellen, dass die Anträge der Opposition keine klare Linie haben. Sie sind sich offensichtlich nicht über Ihren Kurs einig. Fragen Sie Ihren Landesvorsitzenden, der sagt ganz andere Dinge. Verschonen Sie Ihre Stadt mit Ihren chaotischen Vorstellungen und insbesondere der Sozialromantik der Siebzigerjahre. Die brauchen wir nicht mehr. Wir machen sachliche, vernünftige Justizpolitik. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Dass ich mir jetzt ein Gläschen Wasser eingeschonkt habe, hat weniger damit zu tun, dass ich die etwas mehr als 20 Minuten Redezeit jetzt am Stück ausschöpfen möchte – das mache ich in Etappe –, sondern, dass meine Stimme etwas angegriffen ist.

Frau Spethmann, ehrlich gesagt, wir haben eben, als wir Sie reden gehört haben, schon gedacht, dass das schon der Tonfall ist, wie ihn die SPD nach 44 Jahren draufhatte: Wir haben alles im Griff, wir machen alles so weiter und es gibt überhaupt gar kein Problem. Was wollen Sie überhaupt?

(*Viviane Spethmann CDU*: Waren Sie mitbeteiligt?)

– So reden Sie hier, Frau Spethmann.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Bei Ihnen kommen auch die Textbausteine zum Vorschein, die Sie eben Herrn Klooß vorgeworfen haben. Sie reden immer wieder von dem Missbrauch von Haftlockerung. Aber Sie sind doch durch Ihre eigene Anfrage, die Sie vor wenigen Wochen gestellt haben, widerlegt worden. An der Quote des Missbrauchs von Haftlockerung hat sich überhaupt nichts geändert. Sie sagen immer, es würde damit restriktiver umgegangen und sie würde nur noch denjenigen gewährt, denen man das auch wirklich gewähren kann. Aber es ändert sich überhaupt nichts. Es war vorher im ganz niedrigen einstelligen Prozentbereich und es ist nach wie vor so. Die Veränderung ist überhaupt nicht nachweisbar. Deswegen sollten Sie das ganze Thema Missbrauch von Haftlockerung getrost vergessen. Sie haben sich ja durch Ihre Anfrage selber schlaue gemacht und sollten eigentlich die Erkenntnisse, die Ihr eigener Senat Ihnen liefert, auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

- A Schaut man sich den Einzelplan 2 an, muss man feststellen, dass es tatsächlich wenig Veränderungen gibt. Ich kam in die Situation, im Rahmen der Haushaltsberatungen anhand meines alten Einzelplanes festzustellen, dass der neue Einzelplan genau die gleichen kuriosen Fragen aufwirft. Es gibt auch genau die gleichen kuriosen Antworten. Nicht einmal die größten Widersprüchlichkeiten sind geändert worden.

Wenn man sich wirklich nur an den Veränderungen orientieren würde, müsste man sich kurz über Ihren Antrag unterhalten, den Sie in die Plenarberatungen eingebracht haben. Da muss ich Ihnen sagen, dass dieser Antrag bei uns fraktionsintern sofort durchfallen würde. Man muss schon konkret sagen, wo man das Geld hernehmen will, was man an anderer Stelle oben draufsatteln möchte. Natürlich ist das ein wünschenswertes Anliegen, dass die Verfolgung von Wirtschaftsstraftaten in Hamburg verstärkt wird, aber man muss dann auch sagen, wo man das Geld wegnehmen will. Das ist eben das Problem im Justizhaushalt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Haushaltsberatungen haben aber nicht nur die Funktion, die Veränderungen zu diskutieren, die der Senat vorgenommen hat, sondern sie müssen sich auch mit den politischen Notwendigkeiten auseinandersetzen. Bei Licht betrachtet ist genau das das Problem, dass sich im Justizhaushalt und in der Justizpolitik nichts ändert und dass dieser Senator nichts anpackt. Sein Motto scheint zu sein: Der macht nichts, der will nur spielen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

- B Das besondere Problem an diesem Senator ist, dass er im Gegensatz zu kläffenden Kötern so ist, dass er wirklich nichts macht und tatsächlich nur ein bisschen herumtändelt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Darauf ist er auch noch stolz!)

– Darauf ist er auch noch stolz, dass er so ein bisschen herumtändelt.

Die größte Öffentlichkeitsarbeit genießt ja nicht die Arbeit in der eigenen Behörde, sondern die Bundesratsinitiativen, die dann immer abgefeiert werden – jede Bundesratsinitiative dreimal –, wenn man sie sich ausgedacht hat, wenn man sie eingebracht hat, wenn sogar einmal darüber geredet worden ist – darüber gibt es dann eine besondere Pressemitteilung –, wenn dann noch einmal darüber geredet worden ist und dann, wenn sie in die Arbeitsgruppe gegangen ist. Da gibt es fünf Pressemitteilungen zur gleichen Bundesratsinitiative.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Neid, nur Neid! – Dr. Andreas Dressel SPD: Die lauten immer gleich!)

– Diese sind immer genau gleich, es sind immer die gleichen Argumente.

Dieser besondere Schwerpunkt auf den Bundesratsinitiativen erinnert sehr an den späten Kusch. Der durfte ja auch irgendwann nichts anderes mehr machen, als die Fraktion ihn an die Kette gelegt hatte. Dann hat er sich auf die Bundesratsinitiativen verlegt. Da waren Sie ganz schön schnell, Herr Lüdemann.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Kürzlich hat Herr Lüdemann sich auch ein bisschen gelangweilt. Er wird ja oftmals zu Interviews eingeladen und da muss man immer etwas sagen. Er war bei Hamburg 1 und sollte zu einem Thema etwas sagen. Es ging um sexuellen Missbrauch von Kindern. Da hat er ganz locker, flockig, weil ihm wohl ein bisschen langweilig war, ein bisschen Richterschelte betrieben und hat gesagt, er hätte sich zwar mit den Entscheidungen im Einzelnen nicht auseinandergesetzt, aber irgendwie kämen sie ihm zu lasch vor.

Nun ist der Justizsenator hier im Raume so ziemlich der Einzige, der auch die Gelegenheit hat, sich mit diesen ganzen Strafverfahren im Einzelnen auseinanderzusetzen. Er hätte die Möglichkeit, sich von der Staatsanwaltschaft berichten zu lassen. Das könnte er machen. Er könnte sich im Einzelnen mit solchen Verfahren auseinandersetzen. Es kommt durchaus vor, dass Senatoren oder Minister das machen – sich berichten lassen. Dann hätte er auch die Gelegenheit, das qualifiziert zu kommentieren. Aber dieser Senator zieht es vor, einmal so allgemein aus seiner Bauchlage heraus den Richtern zu sagen, das wäre irgendwie zu lasch. Da kann man nur sagen: Diese Arbeit ist zu lasch und so geht es nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Man kann darüber streiten und man kann unterschiedliche Meinungen darüber haben, ob es richtig ist, dass Justizsenatoren und Justizminister in Deutschland von ihrer europaweit einmaligen Möglichkeit Gebrauch machen, die Staatsanwaltschaft zum Beispiel anzuweisen, Rechtsmittel einzulegen.

(Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Derartige Sachen sind in anderen Ländern nicht möglich. Dort ist die Staatsanwaltschaft unabhängig. In Deutschland gibt es die Möglichkeit, dass ein Justizsenator Anweisungen erteilt.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Was soll er denn nun machen?)

– Meine politische Auffassung ist, dass ein Justizsenator sich aus diesen Fragen heraushalten sollte.

Aber dann soll er es auch tun. Dann soll er entweder konkret von seinen Möglichkeiten Gebrauch machen oder zu diesen Fragen den Mund halten aber nicht so allgemein daherreden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist besonders ärgerlich,

(Zuruf von Senator Carsten-Ludwig Lüdemann)

weil Sie durch solch unqualifiziertes Dahergerede genau das gefährden, Herr Lüdemann, was man Ihnen in der Justiz allgemein zugute hält.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Was haben Sie eigentlich für ein Problem? An wem wollen Sie sich abarbeiten?)

Sie gefährden genau das, was man Ihnen in der Justiz zugute hält, nämlich dass Sie eine angenehme Gesprächsatmosphäre geschaffen hätten. Das ist sicherlich eine Verbesserung, wenn auch keine Leistung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C

D

- A Aber ich glaube, Sie sollten diese Anerkennung, die Sie durch diesen angenehmen Umgangsstil gefunden haben, nicht dadurch aufs Spiel setzen, dass Sie so vorgehen und sich so über die Rechtsprechung äußern.

Wir sehen, dass der Senator in Bereichen, in denen er eigentlich gar keine eigenen Aufgaben hat, umhertändelt. Aber in den Bereichen, in denen Handlungsbedarf ist, er selber zuständig ist, nur er handeln kann und handeln muss, herrscht regelmäßig Fehlanzeige. Wenn wir das bilanzieren, was dieser Senator in den Bereichen, in denen wirklich Handlungsbedarf besteht, getan hat, muss man sagen: Dieser Senator übt sich in Arbeitsverweigerung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Besonders bezeichnend war dabei, dass der Senator es sogar vorzog, in den Urlaub zu fahren, statt die Haushaltsberatungen über seinen eigenen Einzelplan durchzuführen. Das ist besonders bezeichnend für die Haltung, die der Senator an den Tag legt.

Ich will drei konkrete Punkte nennen.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Jetzt wird es aber Zeit!)

Erster Themenbereich: Jugendvollzug. Das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Mai 2006 ein sehr wichtiges Urteil gefällt. Es hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob es zulässig ist, dass – was seit Jahrzehnten der Fall ist – wir keine gesetzliche Grundlage für die Freiheitseinschränkung im Jugendvollzug oder Jugendstrafvollzug – die Begrifflichkeit ist etwas unterschiedlich – haben. Das Bundesverfassungsgericht hat sich sehr eingehend mit der Realität im Vollzug und mit den rechtlichen Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, auseinandergesetzt. Es hat zwei wichtige Forderungen gestellt.

B

Es hat erstens gesagt: Die Länder müssen bis spätestens Ende 2007 ein Gesetz für den Jugendstrafvollzug schaffen. Zweitens hat es gesagt: Bis dahin – bis dahin darf man eben nicht die Hände in den Schoß legen – dürfen die Länder nur noch diejenigen Einschränkungen im Jugendvollzug vornehmen, die unbedingt erforderlich sind, um einen ordnungsgemäßen Betrieb dieser Haftanstalten zu gewährleisten.

Das hat das Bundesverfassungsgericht nicht ohne Grund gesagt. Diese Forderung ist natürlich sofort umzusetzen. Deswegen will ich sie mir als Erstes ansehen. Das Bundesverfassungsgericht hat nicht ohne Grund aufgeschrieben, dass hier auch schon vor Ende 2007 Handlungspflichten bestehen, weil es nämlich bei der Betrachtung der Realität im Jugendvollzug gesehen hat, dass es eine ganze Reihe von Einschränkungen gibt, die über das zwingend notwendige Maß hinausgehen. Diese Einschränkungen sind deswegen auch bis zum Erlass eines solchen Gesetzes überhaupt nicht zulässig.

Wenn man ein solches Urteil ins Stammbuch geschrieben bekommt, dann muss man doch eigentlich sagen: Mensch, wir müssen sofort alles überprüfen. Wir müssen sofort überprüfen, wo etwaige Grundrechtseinschränkungen sind, die nicht unbedingt notwendig sind. – Und was macht dieser Senat? Der hat seit dieser Entscheidung an keinem der Punkte, die das Bundesverfassungsgericht als so wichtig gekennzeichnet hat, im Jugendvollzug in

Hamburg Veränderungen vorgenommen. Dieses Urteil wird in diesem Punkt komplett ignoriert.

C

Dann der zweite Punkt. Man hat ein bisschen länger Zeit, ein Gesetz auf den Tisch zu legen, aber es muss ja schon bis 31. Dezember 2007 in Kraft getreten sein. Deswegen verwundert es schon, dass Hamburg sich damit zufrieden gibt, das vorletzte Bundesland zu sein, was noch gar keinen Entwurf auf den Tisch gelegt hat. In fast allen anderen Bundesländern – in 14 Bundesländern – ist die Diskussion schon in vollem Gange, wo über Referentenentwürfe eifrig diskutiert, die Diskussion mit den Fachverbänden geführt wird und konkurrierende Entwürfe auf dem Tisch liegen – in 14 von 16 Bundesländern. Nur Hamburg meint, wir hätten doch Zeit. Es reicht doch, wenn wir zum 30. November 2007 einen Entwurf auf den Tisch legen. So lange sollten Sie sich in der Tat nicht Zeit lassen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wenn man es schon doof findet, dass das Bundesverfassungsgericht auch einmal konkrete Forderungen aufschreibt, dann sollte man sich wenigstens von dem Vorfall beeindrucken lassen, den wir vor einigen Wochen zur Kenntnis nehmen mussten, dass ein Jugendlicher in einer Jugendhaftanstalt in Siegburg ...

(*Viviane Spethmann CDU*: In einer überbelegten Anstalt!)

– in einer Jugendhaftanstalt – ich glaube man übertreibt nicht, wenn man sagt – zu Tode gefoltert wurde.

(*Viviane Spethmann CDU*: Die haben Überbelegung! Wir haben Unterbelegung!)

D

Wir haben eine Situation, in der alle gesagt haben: Dieser Situation wird man nur Herr werden und nur wirksam entgegenreten können, wenn wir mehr Personal im Jugendvollzug zur Verfügung stellen, weil wir es nur so schaffen können, diese gefährlichen Subkulturen aufzubrechen, die es im Jugendvollzug gibt.

(*Viviane Spethmann CDU*: Da ist doch kein Vergleich möglich! Das ist Unsinn, was Sie da machen!)

Und was macht dieser Senat? Er kürzt das Personal im Jugendvollzug. Seit 2004 ist 6 Prozent des Personals bei gleichbleibender Belegung im Jugendvollzug abgezogen worden. Die Belegungszahlen im Jugendvollzug bleiben in etwa gleich und das Personal wird um 6 Prozent gekürzt. Das finde ich unverantwortlich.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir brauchen stattdessen eine Aufstockung des Personals im Jugendvollzug und das gilt auch vor dem Hintergrund, dass der Hamburger Jugendvollzug in einer Reihe von Punkten sicherlich besser dasteht als andere Haftanstalten. Zu nennen ist etwa der Vollzug in Wohngruppen, der in Hamburg sehr stark ausgeprägt ist. Aber wir brauchen mehr Personal, wenn wir verhindern wollen, dass es zu solchen überraschenden Taten kommt, und wenn wir es schaffen wollen, dass die Bediensteten im Jugendvollzug wirklich mit den Insassen arbeiten.

(*Viviane Spethmann CDU*: Das ist Panikmache, was Sie da machen!)

Zweiter Problempunkt: Überkapazitäten im Strafvollzug. Frau Spethmann, Sie haben das so harmlos dargestellt

- A und haben gesagt: Jetzt haben wir endlich einmal keine Doppelbelegung und so weiter. Das ist aber eine schöne Untertreibung für den Zustand, dass wir gegenwärtig über 640 freie Haftplätze haben. Über 20 Prozent der Haftplätze in Hamburg sind frei. In keinem Bereich, über den wir hier in den nächsten drei Tagen diskutieren werden, gibt es eine Situation, in der 20 Prozent der Kapazitäten frei sind. Das sollte einen Senator wirklich zum Handeln veranlassen. Aber was sehen wir hier?

Der Senator kündigt vage an, man wolle einmal prüfen, ob vielleicht andere Bundesländer diese Haftplätze mieten wollen. Diese Idee ist schon mehrfach geprüft worden. Sie ist auch unrealistisch, weil die anderen Bundesländer natürlich nicht bereit wären, die Preise zu zahlen, für die es sich für Hamburg lohnen würde, diese Plätze vorzuhalten. Da werden andere Bundesländer eher an ihrer Überbelegung festhalten, als Hamburg genau die Kosten zu ersetzen, die durch den Betrieb dieser Anstalten entstehen.

Aber man muss es auch ganz deutlich sagen. Diese Situation ist das Verschulden der CDU-geführten Senate, nicht nur des jetzt ausgeschiedenen Senators, sondern auch das des Bürgermeisters und eines Finanzsenators, der eine derart fahrlässige Investitionsentscheidung wie den Bau von Billwerder II hat durchgehen lassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Hier wurden damals 30 Millionen regelrecht in den Sand gesetzt. Diese Entscheidung war schon damals auf eine absolut irrsinnige Prognose gestützt. Ich habe mir in den letzten Tagen gerade noch einmal die Drucksache zu Gemüte geführt.

- B Frau Spethmann, in der Drucksache steht sogar, dass die Gefangenenzahlen steigen werden, weil die Strafverfolgung intensiviert werden wird. Und Sie sagen jetzt das Gegenteil. Sie sollten sich einmal an die eigene Nase fassen, warum Sie damals diese Prognose nicht infrage gestellt haben. Tatsächlich ist es doch so – das sagen nun wirklich alle Menschen, die sich intensiver damit beschäftigen –, dass die Gefangenenzahlen weniger von solchen kurzfristigen Faktoren wie einer Intensivierung der Strafverfolgung oder etwa Veränderungen der Rechtsprechung beeinflusst werden, sondern dass die demografischen Faktoren entscheidend sind. Es ist nun einmal so – darüber kann man sich auch freuen –, dass ältere Menschen im Durchschnitt weniger delinquent sind als jüngere Menschen. Wenn die Gesellschaft altert, dann haben wir weniger Straftäter in den Haftanstalten sitzen. Das ist schön, dass es so ist, aber das ist keine neue Erkenntnis, sondern eine absehbare Erkenntnis.

Damals sind 384 zusätzliche Haftplätze geschaffen worden. Dass wir heute aufgrund der kontinuierlich sinkenden Gefangenenzahlen nicht noch einen viel größeren Leerstand haben, liegt nur daran, dass zwischenzeitlich drei Haftanstalten mit insgesamt 315 Haftplätzen geschlossen wurden, mit denen seinerzeit noch geplant worden ist. Diese Entscheidung hätte niemals durch einen Senat und durch eine Bürgerschaft gehen dürfen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man muss der Wahrheit jetzt ins Gesicht sehen. Wir müssen diese Überkapazitäten, die entstanden sind, abbauen. Wir schlagen vor, Teile von Haftanstalten zu schließen. Billiger wäre es gewesen, sie nicht zu bauen, aber wir meinen, es sollten jetzt Teile von Haftanstalten

geschlossen werden. Das Personal, das dort frei wird, sollte dann im Jugendvollzug eingesetzt werden, wo wir es dringend brauchen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Jetzt kommt der dritte Punkt, wo dringender Handlungsbedarf ist. Beide Vorredner haben das Thema angesprochen. Das sind die überlangen Verfahrenszeiten. Wir haben an den Sozialgerichten schon länger lange Verfahrenszeiten. Wir haben zum Beispiel in der Verwaltungsgerichtsbarkeit deutlich steigende Verfahrenszeiten – in erster Instanz 15 Monate, in zweiter Instanz 15 Monate. Wer also zum Beispiel eine Baugenehmigung oder eine Gewerbeerlaubnis – alle möglichen Dinge, die auch Grundlagen für wirtschaftliche Aktivität sind – erstreiten will und vielleicht auch durch zwei Instanzen muss, darf 30 Monate warten. Auch das ist verheerend.

Ich würde das gar nicht relativieren wollen, was Herr Kloß zu der Situation von Rechtssuchenden bei Sozialgerichten gesagt hat. Das ist mindestens so verheerend. Ich will es überhaupt nicht in Relation zueinander stellen, ich will nur deutlich machen, dass wir eine Situation haben, in der die Verfahrenszeiten steigen, obwohl die Eingangszahlen bei den Verwaltungsgerichten zurückgehen. Das sollte doch zu denken geben. Warum ist das so, dass die Verfahrenszeiten so deutlich steigen? Da ist dann auch die Frage: Was tut eigentlich ein Justizsenator in dieser Frage?

Wir können an dieser Stelle keine einzige Initiative sehen, die darauf gerichtet ist, die Verfahrenszeiten zu verkürzen. Es ist mitnichten so, dass man immer gleich zu mehr Personal greifen muss. Das ist gar nicht unbedingt notwendig. Sondern der rotgrüne Senat hat es seinerzeit vorgemacht und den Grundstein für eine grundlegende Modernisierung der Justiz gelegt, die auch sehr wirksam war, die natürlich – das ist absolut anzuerkennen – kontinuierlich fortgesetzt wird.

Aber wir brauchen auch weitere Initiativen. Es gibt eine Initiative, die sich in anderen Bundesländern sehr bewährt hat, und das ist die Einführung der gerichtlichen Mediation. Es ist kein neues Thema, aber ich muss es wiederholen, weil der Senator sich an dieser Stelle so dickfällig zeigt und auf ausdrückliche Nachfrage in den Haushaltsberatungen deutlich gemacht hat, dass es weiterhin keinerlei Initiative seitens der Justizbehörde geben wird, die gerichtliche Mediation an Hamburger Gerichten zu verstärken und auch regelhaft einzuführen.

Wir haben in anderen Bundesländern Modellversuche, die zeigen, dass die Entlastung bei bis zu 35 Prozent liegt, weil Richter in den Verfahren der gerichtlichen Mediation deutlich mehr Fälle erledigt bekommen, als in der streitigen Entscheidung. Selbst wenn sich die Zahlen im Durchschnitt niedriger darstellen sollten und wir am Ende vielleicht bei einer Entlastung von 20 Prozent landen, dann lohnt sich das sofort. Jeder Richter, den man für die gerichtliche Mediation ausbildet und dann dort einsetzt, lohnt sich unmittelbar für sämtliche Rechtsuchenden, weil eine Entlastung auch der streitigen Verfahren eintritt und wir eine Verkürzung der Verfahrenszeit bekommen können.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Diese dringende Maßnahme müsste umgehend angegangen werden; der Senat zeigt sich hier dickfellig. Wir haben die Situation, dass mittlerweile sogar die Richter

C

D

- A an den Verwaltungs- und den Arbeitsgerichten zur Selbsthilfe greifen und auf eigene Initiative hin die gerichtliche Mediation eingeführt haben. Sie haben aus eigener Tasche 1000 Euro für die Fortbildung bezahlt und müssen selbst gestrickt auch die Werbung machen, damit die Rechtssuchenden überhaupt wissen, dass es so ein Angebot der Mediation gibt und was es damit auf sich hat.

Hier wäre es dringend erforderlich, dass der Senat das in die Hand nimmt, dass das regelhaft an den Gerichten eingeführt wird, dass Werbung gemacht wird, dass das genutzt wird und es auch als etwas Positives bei den Leuten wahrgenommen wird, die natürlich erst einmal mit gewissem Ärger zum Gericht laufen, dass sie dies als eine positive Alternative zur streitigen Entscheidung erleben. Die Mediation muss dringend nicht nur an den Fachgerichten eingeführt werden, sondern endlich auch in der Zivilgerichtsbarkeit.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr Lüdemann, insgesamt besteht Fehlanzeige in vielen Bereichen, wo dringender Handlungsbedarf erforderlich ist. Ich kann Sie nur auffordern, Ihre phlegmatische Amtsführung aufzugeben, es wird Zeit.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Lüdemann.

Senator Carsten-Ludwig Lüdemann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Steffen, dafür, dass Sie eine angeschlagene Stimme haben, haben Sie ziemlich viel geredet.

B

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Ganz wenig gesagt!)

Nur, bei dem vielen Reden haben Sie relativ wenig gesagt. Das hätte man auch mit weniger Worten sagen können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Während der Haushaltsberatungen der Bürgerschaft spielen die Zahlen über die Entwicklung der Einzelpläne naturgemäß eine wesentliche Rolle. Deshalb möchte ich auch die Eckdaten kurz nennen. Wir haben zwar einen kleinen Haushalt mit nur vier Prozent, aber einen feinen. Die veranschlagten Einnahmen von rund 155 Millionen Euro im Jahr 2008 steigen aufgrund einmaliger Erlöse auf 158 Millionen Euro.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Langweilen Sie mich jetzt nicht mit Zahlen!)

Eigentlich, Herr Dr. Dressel, haben Sie recht. Ich habe gedacht, ich nerve Sie erst einmal ein bisschen mit Zahlen; also kommen wir gleich zum Wesentlichen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das ist immer eine gute Entscheidung! – Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich überblättere ein paar weitere Seiten.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Senator, darf ich Sie kurz unterbrechen? Ich wollte dem Abgeordneten Hesse noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass das auch für Gespräche mit Staatsräten gilt.

Fahren Sie bitte fort.

C

Senator Carsten-Ludwig Lüdemann (fortfahrend): Danke, Herr Präsident.

Herr Dr. Steffen, ich finde Ihre Reaktion nicht ganz fair. Wir haben im Rechtsausschuss vier Stunden beraten und in der Tat war ich bei einer Sitzung des Haushaltsausschusses nicht da. Ich habe es schon einmal erklärt. Ich muss meinen Urlaub sehr langfristig planen und hatte die eine Woche geplant. Wenn dann der Haushaltsausschuss den Termin sehr kurzfristig eine Woche nach hinten verlegt, nämlich genau in meinen Urlaub hinein, und ich Ihnen vorher noch sage, dass ich verreist bin

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Entschuldigung, dass wir Sie nicht gefragt haben!)

und Sie die Umstände kennen, dann ist es nicht ganz fair, mir hier vorzuhalten, ich hätte keine Arbeitsmoral; das ist kein fairer Umgang.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sich beklagt und gesagt, es wären zu wenig Akzente im Justizhaushalt, was die anstehenden Aufgaben angehe. Dazu muss man sagen, dass 60 Prozent der veranschlagten Ausgaben zur Finanzierung der Gerichte aufgewandt werden und in dem Bereich wollen Sie ja nicht unbedingt viel ändern. Unter Einbeziehung der Staatsanwaltschaften sind sogar zwei Drittel der Mittel fest verplant.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Mal die Verfahren beschleunigen! Wie wär's damit?)

Wie Sie wissen, ist die dritte Staatsgewalt bekanntermaßen nur Recht und Gesetz unterworfen – dazu sage ich gleich noch etwas – und auch die Gesetzgebungskompetenz ist nach der Föderalismusreform nicht auf die Länder übergegangen, sie bleibt weiter beim Bund. Wir arbeiten sehr intensiv mit den Kollegen Justizministern an einer Justizreform, aber dazu brauchen wir immer einen Kompromiss und die Beteiligung der anderen Bundesländer und des Bundestages.

D

Wo wir Gestaltungsspielräume haben, haben wir in den letzten Jahren massiv gearbeitet. So hat Hamburg im Jahr 2005 mit rund 500 000 Straftaten den bisher niedrigsten Stand der Kriminalitätsbelastung seit 1984 erreicht.

(*Viviane Spethmann CDU:* Hört, hört!)

Zugleich ist die Zahl der Anklagen durch die Staatsanwaltschaft und die Zahl der Verurteilungen durch die Gerichte angestiegen. Während es im Jahr 2000 rund 20 000 Verurteilungen gab, ist die Zahl im Jahre 2005 auf rund 25 000 Verurteilungen angestiegen und das bei gleichzeitig rückläufiger Kriminalität. Im Übrigen – wir haben es vorhin bei der Generaldebatte auch schon gehört – führt das dazu, dass das Thema Innere Sicherheit in Hamburg Gott sei Dank nicht mehr das Thema ist, über das wir uns ständig unterhalten müssen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Da braucht man ja nur jeden Tag die Zeitung aufzuschlagen!)

Ich bin sehr froh, Herr Kloof, dass Sie darauf eingegangen sind und gesagt haben, wir hätten unsere Versprechungen nicht gehalten. Die steigenden Zahlen – das haben Sie in der Anfrage auch gefragt – bei der ordentli-

- A chen Gerichtsbarkeit gehen nicht einher mit steigenden Richterzahlen und Ausstattungen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nee, die sind abgebaut worden!)

– Lassen Sie sich das einmal erklären, Herr Dr. Dressel; ganz ruhig, nicht scharren.

2001 hatten wir 960 000 Verfahren bei den ordentlichen Gerichten und 2005 1,1 Millionen. Das ist zunächst ein Anstieg und Sie haben richtig festgestellt, dass in der gleichen Zeit 62 Stellen gestrichen worden sind.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie wollten noch 10 Prozent mehr, da waren Sie noch Abgeordneter!)

– Herr Dr. Dressel, hören Sie es erst einmal zu, dann können Sie gleich etwas dazu sagen.

(Bernd Reinert CDU: Die haben keine Redezeit mehr!)

– Die haben keine Redezeit mehr, das ist natürlich schwierig.

Sie müssen sich aber den Anstieg der Zahlen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit einmal genauer angucken. Allein beim elektronischen Mahnverfahren ist ein Anstieg von 530 000 auf 750 000 Verfahren zu verzeichnen. Nur sind das Verfahren, die die Mitarbeiter nicht belasten, weil das vollautomatisch bis hin zur Poststraße geht. Diese Verfahren müssen Sie herausrechnen und dann erklärt sich auch der Anstieg, weil wir mittlerweile das gesamte elektronische Mahnverfahren für Mecklenburg-Vorpommern mitmachen. Wir haben nämlich mittlerweile ein gemeinsames Mahngericht mit Mecklenburg-Vorpommern.

B

(Dr. Till Steffen GAL: Echt, das ist ja ganz neu, Herr Lüdemann!)

– Ja, Herr Steffen, man merkt, dass Sie das nicht wussten.

Wenn Sie den Anstieg von 200 000 Verfahren im Mahnverfahren einmal herausrechnen, dann sind die verbleibenden Zahlen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sehr zurückgegangen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das sehen die Kollegen, glaube ich, anders!)

Von den 62 Stellen, die wir gestrichen haben, sind allein 42 Stellen aufgrund der Arbeitszeitverlängerung gestrichen worden. Das ist also kein Verlust von Kapazität, weil das durch die Arbeitszeitverlängerung ausgeglichen ist. Es bleiben 20 Stellen und davon sind in der Tat acht Richterstellen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit bei rückgängigen Eingangszahlen gestrichen worden.

Wir können aber gerne mal das Fass aufmachen und uns nicht die fünf Jahre des CDU-Senats anschauen, sondern die fünf Jahre des rotgrünen Senats.

(Dr. Till Steffen GAL: Nicht die Statistik fälschen!)

Ich nehme einmal die fünf Jahre davor, also SPD und vier Jahre Rotgrün dabei. In der Zeit haben Sie 267 Stellen bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit gestrichen. Ich will gar nicht auf die Zahlen eingehen, Sie sehen ohnehin, dass Sie da erheblich schlechter dastehen als die CDU.

(Beifall bei der CDU)

Sehr ähnlich stellt sich das bei der Staatsanwaltschaft dar, wo wir eindeutig mehr Beschäftigte haben. Sie sagen, das stimme alles nicht und nehmen nur die Zahlen der Bekannntsachen und der Ordnungswidrigkeiten. Wenn Sie aber die Unbekannntsachen – diese Verfahren müssen genauso bearbeitet werden – mit hinzurechnen und dann die Gesamtzahl sehen, dann haben wir die gleichen Zahlen wie 2001, aber tatsächlich mehr Bedienstete bei der Staatsanwaltschaft.

C

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sind alles Ihre Zahlen, die wir zitiert haben!)

– Sie haben doch die Bekannt- und die Ordnungswidrigkeiten abgefragt.

Wenn Sie die Bekannntsachen, Ordnungswidrigkeiten und Unbekannntsachen nehmen, dann haben wir gegenüber dem Stand von 2001 tatsächlich mehr Beschäftigte bei der Staatsanwaltschaft; also schauen Sie sich die Zahlen ein bisschen genauer an.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo sind denn Ihre 15 Staatsanwälte?)

Und dann schauen Sie sich einmal die Personalsituation an; Frau Spethmann hat es schon gesagt. Fragen Sie einmal die Präsidenten, die haben nämlich Verlässlichkeit, weil sie jede Stelle sofort neu besetzen können. Damit können die Präsidenten sehr gut arbeiten und sie sind mit der Politik des CDU-Senats sehr, sehr zufrieden – Gott sei Dank.

(Beifall bei der CDU)

Im Bereich des Strafvollzugs können wir noch gestalten und in der Tat ist die Kompetenz nach der Föderalismusreform für den Strafvollzug auf die Länder übergegangen; dafür haben wir uns immer eingesetzt. Wir haben immer gesagt, wer vor Ort für den Strafvollzug verantwortlich ist, der soll ihn auch gestalten können, denn wenn in Hamburg im Strafvollzug irgendetwas passiert, dann wird niemand verlangen, dass Frau Zypries geht, sondern es wird verlangt, dass in Hamburg der Senator geht und deswegen sollten wir auch die Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort haben.

D

Es gibt eine Arbeitsgruppe, an der sich zehn Länder beteiligt haben. Sie verlangen von uns wiederum, in diese Arbeitsgruppe hineinzugehen und dort einen gemeinsamen Entwurf zu erarbeiten. Das ist nun einmal nicht Sinn der Sache. Sinn des Föderalismus ist es gerade, dass jedes Land seine eigene Regelung machen kann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Haben Sie den Antrag nicht gelesen?)

Wenn wir versuchen, mit zehn anderen Ländern einen Kompromiss hinzukriegen, dann können wir unsere Vorstellungen wieder nicht durchsetzen, sondern es ist ein Kompromiss und Kompromiss ist immer noch die zweite Wahl. Damit brauchen wir gar nicht anzufangen und wenn wir erst in die Arbeitsgruppe gehen, Herr Dr. Steffen, dann wird sich das Gesetzgebungsverfahren noch viel mehr verlängern.

Die Opposition will dabei bleiben, dass der Regelvollzug der offene Vollzug sein soll. Wie Sie wissen, wollen wir genau das ändern. Wir wollen, dass der Regelvollzug der geschlossene Vollzug ist. Das ist auch sinnvoll und in der Tat sieht es meistens auch so aus.

(Beifall bei Lars Dietrich CDU)

- A Wer endlich in der Haft ankommt, nachdem die Richter schon Bewährungsstrafen verhängt haben, Geldstrafen verhängt haben, der soll nicht noch einmal den Bonus bekommen, in den offenen Vollzug zu gehen und erst dann, wenn etwas schief geht, in den geschlossenen Vollzug, sondern die Regel muss genau andersherum sein. Die Leute kommen in Haft und müssen sich dort bewähren und wer sich bewährt hat, wer gut mitarbeitet, den schicken wir nach draußen, wenn wir es verantworten können. Das ist das Verhältnis von Regel und Ausnahme.

(Beifall bei der CDU)

Zu SPD-Zeiten hatten wir im offenen Vollzug in der Anstalt JVA Glasmoor im Jahr 1994 in einem einzigen Jahr 200 Entweichungen. Da bekommt dann der Begriff offener Vollzug eine ganz andere Bedeutung, da geht nämlich jeder wie er Lust hat.

Auch beim Thema Resozialisierung sind wir nicht weit voneinander entfernt. Sie versuchen, aus politischen Gründen immer zu sagen, Hamburg mache einen reinen Verwahrvollzug, wir machten mit den Leuten überhaupt nichts, wir würden sie wegschließen. Das stimmt schlichtweg nicht. Im Hamburger Strafvollzug wird sehr intensiv mit den Gefangenen gearbeitet und das ist auch gut so. Allein im Haushalt 2005/2006 haben wir 5,3 Millionen Euro für Resozialisierungsmaßnahmen ausgegeben und konnten so 1065 Insassen in den Anstalten therapieren. Was Sie unter Resozialisierung verstehen, möglichst früh möglichst viele Leute herauszulassen, dient den Insassen überhaupt nicht und hat mit Resozialisierung überhaupt nichts zu tun.

- B (Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD*: Das ist ja merkwürdig, die Wissenschaftler sehen das anders!)

Und dann reden Sie von Resozialisierung und sozialer Integration, die so wahnsinnig wichtig sei. Herr Neumann, der Fraktionsvorsitzende, stellt sich bei einer Veranstaltung des Bundes der Strafvollzugsbediensteten hin und sagt, wir brauchen Resozialisierung, wir müssen mit den Leuten arbeiten, wir brauchen soziale Integration. Gleichzeitig – Thema soziale Integration – macht Herr Petersen seine Kampagne in der "Bild"-Zeitung und sagt, wir wollen die Leute an den Internetpranger stellen. Also wie denn nun? Auf der einen Seite Herr Neumann mit Resozialisierung, auf der anderen Seite Herr Petersen mit Internetpranger.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und was ist Ihr Beitrag zum Opferschutz, Herr Senator?)

Das führt genau zu dem, was Sie gerade gesagt haben, was mir vorgeworfen wird, Herr Petersen, zu meiner Äußerung in Hamburg 1. Ich habe bei Hamburg 1 gesagt, wenn ich eine Verurteilung höre – da ging es um den sexuellen Missbrauch von Kindern –, ohne den Einzelfall zu kennen, habe ich persönlich oft selbst die emotionale Empfindung zu sagen, die Strafe ist zu niedrig, ich würde mir wünschen, dass die Freiheitsstrafe höher ausfallen würde. Ich habe es sehr abstrakt und deutlich gesagt. Das ist etwas anderes als das, was Herr Petersen heute gemacht hat, ein konkretes Urteil anzusprechen, das letzte Woche gesprochen worden ist. Das ist Richterschele, dem Richter vorzuwerfen, er habe zu mild geurteilt.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Das hab' ich doch gar nicht!)

– Genau das haben Sie bei einem ganz konkreten Fall gesagt und mir, dem Senat, noch vorgeworfen, dass wir nicht eingegriffen und für ein höheres Urteil gesorgt hätten. Das ist Richterschele und ein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Mathias Petersen SPD*: Das ist gelogen! Als Justizsenator lügen Sie da gerade! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich rufe den Abgeordneten Dr. Petersen zur Ordnung.

(*Dr. Mathias Petersen SPD*: Warum? Wenn hier die Unwahrheit gesagt wird, werde ich doch wohl was sagen dürfen!)

Senator Carsten-Ludwig Lüdemann (fortfahrend): Und dann gibt es den Antrag der GAL, in dessen Vorspann zum Strafvollzug gesagt wird, dieser Senator habe sich auch nicht dafür eingesetzt, dass das Moritz-Liebmann-Haus und die Anstalt in Altengamme wieder eröffnet werde. Sie verlangen also von mir, dass ich zwei Anstalten wieder öffnen soll,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Die Sie platt gemacht haben!)

nämlich eine Anstalt mit 50 Plätzen und eine Anstalt mit 60 Plätzen, und dann heißt es als erster Spiegelstrich, ich solle Teilanstalten schließen. Das passt irgendwie überhaupt nicht zusammen, erst zwei Anstalten wieder aufzumachen und dann Teilanstalten zu schließen.

(Beifall bei der CDU)

Kosten spart man auch nicht, indem man Teilanstalten schließt und damit bestimmte Bereiche absperrt. Da sind die Einsparungen sehr gering, denn ich spare vielleicht die Heizkosten, den Strom, aber richtig Geld spare ich natürlich nur, wenn ich eine gesamte Anstalt schließen kann. Das haben wir gemacht, indem wir sehr deutlich von 12 Anstalten auf mittlerweile nur noch fünf Anstalten umstrukturiert haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Erst mal Millionen in Billwerder versenkt!)

Das sind Sparmaßnahmen, die wirklich effektiv sind.

Sie sprachen diese schrecklichen Vorfälle in Siegburg an, wo drei Jugendliche in einem Haftraum einen vierten Jugendlichen über zwölf Stunden gefoltert haben und ihn dann auch noch in den Selbstmord getrieben

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Umgebracht!)

oder umgebracht haben. Als erstes kommt natürlich von der GAL, man müsse politische Äußerungen machen und mehr Personal für Hahnöfersand einstellen, wir bräuchten unbedingt mehr Personal für den Jugendvollzug.

(*Doris Mandel SPD*: Wieso können die das zwölf Stunden lang tun?)

Das war aber nicht die Ursache von Siegburg. Das Problem in Siegburg war, dass dort vier Jugendliche in einem Haftraum eingesperrt worden sind und über zwölf Stunden allein gelassen wurden. Das ist das Problem von Haftplatzkapazitäten. Die vier Jugendlichen sind zusam-

- A men eingesperrt worden, weil sie schlichtweg nicht genug Haftplätze haben. In Hamburg sind wir in der glücklichen Situation, über zu viele Haftplätze zu sprechen, die wir angeblich haben, und jeden Jugendlichen nachts alleine einsperren zu können.

(Doris Mandel SPD: Hätten Sie denen doch erzählt, dass wir so viele freie Zellen haben!)

Im Übrigen sind Wohngruppen, die Sie für den Jugendvollzug fordern, alles schon längst Standard. Wenn Sie sagen, wir würden das Verfassungsgerichtsurteil nicht berücksichtigen, ist das einfach falsch. Wir haben einen hervorragenden Strafvollzug für Jugendliche auf Hahnöfersand. Ich weiß nicht genau, ob es die SPD oder die GAL war, Sie haben Wohngruppen von nicht mehr als 15 Leuten gefordert. Wir haben nicht mehr als zehn Leute und längst den Standard, den Sie einfordern. Dies zeigt eigentlich, dass Sie von den tatsächlichen Verhältnissen im Jugendvollzug auf Hahnöfersand überhaupt keine Ahnung haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir führen hier eine Diskussion über zu viele freie Haftplätze. Alle meine Kollegen in den anderen Bundesländern beneiden mich um diese Diskussion, denn die haben alle zu wenig Haftplätze und deswegen auch die Probleme, nachts Jugendliche mit vier Leuten in eine Zelle sperren zu müssen, weil sie nicht genug Platz haben.

- B Wir haben also schon eine Diskussion auf relativ hohem Niveau und ich bin sehr froh darüber, dass ich die Diskussion aufgrund unserer Planung führen kann, zu viele freie Haftplätze zu haben, als sagen zu müssen, wir haben nicht fehl geplant und müssen nachts vier Jugendliche in eine Zelle sperren. Das ist ein guter Luxus, den wir haben. Den Standard, den das Bundesverfassungsgerichtsurteil für Jugendliche einfordert, haben wir und wir werden auch das Gesetz Erwachsenenvollzug zusammen mit dem Jugendstrafvollzug machen.

Eine Forderung von Ihnen war auch eine eigene Regelung für die Untersuchungshaft. Es wird eine eigene Regelung geben, die eventuell später kommt, weil wir erst einmal das, was zunächst wichtig ist, Erwachsene und Jugendliche in einem Strafvollzug, regeln werden.

Wir haben den Strafvollzug in den letzten Jahren grundsätzlich von zwölf auf fünf Anstalten geändert und auch Probleme, die wir von Ihnen übernommen haben, endlich bereinigt. Wenn man sich einmal die Situation in der Abschiebehafte zu Zeiten, als die Grünen mit in der Regierungsverantwortung waren, anguckt, so waren die Abschiebehäftlinge in Blechcontainern, umzäunt auf der grünen Wiese, untergebracht,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die Rüge haben Sie aber kassiert, so viel Wahrheit muss sein!)

weil es damals die Antifolterkonvention des Europarats nicht gab. Aber wenn die Antifolterkommission gesehen hätte, wie Rotgrün die Abschiebehäftlinge auf der Wiese in Containern untergebracht hat, dann wäre das Entsetzen erheblich größer gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für die Jugendarrestanstalt. Wir haben mittlerweile eine vernünftige Jugendarrestanstalt und haben unter Rotgrün eine vorgefunden, in der kein Ju-

gendlicher inhaftiert werden konnte: über 100 Jahre alt, keine Sanitärzellen, man konnte nachts die Zellen nicht abschließen.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Die haben wir doch nicht gebaut!)

Da haben die Jugendrichter gesagt, da können wir keinen einweisen, das muten wir niemandem zu. Wir haben mittlerweile eine neue Jugendarrestanstalt – natürlich ist die unter diesem CDU-geführten Senat gebaut worden – auf Hahnöfersand, wir haben Synergieeffekte mit der vorhandenen Anstalt. Die Arrestanstalt wird sehr gut angenommen mit 14 Plätzen, die gut belegt sind, weil die Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte das akzeptieren. Im Gegensatz zu Rotgrün-Zeiten gibt es auch die Vorladung zum Arrest und die Leute werden gegebenenfalls polizeilich vorgeführt. Für Sie war die Sache erledigt, wenn die nicht gekommen sind; das ist sicherlich der falsche therapeutische Ansatz.

(Beifall bei der CDU)

Ein wichtiger Punkt noch zu Haus II. Sie beantragen, alle Maßnahmen in Haus II in Fuhlsbüttel, also für die langjährig Inhaftierten, die schweren Jungs, auf Deutsch gesagt, wieder zurückzugeben. Wir haben starke bauliche Maßnahmen durchgeführt, indem wir die einzelnen Flügel gegeneinander abtrennen, nur noch Einheiten von 20 bis 30 Insassen haben und nicht mehr 300 bis 400 Leute, die frei durch das Haus laufen, so wie es vorher war. Die Insassen sind sehr zufrieden, jedenfalls die meisten, weil sie Rückzugsräume haben, in denen sie nicht behelligt werden und der Subkultur ausgesetzt sind. Die Mitarbeiter fühlen sich einfach sicherer, der Krankenstand in Fuhlsbüttel ist von 15 Prozent auf 4 bis 5 Prozent zurückgegangen. Das heißt, wir sind auf dem richtigen Weg. Unsere Revisionsgruppe sagt auch, der Knast sei sicherer geworden, es gäbe weniger Funde von Sachen, die zu beanstanden seien. Und da verlangen Sie doch tatsächlich, dass wir diese ganzen Maßnahmen in Fuhlsbüttel zurücknehmen und die Telefonkontrolle nicht mehr durchführen sollen. Es sind einzig und allein die Interessen der kriminellen Insassen, die in dieser Subkultur ihre Geschäfte machen wollen, die Sie hier vertreten, indem Sie beantragen, diese Maßnahmen wieder zurückzunehmen; das ist der absolut falsche Weg.

(Beifall bei der CDU)

Einen letzten Punkt noch, was die Umstrukturierung angeht, die natürlich von Ihrer Seite leider mit keinem einzigen Wort erwähnt worden ist. Wir haben durch die Umstrukturierung und den Bau von Billwerder II die glückliche und herausragende Situation, dass die Anstalt Vierlande, die die SPD Ende der Sechzigerjahre mitten auf dem KZ-Gelände Neuengamme gebaut hat

(Zuruf von Ingrid Cords SPD)

– Frau Cords, was wollen Sie sagen? –, geschlossen worden ist und jetzt abgerissen werden kann.

(Zuruf von Rolf-Dieter Klooß SPD)

Das ist von Ihnen nie angedacht worden. Sie wollten einzig die 1948 gebaute Anstalt abreißen. Es war nie geplant, die zweite Anstalt, die Ende der Sechzigerjahre gebaut wurde, irgendwann einmal abzureißen, weil sie noch zu jung war. Es ist eine historische Leistung dieser Hamburger CDU, dass wir endgültig das KZ-Gelände

- A Neuengamme von Vollzugseinrichtungen räumen können. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss den Senator in wenigen Punkten korrigieren. Erstens ging der Rüffel der Antifolterkommission an diesen Senat und diese Kommission gibt es nicht erst seit gestern, sondern die hat es auch schon früher gegeben. Die hat schon früher Inspektionen durchgeführt und diesen Schuh müssen Sie sich anziehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dann muss ich in zwei Punkten dem Senator etwas Leihilfe geben. Es ist echt bedauerlich, dass Sie sich nicht einmal die Mühe machen, unsere Anträge zu lesen. Wir fordern Wohngruppen mit nicht mehr als acht Häftlingen im Jugendvollzug. Das unterbietet das, was Realität auf Hahnöfersand ist und deswegen müssen Sie Ihre Bemerkungen von vorhin korrigieren.

Zweiter Punkt, die Teilanstalten. Es ist in der Tat ein Witz, dass wir eine geschlossene Anstalt haben, nämlich in Altengamme, die nach wie vor keiner neuen Verwendung zur Verfügung steht. Dass sich das als Einsparung im Justizhaushalt ausgewirkt hat, liegt nur daran, dass Sie das ins allgemeine Grundvermögen übergeführt haben.

(Glocke)

B

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen einen Schlusssatz finden.

Dr. Till Steffen (fortfahrend): Deswegen sollten Sie unseren Antrag richtig lesen, in dem wir gesagt haben, die Schließung der Sozialtherapie ist weder rückgängig gemacht noch kompensiert worden und das sollte Ihnen auch zu denken geben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU:* Schiller!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat Herr Finck.

Henning Finck CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es wirklich kurz. Ich möchte noch einmal kurz auf Siegburg eingehen. Als wir 2000 die Regierung übernommen haben, hatten wir in Hamburg 1200 fehlende Haftplätze; jetzt haben wir 600 Haftplätze zu viel. In Siegburg – das hat Senator Lüdemann eben deutlich gemacht – hatten wir eine Überbelegung.

Wie ist die Situation nun auf Hahnöfersand, da sind nämlich die Jugendlichen untergebracht? Dort haben wir eine Belegung von 55 Prozent und kein einziger der Angestellten ist entlassen worden. Das heißt, nirgendwo in Deutschland gibt es eine so gute Betreuung wie dort.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Verfahrenszeiten sagen. Wir hatten im Rechtsausschuss die Anhörung mit dem Jugenddezernat der Staatsanwaltschaft. Dort hat man uns vorgerechnet, dass das Jugenddezernat 31 Tage bis zur Anklage braucht und das Gericht inner-

halb von vier Wochen das Urteil spricht. Das sind super Zeiten. Da von langen Verfahren zu sprechen, finde ich unerhört.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein letztes zu den Verfahrenszeiten. Bei den Zivilgerichten sieht es auch sehr gut aus. Die meisten Verfahren werden innerhalb von drei Monaten erledigt. Es gibt den frühen ersten Termin und die Sachen sind vom Tisch.

Ich könnte noch weitermachen, aber wir wollen alle nach Hause. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zu den Abstimmungen, zunächst zu den Fraktionsanträgen.

CDU-Antrag 18/5341.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
Einzelplan 2
Erweiterung des Wirtschaftsreferats bei der
Staatsanwaltschaft – Drucksache 18/5341 –]**

Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 18/5341 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit angenommen.

D

Nun zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5379 in der Neufassung.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
Einzelplan 2 – Justizbehörde
Menschliche Metropole – Gerechtes Hamburg: Mit
modernem Strafvollzug heute Kriminalität morgen
verhindern – Drucksache 18/5379 (Neufassung) –]**

Hierzu hat die GAL-Fraktion beantragt, die Ziffer 1.2 gesondert abzustimmen. Wer möchte also den Antrag, mit Ausnahme der Ziffer 1.2, annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 1.2 seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5380.

**Antrag der Fraktion der SPD:
Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
Einzelplan 2 – Justizbehörde
Menschliche Metropole – Gerechtes Hamburg:
Gerichtsverfahren beschleunigen, Leistungsfähigkeit
der Gerichte erhalten – Drucksache 18/5380 –]**

Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/5381.

A **[Antrag der Fraktion der SPD:
Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
Einzelplan 2 – Justizbehörde
Menschliche Metropole – Gerechtes Hamburg:
Schutz und Hilfe für Opfer von Straftaten
– Drucksache 18/5381 –]**

C

Die GAL-Fraktion möchte den Punkt c) getrennt abstimmen lassen. Wer möchte den Antrag mit Ausnahme von Punkt c) annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte Punkt c) des Antrags zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich zum GAL-Antrag aus der Drucksache 18/5425.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008
Einzelplan 2
Gerichte und Staatsanwaltschaften
– Drucksache 18/5425 –]**

Die SPD-Fraktion möchte III gesondert abstimmen lassen. Wer möchte den Antrag mit Ausnahme von III annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte Punkt III seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

B

D

Wir kommen zu den Empfehlungen des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 18/5000.

Wer möchte die Textzahl 272 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Über die Textzahl 273 stimmen wir am Mittwoch ab.

Bis morgen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.29 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren die Abgeordneten Rolf Harlinghausen, Dr. Natalie Hochheim, Dr. Willfried Maier und Aydan Özoguz nicht anwesend.

(siehe Seite 3594 B)

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft
am 11. Dezember 2006

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
	18/5230	Bürgerschaftliches Ersuchen Drucksache 18/4182; Unterrichtung über die Verwendung von Mitteln aus dem Investitionsfonds des Sonder-Investitionsprogramms Hamburg 2010 zur Förderung der Jugendfeuerwehren
	18/5243	Investitionsfonds des Sonder-Investitionsprogramms Hamburg 2010; hier: Internationale Schule Hamburg – Neubau am Hemmingstedter Weg in Osdorf, Bürgerschaftliches Ersuchen Drucksache 18/4338
	18/5244	Bericht der Härtefallkommission
	18/5314	Bericht des Verfassungsausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisung

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	Überweisungs- antrag von	Überweisung an
	18/5306	Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2005	GAL	Haushaltsausschuss